

Es gibt kürzere Wege



zum Ziel

WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

23. Jahrgang / Heft 1/2

Januar-Februar 1968

Einzelpreis 50 Pf

Mitteilung

Über die Einberufung eines Konsultativtreffens der kommunistischen und Arbeiterparteien

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat sich eine große Anzahl von kommunistischen und Arbeiterparteien in Beschlüssen ihrer Parteitage und führenden Organe sowie bei gegenseitigen Konsultationen für die Durchführung einer internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien ausgesprochen, deren Ziel es ist, die Einheit der kommunistischen Bewegung zu festigen und alle sozialistischen und demokratischen Kräfte im Kampf gegen den Imperialismus, für die nationale und soziale Befreiung der Völker und für den Weltfrieden zusammenzuschließen.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien Australiens, Argentiniens, Brasiliens, Bulgariens, Großbritanniens, Ungarns, der Deutschen Demokratischen Republik, der westdeutschen Bundesrepublik, Indiens, Italiens, der Mongolei, Polens, Syriens, der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika, Finnlands, Frankreichs, der Tschechoslowakei, die an dem Konsultativtreffen im März 1965 in Moskau teilgenommen haben, führten untereinander zweiseitige Konsultationen über die Vorbereitung einer neuen internationalen Beratung durch.

Auf Grund dieser Konsultationen und entsprechend der Meinung und dem Wunsch, die auf dem Märztreffen 1965 geäußert wurden, halten es die genannten Parteien für zweckmäßig, im Februar 1968 ein Konsultativtreffen zum kollektiven Meinungsaustausch über die Einberufung einer internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien durchzuführen. Wir rufen alle Bruderparteien auf, die Initiative zur Einberufung des Konsultativtreffens zu unterstützen und an diesem Treffen teilzunehmen.

Unsere Parteien wandten sich an das Zentralkomitee der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei mit der Bitte, die Durchführung des Konsultativtreffens in Budapest zu ermöglichen. Das ZK der USAP hat sich damit einverstanden erklärt und wird den Bruderparteien entsprechende Einladungen zukommen lassen.

INHALT

● Über die Einberufung eines Konsultativtreffens (S. 2) ● Der Siegeszug des Großen Oktober (S. 3) ● Nach einem Jahr Großer Koalition (S. 8) ● Demokratische Kulturpolitik — eine Aufgabe unserer Zeit (S. 12) ● Einige Lehren aus den gewerkschaftlichen Kämpfen (S. 16) ● Die christlichen Arbeiter in den Kampf einbeziehen (S. 20) ● Neue Notstandsentwürfe der Bundesregierung (S. 25) ● Die Vollendung des Sozialismus in der DDR und die wissenschaftlich-technische Revolution (S. 29) ● Junge Genossen fragen — Wissen und Tat antwortet (S. 33) ● Leserzuschriften (S. 38) ● Für die Mappe des Propagandisten (S. 41) ● Aus der internationalen Arbeiterbewegung (S. 48) ● Gegen Verfolgungen und Terror (S. 50) ● Tatsachen aus der DDR (S. 51) ● Neues aus der Sowjetunion (S. 55)

Der Siegeszug des Großen Oktober

Die historischen Feierlichkeiten in Moskau

von MAX REIMANN

Der 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und des Sowjetstaates war ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung. Gemeinsam mit den Völkern der Sowjetunion und ihrer Kommunistischen Partei beging die gesamte fortschrittliche Menschheit freudig und begeistert dieses bedeutungsvolle Jubiläum.

Nach Moskau, der Hauptstadt der Sowjetunion, waren Delegationen aus 95 Staaten der Erde gekommen: die Repräsentanten der sozialistischen Länder, der Bruderparteien, der internationalen Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegung, darunter auch eine Delegation des ZK der KPD. Sie alle bekundeten der Partei Lenins und dem Sowjetvolk, die mit der siegreichen Oktoberrevolution eine neue Ära in der Geschichte der Menschheit eingeleitet haben und seitdem in der Vorhut des Kampfes für die revolutionäre Erneuerung der Welt, für den Fortschritt und das Glück der Völker schreiten, ihre feste Verbundenheit.

Die Feierlichkeiten zu Ehren des fünfzigjährigen Bestehens der Sowjetmacht im festlich geschmückten Moskau gestalteten sich zu einer gewaltigen Manifestation der unbesiegbaren Macht und Stärke des ersten sozialistischen Landes der Welt und des proletarischen Internationalismus. Sie widerspiegeln die stolze Bilanz des ruhmreichen, kampferfüllten Weges,

den das von Ausbeutung und Unterdrückung befreite Sowjetvolk unter Führung der Partei Lenins zurückgelegt hat.

Voller Stolz auf die historischen Errungenschaften des Sowjetlandes, im Zeichen der unerschütterlichen Einheit von Partei und Volk, demonstrierten am 7. November die Moskauer Werktätigen auf dem Roten Platz. Es war ein nichtendender Zug der Lebensfreude und Begeisterung, des Rückblicks auf das Vollendete und der millionenhaften Verpflichtung, die zukünftigen Aufgaben erfolgreich zu meistern.

Zum Höhepunkt der Feierlichkeiten wurde die bedeutsame Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, L. I. Breschnew: „50 Jahre große Siege des Sozialismus“ auf der gemeinsamen Festsitzung des ZK der KPdSU, des Obersten Sowjets der UdSSR und des Obersten Sowjets der RSFSR. Sie enthält eine tiefeschürfende Analyse der welthistorischen Bedeutung des Großen Oktober, verallgemeinert seine allgemeingültigen Lehren für alle revolutionären Kräfte, faßt die großen Leistungen des Sowjetvolkes beim Aufbau des Sozialismus, die Erfolge des gesamten sozialistischen Weltsystems zusammen und legt Zeugnis ab von der weltverändernden Kraft und Sieghaftigkeit der Ideen des Marxismus-Leninismus.

Das Hauptergebnis der revolutionären Tätigkeit

Das Hauptergebnis der revolutionären Tätigkeit des Sowjetvolkes unter Führung seiner Kommunistischen Partei besteht in dem völligen und endgültigen Sieg des Sozialismus in der UdSSR. Durch den Aufbau der neuen Gesellschaft haben das Sowjetvolk und seine Kommunistische Partei in der Praxis die Frage beantwortet, was der Sozialismus ist, welche großen Vorteile er dem arbeitenden Volke bringt. Verwirklicht wurde das hohe Ziel des Oktobers, die Befreiung der Völker der Sowjetunion von der kapi-

talistischen Knechtung und nationalen Unterdrückung. Eine mächtige, mit der modernsten Technik ausgerüstete Großindustrie wurde geschaffen, die instand ist, die kompliziertesten wissenschaftlich-technischen Probleme und volkswirtschaftlichen Aufgaben zu lösen. Auf der Grundlage einer planmäßig betriebenen Produktion wird das Hauptziel des Sozialismus, die unablässige und allseitige Hebung des materiellen und kulturellen Wohstandes des Volkes, verwirklicht. Die siegreiche Oktoberrevolution machte es

zum ersten Mal in der Geschichte möglich, die sozialen Grundrechte der Menschen, wie das Recht auf Arbeit, Bildung, Erholung, auf materielle Sicherheit im Alter, bei Krankheit und Arbeitsunfähigkeit zu verwirklichen. Der Sowjetstaat sichert seinen Bürgern unentgeltlich medizinische Betreuung, kostenlose Bildung und Qualifizierung, Beihilfen und Renten, Stipendien für Studierende, kostenlose oder ermäßigte Einweisungen in Sanatorien und Erholungsheime, Unterhalt der Kindergärten und -krippen, sowie andere Zuwendungen und Vergünstigungen.

Zehn bis elf Millionen Sowjetmenschen feiern jährlich Einzug in neue Wohnungen. In den letzten zehn Jahren hat fast die Hälfte der Bevölkerung der Sowjetunion Neubauwohnungen erhalten oder ihre Wohnverhältnisse wesentlich verbessert. Grundlegende Wandlungen haben sich im Gesundheitswesen vollzogen. Die durchschnittliche Lebenserwartung, die unter dem Zarismus 32 Jahre betrug, ist in der Sowjetunion auf das 2,2fache gestiegen und beträgt jetzt 70 Jahre. Die Sowjetmacht, der Sozialismus, hat den Menschen das zweite Leben geschenkt. Welch ein Kontrast zum barbarischen imperialistischen System, das im Laufe einer Generation zwei Weltkriege entfesselte und Millionen Menschenleben vernichtete.

Die organisierende Macht der KPdSU

Die Geschichte des Kampfes des Sowjetvolkes für den Sozialismus und Kommunismus ist untrennbar mit der Tätigkeit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion verbunden. Aus verstreuten marxistischen Zirkeln um die Jahrhundertwende von Lenin geschaffen und erzogen, im Oktober 1917 350 000 Mitglieder zählend, vereint die KPdSU heute 13 Millionen Kommunisten in ihren Reihen. Ausgerüstet mit der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus, löst sie die komplizierten Probleme des Aufbaus des Kommunismus und organisiert die schöpferische Tätigkeit des Volkes.

Ein halbes Jahrhundert Sowjetmacht hat vor der ganzen Welt bewiesen, daß die Volksmassen unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei

Unter der Sowjetmacht hat sich das kulturelle Niveau des Volkes gewaltig erhöht. Waren vor der Oktoberrevolution 76 von 100 Einwohnern Analphabeten, so wurde dieses schändliche Erbe des Kapitalismus nicht nur völlig überwunden, sondern heute besitzen mehr als 56 Prozent der arbeitenden Bevölkerung der Sowjetunion eine höhere oder mittlere Bildung neben der Grundschulbildung. An den Universitäten der UdSSR lernen heute vier Millionen Studenten, das sind 3,5mal so viel als in England, Frankreich, in der Bundesrepublik und Italien zusammengenommen.

Zum Unterschied von der bürgerlichen Demokratie, die stets eine Demokratie für die ausbeutende Minderheit war und es in allen kapitalistischen Ländern auch geblieben ist, verkörpert die Sowjetmacht die breiteste, höchste Form der Demokratie, eine Demokratie für die Werktätigen, für die überwiegende Mehrheit des Volkes. Die sowjetischen Werktätigen beteiligen sich rege an der Leitung des Staates und der Gesellschaft. Die Sowjets der Deputierten der Werktätigen, die politische Grundlage der sowjetischen Gesellschaft und das Aktiv, das ihnen bei der Arbeit hilft, zählen mehr als 25 Millionen Sowjetbürger, das sind fast ein Viertel der gesamten werktätigen Bevölkerung des Landes.

nicht nur fähig sind, das Alte zu zerstören, sondern auch eine neue Gesellschaft zu errichten ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, ohne soziale Ungleichheit und nationale Unterdrückung, ohne Armut und Arbeitslosigkeit, eine Gesellschaft, in der alle ihre Fähigkeiten frei und allseitig entfalten können. Das ist die vom Großen Oktober geschaffene historische Wahrheit, die niemand zu widerlegen vermag.

Aber das ist erst der Anfang, nicht das Ende der Schöpferkraft des Sowjetvolkes, das sein hohes Ziel darin erblickt, die menschlichste Gesellschaft, den Kommunismus, zu errichten. „Für die Sowjetmenschen“, sagte Genosse L. I. Breschnew, „sind die erreichten Ergebnisse nicht nur ein Maßstab für

bereits geleistete Arbeit. Sie sind zugleich auch der Markstein, von dessen Höhe wir in die Zukunft blicken und dabei unsere Aufgaben und Perspektiven festlegen ... Wir besitzen alles Notwendige um die mächtigste Industrie der Welt zu haben sowohl nach dem Gesamtvolumen der Produktion als auch nach dem wissenschaftlich-technischen Niveau, nach der Qualität der Erzeugnisse und nach den wichtigsten ökonomischen Kennziffern.“

Die wirtschaftlichen Erfolge der Sowjetunion im Jubiläumsjahr unterstreichen diese Feststellung voll und ganz. Von der Reife und Kraft der sowjetischen Industrie zeugt allein die Tatsache, daß sie 1967 erstmals 100 Millionen Tonnen Stahl erzeugen wird, so viel, wie England, Frankreich, die Bundesrepublik und Italien zusammengekommen. Damit sind die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit noch nicht erreicht.

Für eine friedliche Welt, gegen den Imperialismus

Bei der Einschätzung der großen Errungenschaften, die das Sowjetland in einem halben Jahrhundert erreicht hat, darf nicht vergessen werden, daß ihm durch imperialistische Interventionen, durch den von Hitlerdeutschland entfesselten zweiten Weltkrieg und die Überwindung der dem Land durch die Faschisten zugefügten ungeheuren Zerstörungen, fast 20 Jahre friedlicher Aufbauarbeit verloren gingen. Kein kapitalistisches Land erlitt in seiner Geschichte solche Verluste an unersetzlichen Menschenleben und materiellen Schäden, wie sie der Sowjetunion durch den Überfall der Hitlerfaschisten zugefügt wurden.

Das Sowjetvolk, das die Schrecken des Krieges am meisten verspürte, weiß den Frieden als die wichtigste Voraussetzung für sein friedliches Aufbauwerk zu schätzen. In der sozialistischen Gesellschaft gibt es keine Klassen oder Gesellschaftsgruppen, die an Krieg und Wettrüsten interessiert wären. Der Drang nach Annexion fremder Gebiete ist dem Sowjetstaat fremd.

Die Ziele der Außenpolitik der Sowjetunion sind darauf gerichtet, zusammen mit den anderen sozialistischen Ländern günstige internationale Bedingungen für den Aufbau des So-

zialismus und des Kommunismus zu schaffen. Dazu gehört in erster Linie die konsequente Verteidigung des Friedens, die Abwehr imperialistischer Aggressionen, die Bewahrung der Menschheit vor einem neuen Weltkrieg, der nur ein atomar geführter Krieg sein kann. Eine solche Politik entspricht den grundlegenden Interessen aller Völker und sichert den weiteren Vormarsch der revolutionären Kräfte in der Welt.

Die Zeit ist nicht mehr fern, da die Sowjetunion mehr Stahl als die USA erzeugen und auf den ersten Platz in der Welt vorrücken wird. Wer erinnert sich nicht der beeindruckenden Kennziffern für die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft, wie sie in dem vom XXIII. Parteitag der KPdSU beschlossenen Fünfjahrplan für die Jahre 1966 bis 1970 niedergelegt sind. Das Leben, der Arbeitsenthusiasmus der Werktätigen der Sowjetunion haben diese Richtzahlen inzwischen korrigiert. Im Fünfjahrplan wird sich die sowjetische Industrieproduktion nicht wie vorgesehen, um 47—50 Prozent, sondern um 53 Prozent vergrößern. Allein in den ersten sieben Monaten 1967 belief sich der Zuwachs der Industrieproduktion auf 10,6 Prozent. Infolge des Aufstiegs der Wirtschaft wächst ständig das Lebensniveau, der materielle Wohlstand der Sowjetmenschen.

zialisismus und des Kommunismus zu schaffen. Dazu gehört in erster Linie die konsequente Verteidigung des Friedens, die Abwehr imperialistischer Aggressionen, die Bewahrung der Menschheit vor einem neuen Weltkrieg, der nur ein atomar geführter Krieg sein kann. Eine solche Politik entspricht den grundlegenden Interessen aller Völker und sichert den weiteren Vormarsch der revolutionären Kräfte in der Welt.

Weil sich der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus in einer Welt vollzieht, in der der Imperialismus und damit die Kriegsgefahr noch existieren, schenken Partei und Regierung der Sowjetunion der unablässigen Stärkung der Verteidigungsbereitschaft zum Schutz der sozialistischen Errungenschaften der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder ihre ständige Aufmerksamkeit. Davon zeugte die große Militärparade am 7. November auf dem Roten Platz in Moskau, die Demonstration der mächtigsten und modernsten Waffentechnik, die es heute in der Welt gibt. Sie war eine eindringliche Warnung an alle Imperialisten, denen — falls sie es versuchen sollten, einen neuen Weltkrieg zu entfesseln — der vernichtende Vergeltungsschlag dort versetzt wird, wo

sie herkommen. Von dieser gewaltigen unüberwindlichen militärischen Macht, die verbunden ist mit einer konsequen-

ten Friedenspolitik, leiten wir die Feststellung ab, daß die Sowjetunion das Hauptbollwerk des Weltfriedens ist.

Der deutsche Imperialismus am Pranger

Den Kampf zur Abwehr der Gefahr eines neuen Weltkrieges zu führen, ist die Sache aller friedliebenden Kräfte. Es gilt ihn vor allem in der Bundesrepublik zu verstärken, wo die herrschenden Kreise den Frieden durch ihre Expansionspolitik gefährden.

In den Reden, die von den Vertretern der Bruderparteien während der Oktoberfeierlichkeiten in Moskau gehalten wurden, erklang ernste Besorgnis über die Tatsache, daß die herrschenden Kreise der Bundesrepublik ihre Ziele, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges zu revidieren, in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen und die Grenzen in Europa zu verändern, nicht aufgegeben haben, sondern verstärkt anstreben. Die Aufrechterhaltung des aggressiven Alleinvertretungsanspruchs der Kiesinger/Strauß-Regierung gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik wurde nachdrücklich als eine Gefahr für den Frieden und die Sicherheit in Europa gekennzeichnet.

Die Sowjetunion, die Deutsche Demokratische Republik und die anderen im Warschauer Vertrag vereinten so-

zialistischen Länder unternehmen alles Notwendige, damit der westdeutsche Militarismus und Revanchismus die Sicherheit der Völker Europas und den Frieden nicht zerstören kann. Eine große Verantwortung dafür, daß vom Boden der Bundesrepublik kein neuer Krieg ausgeht, tragen wir Kommunisten, die Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte unseres Landes. Unsere Aufgabe ist es, vor der Arbeiterklasse und der ganzen Bevölkerung ständig die Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus und Militarismus zu enthüllen. Das gilt um so mehr, da die herrschenden Kreise mit der Regierung der Großen Koalition den Versuch unternehmen, ihre aggressiven Absichten zu tarnen.

Gegenwärtig gilt es mit allen Anstrengungen den Kampf für die Erhaltung des Grundgesetzes gegen die von der Kiesinger/Strauß-Regierung verlangten Diktaturvollmachten einer Notstandsverfassung zu führen, mit der die herrschenden Kreise im Innern die notwendige Ruhe schaffen wollen, um ihre Revanchepolitik nach außen ungehindert verwirklichen zu können.

Die internationale Bedeutung der Feiern zum 50. Jahrestag des roten Oktobers

Der Verlauf der Weltentwicklung seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution beweist überzeugend, daß der Vormarsch der neuen sozialistischen Welt unaufhaltsam ist. Heute geht ein Drittel der Menschheit den sozialistischen Weg.

Die Sowjetunion tritt, mächtiger als je zuvor, in das zweite halbe Jahrhundert ihres Bestehens ein und bahnt der Menschheit den Weg zum Kommunismus. Das sozialistische Weltsystem, die Hauptkraft unserer Epoche, erstarkt unablässig, seine Macht und sein Einfluß auf das Weltgeschehen erweitern sich ständig. Unter den machtvollen Schlägen der nationalen Befreiungsbewegung fallen die letzten Bastionen des Kolonialismus. Eine Reihe junger Nationalstaaten beschreitet den Weg der nichtkapitalistischen Entwicklung

und verstärkt die antiimperialistische Front.

Die internationale kommunistische Bewegung, im Ergebnis des Großen Oktober entstanden, hat sich in die einflußreichste Kraft der Gegenwart verwandelt. Die Deutsche Demokratische Republik wurde zu einem starken Faktor des Friedens und der Sicherheit in Europa und schreitet erfolgreich beim Aufbau des entwickelten Systems des Sozialismus voran. Sie übt durch ihr Beispiel einen immer stärker werdenden Einfluß auf die Klassenaussensetzungen in der Bundesrepublik aus. Einen Aufschwung nimmt der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Allmacht der Monopole für die Sicherung ihrer Lebensinteressen in den kapitalistischen Ländern; darunter auch in der Bundesrepublik.

Die vom Großen Oktober eingeleitete Entwicklung, deren Hauptmerkmal der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist, wird um die Bundesrepublik keinen Bogen machen. Auch in unserem Land werden die Arbeiter im Bündnis mit allen Werktätigen den Weg zur Demokratie und zum Sozialismus beschreiten.

Es bestätigt sich die wichtigste Schlußfolgerung der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960, wonach die Kräfte, die gegen den Imperialismus, für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft kämpfen, die Hauptrichtung bestimmen, in die sich die Menschheit bewegt. Das ist kein automatischer, gradliniger Prozeß. Der Imperialismus ist ernsthaft geschwächt, er ist nicht

mehr fähig, die Haupttendenz unserer Epoche zu verändern. Aber er unternimmt große Anstrengungen, um mit politischer Erpressung, ökonomischem Druck und bewaffneter Aggression das Streben der Völker nach Freiheit und Unabhängigkeit aufzuhalten und verlorene Positionen zurückzugewinnen. Er ist noch stark genug, um den Weltfrieden und die Sicherheit der Völker ernsthaft zu gefährden.

Die gegenwärtig schwerste Gefährdung des Weltfriedens birgt die USA-Aggression in Vietnam, die von der Kiesinger/Strauß-Regierung allseitig unterstützt wird. Sie kann infolge der ständigen Ausdehnung der verbrecherischen Handlungen der USA-Aggressoren jederzeit auf neue Gebiete übergreifen.

Für ein erfolgreiches Konsultativtreffen in Budapest

Die Verstärkung der imperialistischen Aggressionspolitik, vor allem des USA-Imperialismus und des westdeutschen Imperialismus, stellt gebieterisch die Frage nach gemeinsamen Aktionen aller antiimperialistischen Kräfte, vor allem der internationalen kommunistischen Bewegung, gegen den gemeinsamen imperialistischen Feind. Eine machtvolle Manifestation des proletarischen Internationalismus, des Strebens nach Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Bewegung und des Zusammenschlusses aller antiimperialistischen Kräfte war die Teilnahme von Delegationen der kommunistischen und revolutionär-demokratischen Parteien sowie einer Reihe sozialistischer Parteien aus der überwiegenden Mehrheit der Länder der Erde an den Oktoberfeierlichkeiten in Moskau.

Ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege zur Festigung der internationalen Einheit im Kampf für die gemeinsamen Ziele ist die Einberufung

eines Konsultativtreffens der kommunistischen und Arbeiterparteien, das im Februar 1968 in Budapest stattfinden wird. Zu den Initiatoren dieses Treffens, zu dem alle Bruderparteien eingeladen worden sind und das der Vorbereitung einer neuen internationalen Beratung dienen wird, gehört auch die KPD.

Unsere Partei tritt für die Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus ein. In dieser Einheit sehen wir das Unterpfand des erfolgreichen Kampfes gegen den Imperialismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus, die Garantie für den Sieg jeder Bruderpartei im eigenen Land. Wir sind daher wie die Mehrheit der Bruderparteien für die baldige Einberufung einer neuen internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien und werden alles in unseren Kräften Stehende tun, damit sie zur allseitigen Stärkung unserer Bewegung beitragen wird.

Russell-Tribunal: USA des Völkermords schuldig

Die Zeugenaussagen und Berichte internationaler Untersuchungskommissionen vor dem Russell-Tribunal in Roskilde sind erschütternd. Sie klagen die amerikanischen Aggressoren einer unmenschlichen und totalen Kriegsführung an:

- Eine Million Kinder wurden in den letzten Jahren Opfer der Aggression. 250 000 davon wurden getötet, 750 000 verletzt.
 - 400 000 Südvietnamesen werden in Kerkern und Konzentrationslagern des Saigoner Regimes gefoltert und zu Tode gepeinigt.
-

Nach einem Jahr „Großer Koalition“

von ERICH GLÜCKAUF

Als vor einem Jahr die Regierung Kiesinger/Strauß unter Beteiligung sozialdemokratischer Minister ihr Amt antrat, wurde auf der 9. Tagung des Zentralkomitees der KPD eine Entschlußfassung angenommen, in der die Feststellung getroffen wurde:

„Die Regierung der großen Koalition wird bei dem Versuch, eine bankrotte Politik zu retten, in wachsende Konflikte und Krisen geraten. Auf dem alten Kurs können die Lebensfragen des Volkes nicht gelöst werden. Die Bindung der SPD an eine solche Regierung und Politik wird zu Lasten der SPD gehen.“

Die KPD konnte eine solche exakte Einschätzung und Prognose geben, weil ihre kollektive Führung sich bei der Analyse der ökonomischen Prozesse und der gesellschaftlichen Entwicklung von den wissenschaftlich fundierten und immer wieder als richtig erwiesenen

Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus leiten läßt. Das ist der Vorzug der KPD — darin unterscheidet sie sich von allen übrigen Parteien der Bundesrepublik.

In seiner Rede auf der gleichen Tagung des Zentralkomitees sagte Genosse Max Reimann:

„In einer Regierung mit den Vertretern des Monopolkapitals bleiben die sozialdemokratischen Minister Gefangene der Politik der herrschenden Kreise. Sie werden in ihr zum Erfüllungsgehilfen des Monopolkapitals und seiner politischen Vertreter, der CDU/CSU.“

Wir erinnern an diese Einschätzung, weil sich nach einem Jahr durch den Gang der Ereignisse und durch die eigenen Erfahrungen immer weitere Teile der Arbeiterklasse und der Bevölkerung von folgenden Tatsachen überzeugen können:

Auf dem alten Kurs können die Lebensfragen nicht gelöst werden

1 Die Regierung der großen Koalition hat keine der anstehenden Fragen gelöst oder der Lösung nähergebracht. Sie hat mit ihrer Politik die äußeren und inneren Widersprüche verschärft. Ihre „neue Ostpolitik“ erwies sich als allzu durchsichtige Hülle der verschärften Expansionspolitik. Ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik entpuppte sich als radikaler Raubzug auf die Taschen der Werktätigen zur Sicherung der Riesenprofite der großen Monopole und zur Finanzierung der gesteigerten Rüstungsausgaben. Ihre Innenpolitik dient der Absicherung des allgemein verschärften Rechtsdrucks durch Verstärkung aller diktatorischen Tendenzen mit dem Ziel, durch Notstandsgesetze und Wahlrechtsreform, durch die Förderung der NPD und aller neonazistischen Strömungen die verfassungsmäßige Struktur des Staates grundlegend zu verändern, um eine formierte Kriegsgesellschaft zu schaffen.

2 Die Regierung der Großen Koalition hat — obgleich sie über die breiteste parlamentarische Basis aller

bisherigen Regierungen verfügt — in raschem Tempo das Vertrauen großer Teile des Volkes verloren und ist außenpolitisch noch mehr in die Isolierung geraten als ihre Vorgänger.

Dieser Zerschleißprozeß zeigt sich auch in der Regierung selbst. Die reaktionärsten Vertreter der CDU/CSU geben immer stärker den Ton an. Aus dem lächelnden „Landesvater“ Kiesinger ist ein schimpfender und drohender Kiesinger geworden, dessen Vokabular gegen die „außerparlamentarische Opposition“, gegen die „Anerkennungspartei“ sich kaum noch von den Wutausbrüchen seines Vorgängers Erhard unterscheidet. Regierung und Monopole sind zur Großoffensive gegen die sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiter in den Betrieben übergegangen. Alles Gerede von einer „Teilung der Macht“ zwischen CDU und SPD innerhalb der Regierung ist Augenauswischerlei. Die Regierungspolitik wird in allen Ressorts — ohne jede Ausnahme — bestimmt von den großen Monopolen, vor allem den

Rüstungsinteressenten. Gegenwärtig wird auch deutlicher, daß die sozialdemokratischen Minister nicht nur darum in die Regierung genommen wurden, weil der CDU/CSU das Wasser bis zum Halse stand, sondern weil die USA-Imperialisten im Rahmen ihrer Globalstrategie glaubten, mit sozialdemokratischen Ministern als Aushängeschild könne man leichter die Politik der „Öffnung nach Osten“, des Eindringens in die sozialistischen Länder realisieren.

Man muß sich heute daran erinnern, daß die engere Parteispitze der SPD, vor allem Brandt, Wehner und H. Schmidt, ihren Eintritt in die Regierung Kiesinger/Strauß als „staatspolitische Aufgabe“ proklamierte, um, wie sie erklärten, aus einer kranken, zerfallenen CDU eine gesunde CDU zu machen. Welch ein Hohn und bittere Ironie ist es, wenn Kiesinger ein Jahr später zum Ausdruck bringt: „Ich bin an einer gesunden SPD interessiert — zumindest bis 1969.“ Es ist unmißverständlich, was er damit meint. Für Kiesinger und Strauß ist nur eine solche SPD gesund, deren Parteispitze vollkommen in die herrschende staatsmonopolistische Ordnung integriert ist, die die aggressive Zielsetzung nach innen und außen bejaht, die die Spaltung der Arbeiterklasse vertieft, die Gegensätze zu den Gewerkschaften verschärft und dabei selbst die Schwächung und Spaltung der eigenen Partei in Kauf nimmt.

So jedenfalls kennzeichnet einer der schlimmsten Scharfmacher in der Regierung der Großen Koalition, Franz Josef Strauß, die Rolle der sozialdemokratischen Minister. Am 18. November 1967 heißt es im „Bayern-Kurier“: „Mit dem Koalitionskurs ist die SPD auf Kollisionskurs gegangen.“ Das Blatt des Franz Josef Strauß, der zentralen Figur im Kabinett, fügt hinzu, daß angesichts der wachsenden Opposition innerhalb der SPD der Parteispitze jetzt nichts anderes übrig bleibt, als sich von den „Linksabweichlern“ zu trennen. Schwächung und Vertiefung der Spaltung der Arbeiterbewegung und zugleich Förderung aller neonazistischen Tendenzen und der NPD — das ist der taktische Plan der reaktionären

Regierungskreise der CDU/CSU. Genauer gesagt: der Rechtskurs soll noch verschärft werden. Auch dabei will die engere Parteispitze der SPD mitmachen. Bekanntlich haben die rechten Führer der SPD in der Weimarer Periode ihre Politik der Zusammenarbeit mit der Monopolbourgeoisie, ihre Zustimmung zum Panzerkreuzerbau, der Streichung der Mittel für Sozialausgaben, wie den Verzicht auf einen eigenen Präsidentschaftskandidaten zugunsten der Wahl Hindenburgs mit der Notwendigkeit einer Politik des „kleineren Übels“ begründet. Was dabei herausgekommen ist, war die Schwächung der Arbeiterbewegung, ein großer Stimmenverlust für die SPD, das schnelle Wachstum der Nazi-partei und schließlich der Zusammenbruch von Weimar, die Hitlerdiktatur mit all ihrem Grauen.

Auf der Godesberger Funktionärskonferenz haben Brandt und Wehner erklärt, sie wollen die Fehler von Weimar nicht wiederholen. Aber was damit gemeint ist, hat Wehner am deutlichsten formuliert. Für ihn und die Parteispitze heißt die Lehre, man muß noch enger mit dem Monopolkapital und deren Partei zusammenarbeiten, man muß unter allen Umständen dabei bleiben, alles mitmachen, um immer koalitionsfähig zu bleiben und darum die Gesamtlinie der Imperialisten, die Massenbelastungen, die Demontage der Demokratie, den aggressiven Anspruch auf Alleinvertretung, die Grenzforderungen, die forcierte Aufrüstung, die USA-Aggression gegen das vietnamesische Volk aktiv unterstützen. Wehner hat die verhängnisvolle Politik des „kleineren Übels“, durch die Weimar zugrunde gerichtet wurde, zur Politik des „größten Übels“ entwickelt. Die Linie der Wehner, Brandt und Schmidt gibt den reaktionären Kräften der CDU/CSU die Möglichkeit, ihre Bedingungen an die SPD-Minister immer höher zu schrauben. Die Folgen werden für die gesamte Arbeiterklasse und auch für die SPD noch schlimmer, wenn die Massen der Sozialdemokraten dulden, daß die Parteispitze die CDU-Politik weiter fortsetzt. Das verstehen auch immer mehr sozialdemokratische Genossen, nicht nur an der Basis, sondern auch mittlere und selbst einige leitende Funktionäre.

3 Die bedeutsamste Veränderung im Verlauf von einem Jahr großer Koalition ist der wachsende Widerstand der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften gegen den verschärften Rechtskurs, gegen den allseitig forcierten Angriff auf den Lebensstandard. Der Klassenkampf hat einen Umfang und eine Stärke erreicht wie noch nie seit 1945. Die Großausbeuter nutzen die von ihnen selbst verschuldeten und verschärften wirtschaftlichen Krisenschwierigkeiten und Strukturkrisen und die für sie sozial unlösbaren Probleme der technisch-industriellen Revolution zum verschärften Angriff auf Löhne, Sozialleistungen, auf alle Rechte der Arbeiter und richten damit den Hauptstoß gegen die Gewerkschaften als der bedeutendsten Klassenorganisation aller Werktätigen. Wenn man von „konzertierter Aktion“ sprechen will, so muß man sagen: Es gibt eine „konzertierte Aktion“ von Regierung und Monopolen gegen Arbeiter, Gewerkschaften und alle demokratischen Kräfte. Eine „konzertierte Aktion“ als Ausdruck von Klassenharmonie — von der Herr Schiller spricht — ist ein Hirngespinnst. Das ist immer größeren Teilen von Arbeitern, vor allem auch von sozialdemokratischen Genossen, bewußt geworden, die jetzt besser als jemals zuvor die Bedeutung und die Rolle der Gewerkschaften erkennen. Während die Autorität der Regierung sinkt, die SPD-Minister die eigene Partei diskreditieren und verschleißen, wächst das Ansehen der Gewerkschaften unter den Arbeitern und ihre Bedeutung in der Gesellschaft. Auch sozialdemokratische Gewerkschaftsführer erkennen immer mehr, daß eine selbständige, unabhängige Gewerkschaftspolitik, der Kampf um die Verteidigung des Lebensstandards des werktätigen Volkes, um ein qualifiziertes Mitbestimmungsrecht, um die Verteidigung der Demokratie und die

Sicherung des Friedens zu einer Lebensfrage für die Existenz freier Gewerkschaften geworden ist.

So gehen bedeutsame Veränderungen im Bewußtsein der Arbeiter vor sich, die wir Kommunisten richtig einschätzen und bewerten müssen. Der Streik ist für die Mehrheit der Arbeiter als ein absolut notwendiges Kampfmittel erkannt worden. Hinter den Streikbeschlüssen steht auch der Wille zum Streik. Das wissen die Regierung und die Herren der Monopole sehr genau. In den Kampfaktionen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften tauchen seit langem verschüttete Klassenerkenntnisse und entsprechende Lösungen auf. Wenn Gewerkschaftsfunktionäre erklären, „die Betriebe können ohne Unternehmer, aber nicht ohne Arbeiter auskommen“, wenn immer mehr Stimmen laut werden, daß „diese Ordnung nicht unsere Ordnung“ ist, wenn die alte Arbeiterlosung „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“ auf Transparenten der Streikenden erscheint, dann beweist dies alles, daß sich die Arbeiter ihrer Kraft bewußt werden und damit den Kampf um ihren Anteil am Sozialprodukt, ihre Mitbestimmung in der Gesellschaft neu aufrollen. Dabei entwickeln sich auch neue Beziehungen der Arbeiterklasse zu ihren Verbündeten, wie sich das gegenwärtig am deutlichsten in der Annäherung zwischen Arbeiterklasse und den demokratisch gesinnten Kreisen der Intelligenz und Studenten zeigt. Von besonderer Bedeutung dabei ist, daß sich in diesem Prozeß auch neue Beziehungen entwickeln zwischen der Arbeiterklasse der Bundesrepublik und der Arbeiterklasse der DDR. Jetzt sind es nicht nur Kommunisten, sondern auch linke Sozialdemokraten, die erklären, daß eine freundschaftliche Haltung zur DDR ein Maßstab für jeden Sozialisten ist.

Geeinte Linke gegen Rechtsentwicklung

4 In dieser Lage vertritt die KPD die Auffassung, daß es darauf ankommt, der gefährlichen Rechtsentwicklung eine geeinte demokratische Linke gegenüberzustellen. Was meinen wir damit? Wir meinen vor allem, daß die in der SPD vorhandenen und sich

entwickelnden Linkskräfte, die für eine von den Monopolen und der CDU/CSU unabhängige Politik eintreten, sich sammeln müssen, um mit eigenen sozialen, demokratischen und der Sache des Friedens dienenden Vorschlägen aufzutreten. Wenn Strauß an Wehner

und Brandt die Forderung erhebt, daß die SPD sich von den Linkskräften trennen müsse, dann müssen umgekehrt alle linken und gesunden Kräfte in der SPD zusammenstehen, um den Spaltern das Handwerk zu legen. Nicht die Spaltung vertiefen, sondern eine schlagkräftige Linke schaffen, das gilt für die ganze Arbeiterbewegung unseres Landes. Das gilt für alle linken Gruppierungen und Strömungen außerhalb und innerhalb der SPD. Dabei kommt es gegenwärtig nicht auf die Bildung einer neuen linken Partei an. Es geht um die Einigung aller, um ihr Zusammenstehen gegen die Angriffe der großen Monopole, gegen den weiteren Rechtsruck auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Die gefährliche Rechtentwicklung, die Entwicklung zur Notstandsdictatur und Krieg muß aufgehalten werden durch eine Konzentration aller Linkskräfte in der Arbeiterbewegung, als Kraftzentrum für alle demokratischen Kräfte der Bevölkerung.

Es gibt für all diese Kräfte mehr Einendes als Trennendes. Es gibt vor

allem den unausweichlichen Zwang zum gemeinsamen Handeln für gemeinsame Forderungen. Bei den wichtigsten Forderungen — dem Kampf gegen die Notstandsgesetze, Kampf gegen die Angriffe auf die Lebenshaltung, Kampf gegen erhöhte Rüstungslasten, gegen Revanchepolitik — gibt es ein hohes Maß von Übereinstimmung. Worauf es ankommt ist, diese Übereinstimmung in Wort, Schrift und Tat zu manifestieren, damit aus der Zersplitterung aller linken Kräfte ein neues Kraftzentrum der Demokraten und Sozialisten entsteht, fähig und stark genug, um der wachsenden „außerparlamentarischen Opposition“ auch das erforderliche Gewicht außerhalb und innerhalb der Parlamente zu verschaffen. Darum wäre es auch zeitgemäß, wenn sozialdemokratische Abgeordnete im Bundestag wie in den Landtagen offen gegen die Notstandsgesetze auftreten würden. Das ist der Weg zur Veränderung des Kräfteverhältnisses zur Durchsetzung einer neuen, demokratischen Politik in der Bundesrepublik.

Bundesrepublik braucht legale KPD

5 Der Kampf um die Legalität der KPD hat einen bedeutsamen Aufschwung erhalten. Kiesinger allerdings hat erklärt, er denke nicht daran, mit der Verhandlungskommission der KPD unter Leitung von Max Reimann über die Aufhebung des Verbots unserer Partei zu verhandeln.

Im Zusammenspiel mit Kiesinger erklärte wenige Tage später Willy Brandt, daß die Bundesregierung aus innen- und außenpolitischen Gründen an einer legalen KPD interessiert sei. Damit wird eingestanden, unter welchem innerem und äußerem Druck die Bundesregierung auch in dieser Frage steht. Vor allem aber ist es das Eingeständnis der Tatsache, daß die KPD lebt und im Bewußtsein unserer Bevölkerung wie in der internationalen Politik eine immer größere Bedeutung erhalten hat. Wenn Willy Brandt jedoch für eine „neue KPD“ plädiert, für eine Partei ohne Marxismus-Leninismus, für eine Partei mit einem getrühten Verhältnis zur SED, für eine Partei, die in der kommunistischen Weltbewegung sich den wachsenden Tendenzen auf Einheit und Geschlossenheit widersetzt, dann

antworten wir: Eine solche „neue KPD“ wird es nicht geben, weil kein Kommunist in der Bundesrepublik für diese schmutzigen Absichten der herrschenden Kreise auch nur den kleinen Finger reicht.

Nach einem Jahr großer Koalition überzeugen sich die Arbeiter, die Werktätigen immer mehr davon, daß die Bundesrepublik eine legale KPD braucht. Die KPD wird legal werden. Alle Ausweichmanöver von Kiesinger, Strauß, Wehner und Brandt werden nichts daran ändern, da die Massen sich immer mehr von der Notwendigkeit der Aufhebung des Verbots der KPD überzeugen und dafür eintreten. Wenn Lücke und Wehner erklären, es müsse eine neue KPD sein, die sich auf den Boden des Grundgesetzes stelle, so antworten wir: Die KPD ist die Partei, die mit Leidenschaft das Grundgesetz gegen die Regierenden verteidigt und die vom Boden des Grundgesetzes her auch all die Artikel wirksam machen will, die auf legale Weise den Umbau der Bundesrepublik in einen friedlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat beinhalten. Dem Grundgesetz

gilt also unser vorbehaltloses Ja. Aber der bestehenden staatsmonopolkapitalistischen Ordnung gilt unser absolutes Nein. Gerade die Entwicklung des vergangenen Jahres beweist allen Werktätigen, daß die gegenwärtige Ausbeuterordnung den Interessen der über großen Mehrheit unserer Bevölkerung widerspricht und daß letztlich die gesellschaftliche und soziale Alternative zu dieser Ordnung der Sozialismus ist.

Alle Kommunisten werden aus Anlaß des einjährigen Bestehens der Regierung der großen Koalition alles tun, um vor dem werktätigen Volk eine offene und ehrliche Bilanz zu ziehen, um so ihren Beitrag zu leisten zur Sammlung aller Linkskräfte und aller Demokraten im Kampf für die Durchsetzung einer neuen, demokratischen, friedlichen, den Interessen des Volkes dienenden Politik.

Demokratische Kulturpolitik — eine Aufgabe unserer Zeit

Zur Veröffentlichung der kulturpolitischen Vorschläge der KPD

VON JUPP ANGENFORT

Nach fast ein Jahr dauernder Diskussion über einen entsprechenden Entwurf hat die KPD nun ihre Vorschläge für eine demokratische Kulturpolitik veröffentlicht. Die ausführliche Diskussion hat sich gelohnt. Zahlreiche Parteiorganisationen und Leitungen regte der Entwurf zu Überlegungen an, wie wir als Kommunisten künftig noch aktiver und zielklarer unsere Positionen in der Kulturpolitik vertreten können, auf einem Gebiet, das gerade wir nicht als nebensächlich betrachten dürfen, wollen wir unserer Verantwortung als Partei des Fortschritts gerecht werden. Wertvolle Erfahrungen und

Kenntnisse, die viele Kommunisten erworben haben, sind in der Diskussion der Ausarbeitung unserer Kulturpolitik zugute gekommen. Aber auch außerhalb der Partei hat der Entwurf Interesse und Aufmerksamkeit gefunden. Kulturschaffende, Lehrer, Gewerkschafter, Jugendfunktionäre, Genossen der SPD haben ihre Meinung geäußert und nützliche Anregungen gegeben.

So ist nach freier Aussprache und Überarbeitung des Entwurfs ein Dokument entstanden, das als Bereicherung der Gesamtpolitik unserer Partei wirksam werden kann.

Vom Leben auf die Tagesordnung gesetzt

Als die KPD Anfang 1967 ihren Entwurf zur Diskussion stellte, ging sie davon aus, daß eine demokratische Alternative in der Kulturpolitik erforderlich ist, weil kulturpolitische Fragen immer mehr in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zwischen den herrschenden Kreisen des Monopolkapitals und den demokratischen Kräften des Volkes rücken. Das ist durch die Entwicklung seit der Bildung der Großen Koalition und dem verschärften Rechtskurs des Kiesinger-Strauß-Kabinetts nur noch deutlicher geworden.

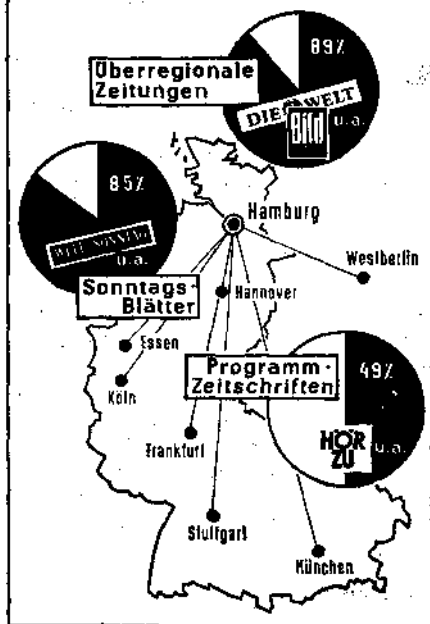
Die durch monopolistisches Macht- und Profitstreben hervorgerufene rapide Beschleunigung des Konzentrationsprozesses im Presse- und Verlagswesen, das Zeitungs- und Verlagssterben, wurden innenpolitische Themen ersten Ranges. Die gefährliche,

antidemokratische Rolle des Springer-Konzerns hat eine breite demokratische Front auf den Plan gerufen und die berechtigte Forderung laut werden lassen, dessen Treiben zu unterbinden, den Konzern zu enteignen.

Schon bald nach Bildung der Großen Koalition war zu sehen, daß diese Regierung ebensowenig wie ihre Vorgänger willens und fähig ist, dem Notstand in unserem gesamten Bildungswesen ernsthaft auf den Leib zu rücken und längst fällige demokratische Reformen einzuleiten. Die auf verstärkte Rüstung ausgerichtete Finanzpolitik der Kiesinger-Regierung hatte vielmehr rigorose Kürzungen der Kulturausgaben zur Folge. In vielen Orten der Bundesrepublik regten sich Proteste aus der Eltern- und Lehrerschaft gegen die Schulkatastrophe. In energischen Aktionen ver-

Das Imperium des Presse-Cäsars Springer

■ Anteil der Springerblätter
● Druckorte



In der Bundesrepublik hat sich in den letzten Jahren ein Presse- und Meinungsmonopol entwickelt, wie es auf deutschem Boden außer dem faschistischen Presstrust der Nazi-Partei nie zuvor in vergleichbaren Dimensionen bestanden hat.

Auf das Haus Springer entfallen von den 4,9 Millionen Exemplaren überregional verkaufter Tageszeitungen 4,4 Millionen.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik wird täglich insgesamt mit 14 Millionen Exemplaren Zeitungen und Zeitschriften des Springer-Konzerns manipuliert.

traten die Studenten ihre Forderung nach einer demokratischen Hochschulreform. Aus den Gewerkschaften, aus Kreisen der Intelligenz, aus den Jugendverbänden wird mit größerer Entschiedenheit darauf gedrängt, daß

endlich die unhaltbaren Zustände im Bildungswesen überwunden werden, damit der Schaden, der hier von den herrschenden Kreisen für die Zukunft unseres Volkes angerichtet wird, nicht noch schlimmere Ausmaße annimmt. Schon die Überlegung, daß zur Überwindung des Bildungsnotstands große Finanzmittel erforderlich sind, führt immer mehr Menschen an die Konsequenz heran, für eine Kürzung der Rüstungsausgaben einzutreten. In jüngster Zeit verstärken sich jedoch auch die Stimmen, die darauf bestehen, den Inhalt der Bildung zu verändern, reaktionäre und revanchistische Ideologie zugunsten eines demokratischen, humanistischen und wissenschaftlichen Weltbildes vollends auszuschalten.

Sache aller Kommunisten

Wenn die Entwicklung kulturpolitische Probleme auf die Tagesordnung gesetzt hat, dann stellt sich die Frage: wie sollen und können wir Kommunisten jetzt mit den Vorschlägen unserer Partei für eine demokratische Kulturpolitik weiterarbeiten? Denn es ist nicht damit getan, daß die KPD in einem Dokument ihre kulturpolitischen Vorstellungen kundtut. Obwohl natürlich schon eine wichtige Aufgabe darin besteht, mit der Kraft unserer Parteiorganisationen dafür zu sorgen, daß unsere Vorschläge in der Partei und der Öffentlichkeit weite Verbreitung finden.

Kulturpolitik muß jedoch in der Praxis noch deutlicher zum Bestandteil unseres Kampfes für demokratische Veränderungen in der Bundesrepublik werden. Das setzt voraus, daß man es in unseren Leitungen und Grundorganisationen nicht als Sache einiger, von Berufs wegen zuständiger oder aus besonderer Neigung interessierter Genossen betrachtet, sich gründlich mit dem Dokument vertraut zu machen. Es sollte als Ermunterung aufgefaßt werden, eine manchmal noch vorhandene Reserviertheit gegenüber Problemen der Kultur und der Kulturpolitik zu überwinden.

In der Tat ist ja kaum denkbar, daß diese Probleme einem Kommunisten völlig fern liegen könnten. Von seinem persönlichen Leben, von seiner politi-

schen Arbeit führen viele Fäden unmittelbar zur Kulturpolitik. Wir arbeiten in demokratischen Bewegungen, bei Wahlen usw. mit Wissenschaftlern, Lehrern, Schriftstellern und Künstlern, Studenten zusammen — hatten und haben sie nicht manche Frage an uns, Wissenschaft, Bildung, Literatur und Kunst betreffend? Wenn auch nicht jeder immer erschöpfend antworten kann, ausweichen wollen wir doch solchen Fragen nicht. Sie werden doch an uns gerichtet, weil man uns ein vernünftiges Urteil zutraut! Als Marxisten darf man von uns in der heutigen Zeit notwendige Kenntnisse und konstruktive Gedanken in Sachen Kulturpolitik erwarten

Die meisten Kommunisten haben Kinder, die zur Schule gehen oder sich in der Ausbildung befinden. Hier ist es sogar ganz persönliches Interesse, über die Situation im Schulwesen Bescheid zu wissen und für ein demokratisches Bildungswesen einzutreten. Hier fällt unser unmittelbares persönliches Interesse direkt zusammen mit den Interessen der Klasse und des Volkes — geradeso wie im Kampf um höheren Lohn, die Sicherheit des Arbeitsplatzes usw.

Naheliegende Aufgaben

Wenn nun in Leitungen oder Grundorganisationen überlegt wird, wie die Arbeit mit den Vorschlägen der Partei praktisch angepackt werden kann, dann wird man sicher sehen, daß hier nichts ausgedacht oder lange gesucht werden muß.

Liegt es zum Beispiel nicht nahe, auch an das weite Feld der Schulpolitik zu denken, wenn wir von politischer Massenarbeit sprechen? Sie betrifft und bewegt Millionen, sie hat vielerorts Menschen zum politischen Handeln geführt. Ihre Probleme sind auch unsere. Aber ist die gewichtige und sachkundige Stimme von Kommunisten zu allen Fragen der Schule schon genug zu Wort gekommen? Als Marxisten sehen wir Bildungsfragen richtig in ihrer Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft, in ihrem Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung in Politik und Gesellschaft. Müssen wir uns nicht, unsere verfassungsmäßigen Rechte

Von welcher Seite man es immer betrachtet: es spricht alles dafür, daß jeder Kommunist sich die kulturpolitischen Vorschläge der Partei zu eigen macht. Und wir sollten sie, wenn wir uns überlegen, wie wir die Vorschläge in der politischen Arbeit nutzen wollen, unter zwei Gesichtspunkten verstehen:

① Sie orientieren uns darauf, klar und eindeutig den Standpunkt der Partei, den Klassenstandpunkt der Arbeiter, den Standpunkt der Sozialisten zu vertreten. Das ist erforderlich, weil es auch in der Kulturpolitik um Klassenfragen geht, weil wir dazu beitragen müssen, daß die Arbeiterklasse ihre kulturellen Interessen erkennt und selbst vertritt.

② Sie können für alle demokratischen Kräfte Grundlage der Diskussion und der Zusammenarbeit sein. Sie so zu nutzen ist nötig, weil die Arbeiterklasse sich im Kampf für eine demokratische Kulturpolitik, auf die es gegenwärtig in der Bundesrepublik ankommt, mit anderen gesellschaftlichen Kräften, vor allem der Intelligenz, verbünden kann und muß.

wahrnehmend, viel stärker öffentlich zu Schulfragen äußern? Wir sollten nicht glauben, daß die betroffenen Menschen von alleine erkennen, wie die finanzielle Notlage der Schulen, die Benachteiligung der Arbeiter- und Bauernkinder beim Zugang zu höherer Bildung mit den herrschenden Machtverhältnissen zusammenhängen, oder gar, daß die Mehrheit der Bevölkerung schon sieht, wie unsere Jugend durch die Schulpolitik des Staates im anti-demokratischen Sinne erzogen wird. Die kulturpolitischen Vorschläge sowie die schulpolitischen Forderungen der KPD können hier sicher nützliche Anregungen für das öffentliche Wirken von Kommunisten geben. Solches Wirken ist zum Beispiel die Arbeit von Kommunisten in gewählten Elternbeiräten, Schulpflegschaften usw. Aber gerade diese Genossinnen und Genossen müssen oft noch ohne die Hilfe der Parteioorganisation, der Leitung, aus-

kommen. Es ist längst noch nicht zum festen Bestandteil der Leitungsarbeit geworden, genau zu wissen, welche Kommunisten in Elternbeiräten arbeiten, sich von Zeit zu Zeit mit ihnen zu beraten. Sie arbeiten an einem wichtigen Ansatzpunkt für die Erweiterung des gesellschaftlichen Einflusses der Arbeiterklasse. Sie arbeiten dort oft mit sozialdemokratischen Genossen zusammen; hier fallen die gemeinsamen Interessen von Sozialdemokraten und Kommunisten ebenso ins Gewicht, wie

im Betrieb und in der Gewerkschaft. Hier können sie gemeinsam die demokratischen und humanistischen Bemühungen vieler Lehrer bei der Erziehung der Kinder unterstützen.

Schulpolitik — das müßte zum A und O der Arbeit unserer Parteileitungen gehören — ist eine Aufgabe, die vor allem unseren Wohngebietsorganisationen ein fruchtbares Feld konkreter und kontinuierlicher öffentlicher Wirksamkeit erschließt.

Verantwortung der Arbeiterklasse

In den kulturpolitischen Vorschlägen der KPD wird gesagt, daß eine demokratische Kulturentwicklung vor allem davon abhängt, daß die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften ihre eigene kulturpolitische Verantwortung erkennen. Wir sollten dahin wirken, daß das in seiner ganzen Konsequenz begriffen wird. Die Gewerkschaften treten zu Recht mit eigenen kulturpolitischen Forderungen auf, wie z. B. jüngst die IG Metall anläßlich ihres Jugendmonats mit Forderungen zum Schulwesen. Aber mit Forderungen, mögen sie noch so gut durchdacht und klar formuliert sein, können sich die Gewerkschaften hier nicht mehr begnügen. Ihre Verantwortung besteht jetzt darin, mit ihrer organisierten Kraft einen solchen öffentlichen Druck zu entfalten, daß solche Forderungen auch durchgesetzt werden. Das bedeutet, Fragen der Bildung auf Initiative der Gewerkschaften überall, vornehmlich in den Arbeiterzentren, zum Gegen-

stand öffentlicher Erörterung und demokratischer Aktionen zu machen und dafür alle an einer zeitgemäßen Kulturpolitik interessierten Kräfte zu gewinnen.

Eigene Verantwortung — das heißt vor allem, die eigenen Möglichkeiten der Gewerkschaften und anderer Organisationen der Arbeiterklasse noch stärker und zielbewußter für die Entfaltung einer selbständigen kulturellen Tätigkeit und Bildungsarbeit zu nutzen. Dafür gibt es in gewerkschaftlichen Beschlüssen, in Aufsätzen in gewerkschaftlichen Publikationen usw. eine Fülle nützlicher und praktikabler Anregungen. In den kulturpolitischen Vorschlägen der KPD wird konkret auf eine Reihe Bezug genommen. Wir betrachten diese Gedanken als eine wichtige Äußerung des Strebens nach größerer geistiger und politischer Selbständigkeit der Arbeiterklasse. Sie verdienen unsere größte Aufmerksamkeit und aktive Förderung.

Gemeinsamkeiten mit Sozialdemokraten

Die Entwicklung der jüngsten Zeit läßt uns mit besonderer Deutlichkeit erkennen; wie nötig das kameradschaftliche Gespräch aller Kommunisten mit den sozialdemokratischen Genossen ist. In der SPD greift die Kritik an der Politik ihrer Minister in der Großen Koalition und der Gruppe um Wehner im Parteivorstand um sich. Wir Kommunisten wollen die Sozialdemokraten bestärken, die dafür eintreten, daß den Interessen des werktätigen Volkes Rechnung getragen wird. Für Sozialdemokraten gibt es heute viele Gründe für eine Abkehr von der

Unterwerfung unter die CDU/CSU-Politik einzutreten — wir sollten sehen, daß für große Gruppen von Sozialdemokraten die Tatsache eine erhebliche Rolle spielt, daß die Unterstützung des Rüstungs- und Notstandskurses der CDU/CSU durch die SPD-Minister zur Preisgabe aller fortschrittlichen Forderungen der SPD auf kulturpolitischem Gebiet, zur Gefährdung kultureller Einrichtungen in sozialdemokratisch geführten Ländern, Städten und Gemeinden führt. Wir Kommunisten verstehen die Besorgnisse und Enttäuschung dieser sozial-

demokratischen Genossen und wir meinen es sehr ernst, wenn wir in unserem Dokument sagen, daß wir eine wichtige Aufgabe der Arbeiterbewegung und aller Demokraten darin sehen, fortschrittliche Einrichtungen, die im Schulwesen und im Kulturleben in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern bestehen, gegen die Angriffe

der CDU/CSU zu verteidigen und weiter auszubauen. Diese Orientierung entsprechend der Lage in den Ländern, Städten und Gemeinden konkret in Aufklärung, konstruktive und auf gemeinsames Handeln gerichtete Politik umzusetzen, ist ein organischer Teil unserer demokratischen Kulturpolitik.

Für das Bündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz

Die KPD begründet in ihrem Dokument, weshalb im Interesse einer demokratischen Kulturpolitik das Bündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz unerlässlich ist. Wir gehen dabei von der wachsenden gesellschaftlichen Rolle der Intelligenz aus. Wachsendes Unbehagen in Teilen der Intelligenz, sich ausbreitende Opposition zur Politik der herrschenden Kreise hat zur Annäherung und gemeinsamen Aktionen von Arbeitern und Kräften der Intelligenz geführt. Zwischen uns Kommunisten und progressiven Geistes- schaffenden bestehen viele Gemeinsamkeiten in der Kritik an den Zuständen im Bereich des Kultur- und Geisteslebens, Gemeinsamkeiten in demokratischen Zielen. Wir sehen bei Intellektuellen ein wachsendes Interesse für den Marxismus. Wir müssen ihm auch dadurch gerecht werden, daß wir

die tiefen gesellschaftlichen Ursachen der antidemokratischen Grundtendenz im Kulturleben aufzeigen, die nicht wenige Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler in ihren Werken und in politischen Äußerungen kritisieren. Es stärkt unsere Partei und es fördert die Entwicklung der fortschrittlichen Kultur der Arbeiterklasse, wenn wir progressive Intellektuelle für unsere Weltanschauung und die Partei gewinnen.

Unsere Partei wird ideologisch und politisch noch breiter in die Offensive kommen, wir werden unserem Kampf um die Legalität der Partei neue Impulse zuführen, wenn wir uns mit der gebotenen Aufmerksamkeit und Energie auch den kulturpolitischen Aufgaben zuwenden. Das neue Dokument wird dabei ein nützlicher Ratgeber sein.

Einige Lehren aus den gewerkschaftlichen Kämpfen

von HUGO MACHELETT

Das Jahr 1967 war gekennzeichnet durch wirtschaftliche Krisenerscheinungen mit harten sozialen Folgen für die Arbeiterklasse. Das Zusammenfallen struktureller Krisenerscheinungen mit der zyklischen Krise verminderte von Mitte 1966 bis Mitte 1967 die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie um 635 000, im Baugewerbe um 275 000, in den anderen Wirtschaftsbereichen um 52 000. Es gab im Vergleich zum Vorjahr 300 000 mehr Arbeitslose, 290 000 in die Heimat zurückgekehrte arbeitslos gewordene ausländische Arbeiter und 372 000 zum Teil frühzeitig in Rente geschickte Beschäftigte.

Die Situation wurde von den Konzernen rücksichtslos gegen die Be-

schäftigten ausgenutzt in Form von Lohn- und Sozialkürzungen, verstärkter Arbeitshetze und gegen die Gewerkschaften in Form der Ablehnung aller Forderungen, selbst solcher, die den Unternehmern keinen Pfennig kosten, sondern lediglich Sicherheitsgarantien für bereits gezahlte Leistungen beinhalten.

Ein Jahr Regierung der Großen Koalition machte offensichtlich, warum die Konzernherren und ihre CDU/CSU die sozialdemokratischen Minister in die Regierung nahmen. Die Warnung der KPD vor den Folgen dieser Großen Koalition haben sich vollauf bestätigt. Insbesondere die Verschärfung des reaktionären Kurses nach innen bekamen die Arbeiter und

Angestellten voll zu spüren. Während den Konzernen mit Milliardensummen unter die Arme gegriffen wurde, gab es keine einzige Stellungnahme sozialdemokratischer Minister gegen den Generalangriff der Monopole in den Betrieben zur Senkung der Einkommen der Belegschaften. Im Gegenteil. Wirtschaftsminister Schiller, die Unternehmer zum Profitmachen ermunternd, griff zum Beispiel offen in den Lohnkampf der Metallarbeiter von Baden-Württemberg ein, nicht um deren berechnete Forderungen zu unterstützen, sondern im Interesse der Lohnstopp-Ziele der Konzerne und der Kiesinger-Regierung. So wirkte sich auch hier Schillers „konzertierte Aktion“ einseitig zugunsten der Monopole und zum Schaden der Arbeiter und Angestellten aus.

Ebenso ist es mit der Umverteilung der Mittel des Staatshaushaltes zugunsten der Rüstung, der Steuer geschenke an die Konzerne zu Lasten insbesondere der Sozialleistungen. Weitere Steuererhöhungen zu Lasten des Volkes, erhöhte staatliche Verschuldung im Interesse der verstärkten Fortsetzung der aggressiven CDU/CSU-Politik und Drosselung des ge-

werkschaftlichen Kampfes wurden mit aktiver Unterstützung der sozialdemokratischen Minister zum Programm der Großen Koalition.

Hier ging es also nicht um die „Überwindung der Sünden der Vergangenheit“, nicht um „Machtbeteiligung“ zugunsten der Arbeiterklasse, sondern um Rettung und Festigung der Allmacht der Monopole und ihrer CDU/CSU, um die rigorose Durchsetzung ihrer politischen Ziele.

Diese von den sozialdemokratischen Ministern übernommene Rolle hat der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften aber auch der SPD selbst, die Landtagswahlen beweisen es, großen Schaden zugefügt.

Ausgehend von diesen erschwerenden Bedingungen einer wirtschaftlichen Krise und einer politischen Verschwörung gegen die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften, müssen die betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfe um die Verteidigung der betrieblichen Lohn- und Sozialleistungen, um tarifliche Absicherung der Effektivverdienste, um neue Lohnrahmentarife gesehen und die Ergebnisse eingeschätzt werden.

Wie sind die Gewerkschaften dieser neuen Situation gerecht geworden?

Vorweg: Die Rechnung der Monopole auf eine sich ruhig verhaltende Arbeiterklasse ging nicht auf. Positiv ist der wachsende Widerstandswille in einer Vielzahl von Betrieben zu werten und die in diesen Protest- und Streikaktionen erzielten Erfolge gegen Lohn- und Sozialkürzungen.

Positiv sind zu werten die mit Protestkundgebungen, Warn- und Solidaritätsstreiks, einmütigen Streikurabstimmungen und Streiks erzielten Ergebnisse beim Abschluß von Lohnrahmen-Tarifen, von Sicherungen gegen negative Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolu-

tion, von erhöhter Absicherung der Effektivverdienste. In diesem gewerkschaftlichen Ringen bewahrheitete sich in betrieblichen Kämpfen und wie der Streik der Gummiwarenarbeiter in Hessen beweist, daß dort die besten Ergebnisse erzielt wurden, wo mit aller Entschiedenheit von der gewerkschaftlichen Kraft Gebrauch gemacht wurde. Auch in den Bereichen des Öffentlichen Dienstes, der Eisenbahn und Post haben die Gewerkschaften eine große mobilisierende Aufklärungsarbeit geleistet. Wachsende Kampfbereitschaft und Einmütigkeit bei der Urabstimmung führten die Verhandlungen zum Erfolg.

Defensive Haltung wird nicht honoriert

Dennoch muß im Hinblick auf die vor den Gewerkschaften stehenden härter werdenden Auseinandersetzungen deutlich gemacht werden, daß die gewerkschaftliche Forderung nach Verteidigung des Erreichten nicht

durchgesetzt werden konnte, sondern die Konzernherren und die Kiesinger-Regierung ihre Lohnstoppforderung weitestgehend realisierten. Das aber bedeutet bei ständigen Preissteigerungen und verlängerten Laufzeiten der

Lohntarifverträge neben betrieblichen Abbaumaßnahmen eine zusätzliche Senkung des Reallohns und damit auch Senkung der Kaufkraft. Die damit verbundene Senkung des Lebensstandards, wachsende Unsicherheit der Arbeitsplätze hat die Unruhe in der Arbeiterklasse erhöht und birgt zugleich die Ursache einer wachsenden Unzufriedenheit mit gewerkschaftlichen Verhandlungsergebnissen in sich.

Auf die in fast allen Gewerkschaftszeitungen völlig richtig begründete Forderung nach Kaufkraftsteigerung zur positiven Beeinflussung der Konjunktur wurde von fast allen Gewerkschaften unter dem massiven Druck

der Monopole, aber auch aus Rücksichtnahme gegenüber der Großen Koalition verzichtet. Das völlige oder teilweise Eingehen auf die Schillersche konzertierte Aktion hat wesentlich dazu beigetragen, daß richtige Forderungen nach Effektivloohnerhöhungen nicht gestellt, die Verzögerungstaktik bei Lohnverhandlungen monatelang hingenommen und die volle gewerkschaftliche Kraft nicht mit letzter Konsequenz eingesetzt wurde.

Auch hat sich im vergangenen Jahr wieder einmal die ganze Fragwürdigkeit der Schlichtung, ihre auf Unterdrückung und Verzögerung der gewerkschaftlichen Aktivität gerichtete Rolle völlig bestätigt.

Hoffnung und Glaube sind ein schlechter Kompaß

Es gab und gibt, neben Illusionen über die Möglichkeiten bzw. den Willen sozialdemokratischer Minister im Sinne der Gewerkschaften in der Regierung wirksam zu werden, aber auch ungenügende und zum Teil falsche Einschätzungen über Notwendigkeit und Möglichkeit des gewerkschaftlichen Kampfes unter Krisenbedingungen. Es gibt Unklarheiten über Charakter und Verlauf der Krise, über die Auswirkungen staatsmonopolistischer Instrumentarien zur Überwindung der Krise.

Die Hoffnung auf einen neuen Aufschwung im Herbst und damit günstigeren Voraussetzungen für den Lohnkampf hat mit dazu beigetragen, die Tarife nicht zu kündigen, langatmige Verhandlungen mit Geduld zu ertragen und sich vom Kampf um höhere Löhne auf ausschließliche Absicherungsforderungen abdrängen zu lassen. Die Frage, ob in Krisensituationen effektive Lohnforderungen gestellt werden können oder sogar müssen, wurde zwar theoretisch bejaht, aber nicht praktiziert, weil viele mit einem baldigen neuen Aufschwung und damit neuen gewerkschaftlichen Möglichkeiten gerechnet haben. Das erzielte Ergebnis im Öffentlichen Dienst, Eisenbahn und Post und bei den Glasarbeitern beweist, daß auch in Krisensituationen erfolgreiche Tarifkämpfe für effektive Lohn- und Gehaltserhöhungen möglich sind.

Der Glaube, daß der Beginn eines neuen Aufschwungs gleichzusetzen sei

mit einer verstärkten Beschäftigung, mit größerer Sicherheit des Arbeitsplatzes, ist weit verbreitet und verleitet dazu, mit der trügerischen Hoffnung auf günstigere Kampfbedingungen Forderungen der Konzerne und Unternehmerverbände auf Lohn- und Sozialkürzungen wenn auch schweren Herzens voll oder teilweise hinzunehmen. Es verleitet im gewerkschaftlichen Raum dazu, richtige Forderungen zeitweilig zurückzustellen. Die spekulativ angekündigten Zuwachsraten werden Beschäftigungsstagnation und in einzelnen Bereichen sogar einen Beschäftigungsrückgang nicht überwinden können. Zuwachsraten sollen nach dem Willen der Unternehmer ausschließlich über technische Erneuerungen, Rationalisierungen und erhöhter Intensität der Arbeit erreicht werden. Ein Rückblick auf vergangene Jahre macht deutlich, wie bei höheren Zuwachsraten und gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung ebenfalls die Beschäftigung stagnierte bzw. in der Industriearbeiterschaft sogar rückläufig war. Mit einer erhöhten Zahl von Arbeitslosen, mit weiterer Unsicherheit des Arbeitsplatzes muß also auch selbst in der Phase des konjunkturellen Aufschwungs gerechnet werden.

Eine einprozentige Erhöhung der Lohn- und Gehaltssumme bedeutet eine Kaufkraftsteigerung von mehr als 2 Milliarden D-Mark. Jede Erhöhung der Kaufkraft fördert zu gleicher Zeit auch die Konjunktur, indem neue Auf-

träge für Handel und Industrie vergeben werden können.

Die Praxis der Monopole über Preiserhöhungen und direkte Lohn- und Sozialkürzungen, die Kosten, aber auch die Kaufkraft zu senken, läuft in die entgegengesetzte Richtung. Die Auswirkung staatlicher Maßnahmen wie erhöhte Steuern, zusätzliche Massenbelastungen über Tarifierhöhungen, Erhöhung der Sozialabgaben selbst für Rentner laufen ebenfalls in die entgegengesetzte Richtung und sollten, trotz und gerade wegen der Krisenerscheinungen, wer immer auch in der Regierung sitzt, mit der ganzen gewerkschaftlichen Kraft verhindert werden.

Unter den Bedingungen des in der Bundesrepublik herrschenden staatsmonopolistischen Systems, der engen Verflechtung von Ökonomie und Politik, der wachsenden ökonomischen Funktionen des Staates, wird die Tarifautonomie durch den Staat immer mehr eingeschränkt. Konzentrierte Aktion als Aufforderung zur freiwilligen Unterordnung der Gewerkschaften, Notstandsgesetze als staatlicher Zwang gegen die Gewerkschaften — das sind zwei Seiten einer Medaille. Deshalb werden die Gewerkschaften nur dann ihre berechtigten Forderungen voll durchsetzen, wenn sie nicht nur gegen die Monopole und ihre Unternehmensverbände auftreten, sondern gleichzeitig im politischen Raum Front machen gegen alle staatlichen Bestrebungen freiwilliger oder zwangsweiser Unterordnung der Gewerkschaften. Das aber erfordert die Verstärkung des Kampfes gegen den sozialreaktionären Kurs der Kiesinger-Regierung, gegen die Notstandsgesetze. Das erfordert die konsequente Ablehnung staatlicher Einmischung in Form der konzertierten Aktion.

Für Krupp über 500 Mill. DM Kreditgarantien, für den Gewerkschaftsfunktionär die Möglichkeit eines freundschaftlichen Telefongesprächs, so sieht in der Praxis die von Schiller verkündete soziale Symmetrie aus. Die Gewerkschaften tun gut daran, sich in ihren Entscheidungen nicht an kollegialen Formen, sondern an den harten Tatsachen zu orientieren.

Die Ergebnisse des gewerkschaftlichen Kampfes im Jahre 1967 hätten bedeutend effektiver sein müssen und können, auch im Interesse der Arbeitsplatzsicherung und eines neuen Konjunkturaufschwungs, wenn diese Zusammenhänge in den Betrieben und Gewerkschaften stärker geklärt, wenn gewerkschaftliche, wirtschaftspolitische Alternativen zur Grundlage des gewerkschaftlichen Handelns gemacht worden wären.

Die bereits vorausgesagte Steigerung der Gewinnerwartungen der Monopole für 1968 um 30 Prozent macht deutlich, in welcher Richtung die Konzernherren mit ihren rigorosen Abbau- und Rationalisierungsmaßnahmen im Jahre 1967 die Weichen gestellt haben. Um so dringender ist es jetzt, daß die Gewerkschaften effektive Lohnerhöhungen durchsetzen.

Die Aufklärungsarbeit über eine auf Wirtschaftsstabilität und Wirtschaftswachstum orientierte Wirtschaftspolitik als Alternative zur Profitwirtschaft der Monopole und zur Wirtschaftspolitik Schillers ist im Hinblick auf die kommenden Lohnbewegungen eine erstrangige Aufgabe der Gewerkschaften. Immer wieder gilt es, die wirtschaftspolitischen Vorschläge des Grundsatzprogramms des DGB aber auch die Vorschläge aus dem Wirtschaftsprogramm der KPD zur Diskussion zu stellen.

Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Gewerkschaften nicht nur gegenüber den Monopolen und der CDU/CSU, sondern auch gegenüber der praktizierten Politik der sozialdemokratischen Minister erfordern eine klare Stellungnahme zur konzertierten Aktion Schillers, zur Zielsetzung staatsmonopolistischer Regulierungsmaßnahmen, zum Tabu des Rüstungs- etats, zur Praxis der Regierung der Großen Koalition insgesamt.

Dieser Regierung Zeit lassen, ihr eine Chance geben, heißt doch, den Monopolen Gelegenheit geben, sich auf Kosten des Volkes weiter zu bereichern. Das heißt der CDU/CSU-Politik den Weg freizugeben, einer Politik die zutiefst antisozialen, antidemokratischen und friedensfeindlichen Inhalt hat.

Die Gewerkschaften haben 1967 bewiesen, daß überall dort, wo sie ihre Kraft voll und zielstrebig zum Einsatz brachten, der Erfolg nicht ausblieb.

1968 sollte für die Gewerkschaften wieder ein offensives Jahr werden. Das erfordert unter den gegenwärtigen zugespitzten Klassenauseinandersetzungen äußerste Kraffanstrengung, höchste Solidarität der Gewerkschaften untereinander, unbedingtes Vertrauen in die eigene Kraft, Festhalten an eigenen richtigen Erkenntnissen und Beschlüssen!

Mit der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen, der Gewerkschaftstage und der Vorbereitung der kommenden Lohnbewegung gibt es viele Gelegenheiten, die neuen gewerkschaftlichen

Aufgaben gründlich zu diskutieren. Solchen Kolleginnen und Kollegen sollten betriebliche und gewerkschaftliche Funktionen übertragen werden, die den neuen Aufgaben gewachsen sind.

Durchsetzung effektiver Lohnerhöhungen zum nächstmöglichen Termin; erhöhte Aktivität gegen die Notstandsgesetze und für wirksame Mitbestimmung, konzertierte Aktion aller Gegner der CDU-Politik gegen den antisozialen, antidemokratischen und friedensgefährdenden Kurs der Monopole und ihrer Regierung der Großen Koalition — dafür lohnt es sich, die Gewerkschaften zu stärken und ihre ganze Kraft in Übereinstimmung mit der Mehrheit unseres Volkes in die Waagschale zu werfen.

Die christlichen Arbeiter in den Kampf für Frieden, gegen soziale Reaktion einbeziehen

VON ERICH JUNG MANN

I.

Die Angriffe der großen Monopole auf die Lebenshaltung der Werktätigen, die Kürzung erkämpfter Rechte und Vergünstigungen, die Drohung mit Entlassung und Kurzarbeit, die Zerstörung der Demokratie durch Notstandsgesetze, Unmenschlichkeiten, wie sie von den amerikanischen Aggressoren in Vietnam begangen werden, die mit den religiösen Ideen überhaupt nicht vereinbar sind, und die Befürchtung, daß sich der amerikanische Krieg in Vietnam zu einem neuen Weltkrieg ausweiten kann, führen auch bei den christlichen Arbeitern und Werktätigen zu einem Nachdenken und Umdenken. Auch bei den christlichen Werktätigen hat die Bonner Regierung an Kredit eingebüßt.

Ein nicht unwesentlicher Teil der christlichen Arbeiter ist in den Sozialausschüssen organisiert oder wird von ihnen beeinflußt. Daß der Klassenkampf auch vor den Toren der CDU/CSU nicht haltmacht, bewies u. a. die 12. Bundestagung der Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnenschaft, die im Juli 1967 in

Offenburg stattfand. Am deutlichsten kamen die Gegensätze in den heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Sozialausschüssen auf der einen Seite und dem „Wirtschaftsrat der CDU e. V.“ — dem Unternehmerflügel der CDU — auf der anderen Seite zum Ausdruck. Funktionäre der Sozialausschüsse sprechen ganz offen davon, daß das Großkapital die CDU aufkauft.

Eine besondere Rolle spielt bei den christlichen Kollegen das Recht auf Mitbestimmung. Der Generalsekretär der CDU, Minister Heck, hatte schon vor der Offenburger Tagung erklärt, daß er ein Vorpfeilen in der Mitbestimmungsfrage nicht zulassen werde. Auf Betreiben von Heck wurde aus dem Vorentwurf der Entschließung die Passage über die Mitbestimmung einfach gestrichen. Laut „Dienst für Gesellschaftspolitik“, Nr. 24/67, wurde in diesem gestrichenen Passus gefordert, daß Unternehmen oder Unternehmenskomplexe, die infolge ihrer Größe oder aus anderen Gründen von öffentlicher Bedeutung sind,

nicht länger als rein privater Natur betrachtet und behandelt werden dürfen. Die Kontrollorgane, dessen Befugnisse jenen eines Aufsichtsrates entsprechen, sollen sich aus 40 Prozent Kapitaleignern, 40 Prozent Arbeitern und 20 Prozent Vertretern der öffentlichen Interessen zusammensetzen.

Auf dem Parteitag der CDU in Braunschweig, der einige Monate vorher (Mai 1967) stattfand, haben die Vertreter der Monopolinteressen in der CDU die Sozialausschüsse vollkommen ausgeschaltet. Nicht ein einziger Vertreter der Sozialausschüsse gehört mehr dem Parteipräsidium an.

Der vom Parteitag beschlossene Kurs auf Verstärkung der diktatorischen Maßnahmen und Massenbelastungen nach innen und der forcierten Vorbereitung der Aggression nach außen duldet keinerlei Opposition in den eigenen Reihen, selbst nicht aus Rücksicht auf Arbeiteranhänger oder aus wahltaktischen Erwägungen. Die von Franz Josef Strauß in seinem Buch „Entwurf für Europa“ ausgearbeitete Linie der verschärften Expansionspolitik des westdeutschen Imperialismus wurde zum offiziellen CDU-Kurs erhoben.

Die „Ketteler Wacht“ (Organ der katholischen Arbeiterbewegung), Nr. 12/67, bezeichnet die Entscheidung des CDU-Parteitages als „Ruck nach rechts“ und als Schlag gegen die Kräfte in der CDU, die das Eigengewicht der Union als Partei stärken wollten; nämlich die Junge Union und die Sozialausschüsse, deren Vertreter bei der Besetzung des Bundesvorstandes „auf der Strecke geblieben“ sind.

Auf der Bundestagung der Sozialausschüsse wurde eine „Offenburger Erklärung“ angenommen. Sie ist widerspruchsvoll. Neben vielen positiven Forderungen gibt es auch eine Reihe reaktionärer Auffassungen. So enthält die Erklärung das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, die Feststellung, daß Arbeit der entscheidende Faktor und Leistung bedeutsamer als Besitz sei, daß die Wirtschaft sich in ständiger Veränderung befinde und niemandem einen bestimmten Arbeitsplatz oder Beruf verbürgen könne. Zur gleichen Zeit finden sich aber auch

Forderungen in der Erklärung, daß in konjunkturschwachen Perioden die Masseneinkommen nicht gesenkt, sondern vielmehr zur Sicherung eines realen Wachstums erhöht werden müssen.

Auf ausdrückliches Verlangen der Delegierten wurde in der „Offenburger Erklärung“ zur Frage der Mitbestimmung eine neue Fassung aufgenommen, in der es u. a. heißt, daß der Wandel der Wirtschaft nicht hingenommen werde wie ein Naturgeschicksal. „Wir wollen ihn mitbestimmen und mitgestalten“. Von der Arbeitnehmerschaft als größter und tragender Schicht werde ein hohes Maß an Mitverantwortung für das Geschehen in unserer Gesellschaft erwartet. „Mitverantwortung bedingt Mitbestimmung.“ Den „Herr-im-Hause“-Leitsätzen des Wirtschaftsrates der CDU, die im Januar 1967 veröffentlicht wurden, setzten die Sozialausschüsse ganz gezielt die „Offenburger Erklärung“ entgegen. Sie enthält weiterhin im einzelnen konkrete Forderungen zur Bildungs-, Struktur-, Wachstums- und Verteilungspolitik und zur Berufsausbildung. In der Beschäftigungspolitik steht die „Offenburger Erklärung“ im Gegensatz zu Schillers einseitiger Wachstumspolitik. Die Erklärung kann sich auf Äußerungen des Konziils und des Weltkirchenrates stützen. Sie wurde im Einvernehmen mit den Gewerkschaften entwickelt. Kein Wunder, wenn die Monopolpresse auf die „Offenburger Erklärung“ mit Beschimpfungen und Drohungen geantwortet hat.

Wie auf der Bundestagung mitgeteilt wurde, sollte die Erklärung ein Beitrag zu einem neuen CDU-Programm sein, das schon seit 15 Jahren geplant und immer wieder verschoben wird. Soeben ist der CDU-Arbeitskreis „Mitbestimmung“ geplatzt, weil die Unternehmervertreter rigoros den Standpunkt des CDU-Wirtschaftsrates durchsetzen wollten. Inzwischen ist auch bekannt geworden, daß es zwischen der CDU/CSU-Führung und dem Führungsgremium der SPD eine Geheimabsprache geben soll, gemäß der bis 1969 das Mitbestimmungsrecht nicht mehr behandelt wird.

II.

In der Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas von Karlov Vary wird gefordert, daß in den Kampf für die Erhaltung des Friedens und für sozialen Fortschritt die Gläubigen mit einbezogen werden müssen. Diese Forderung fußt auf Diskussionen und Erfahrungen mehrerer Bruderparteien, die sie in den letzten Jahren in der Zusammenarbeit mit katholischen Werktätigen gemacht haben. Die Erklärung von Karlov Vary spricht von ersten Veränderungen in der öffentlichen Meinung Europas und von neuen Tendenzen, die sich in christlichen Kreisen in bezug auf den sozialen Fortschritt und den Frieden zeigen. Damit ist gemeint, daß sich aufgrund der Stärke des sozialistischen Lagers durch den konsequenten Kampf der kommunistischen und Arbeiterparteien für Frieden, Demokratie und Sozialismus auch in den kapitalistischen Ländern immer mehr kirchlich gebundene Menschen, christliche Arbeiter und Jugendliche, in die Auseinandersetzung für die Sicherung des Friedens und für sozialen Fortschritt eingeschaltet haben.

Diesen Veränderungen im Denken und Handeln breiter Schichten, auch von Gläubigen, muß der Vatikan offensichtlich Rechnung tragen. In einigen Abschnitten der neuen Sozialenzyklika „*Populorum Progressio*“ (Über den Fortschritt der Völker) vom 26. März 1967 kommt das deutlich zum Ausdruck. Alte, durch die gesellschaftliche Praxis seit langem widerlegte Lehrsätze der katholischen Sozialdoktrin werden dabei durch neue Grundsätze ersetzt. Diese realistischen Tendenzen besonders in den Fragen des Friedens und des sozialen Fortschritts machen dieses Papst-Rundschreiben zu einem beachtenswerten Dokument.

Das neue Papst-Rundschreiben ist, wie bereits die Friedensenzyklika Johannes XXIII., nicht nur an den Klerus und die Katholiken, sondern „an alle Menschen guten Willens“ gerichtet. Bemerkenswert ist, daß die Enzyklika die Frage des Friedens und der Abrüstung im Zusammenhang mit den sozialen Problemen behandelt und eine realistischere Einschätzung der

Weltsituation vornimmt, als sie Bischöfe in der Bundesrepublik treffen.

Die weltanschauliche Position dieser Enzyklika ist klar fixiert, das kommt vor allem in folgender These zum Ausdruck:

„Alles soziale Handeln setzt eine Lehre voraus. Der Christ kann kein System annehmen, dem eine materialistische und atheistische Philosophie zugrunde liegt, die weder die Ausrichtung des Menschen auf sein letztes Ziel, noch seine Freiheit, noch seine Würde als Mensch achten.“ (39)

Beachtenswert ist jedoch auch der Nachsatz, in dem es heißt:

„Wo jedoch diese Werte sichergestellt sind, ist nichts gegen einen Pluralismus beruflicher und gewerkschaftlicher Organisationen einzuwenden...“ (39)

Dem Vatikan geht es also nicht um eine neutrale Position, er vertritt dem Wesen nach die Positionen der Bourgeoisie, er grenzt sich lediglich vom aggressivsten, neokolonialistischen und kriegslüsternden Flügel der Großbourgeoisie ab. Die Korrekturen der katholischen Soziallehre zeigen sich in der neuen Enzyklika u. a. an folgenden Stellen:

„Das Privateigentum ist also für niemand ein unbedingtes und unumschränktes Recht... Mit einem Wort: das Eigentumsrecht darf nach der herkömmlichen Lehre der Kirchenväter und der großen Theologen niemals zum Schaden des Gemeinwohls genutzt werden...“

Im zweiten Teil der Enzyklika wird u. a. auf den Zusammenhang zwischen sozialen Problemen und der Friedensfrage eingegangen. Einer der Kernsätze lautet:

„Wir müssen erreichen, daß eine immer wirksamer werdende weltweite Solidarität es allen Völkern erlaubt, ihr Geschick selbst in die Hände zu nehmen. Die Vergangenheit war zu oft von den Gewalttaten der Völker gegeneinander gekennzeichnet. Möge der Tag kommen, wo

die internationalen Beziehungen von gegenseitiger Achtung und Freundschaft geprägt sind, von gegen-

seitiger Zusammenarbeit, von gemeinsamem Aufstieg, für den sich jeder verantwortlich fühlt.“ (65)

III.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß solche Thesen in der Enzyklika gute Möglichkeiten des Gesprächs mit den christlichen Arbeitern und Werktätigen bieten und auch das gemeinsame Handeln erleichtern.

In verschiedenen katholischen Gruppierungen machen sich zunehmend antimonopolistische Züge bemerkbar. Die Riesenprofite der großen Monopole und die Angriffe auf die soziale Lage der Werktätigen bringen diese Kollegen zum Nachdenken über die „Politik aus christlicher Verantwortung“. Wir sollten in der Zusammenarbeit anknüpfen an die offen zutage getretenen Gegensätze innerhalb der CDU, zwischen den Sozialausschüssen und dem Wirtschaftsrat der CDU.

Anhand ihrer eigenen Erfahrungen, die die katholischen Arbeiter mit den Monopolherren gemacht haben, gilt es den gemeinsamen Kampf gegen jeglichen Sozialabbau, für Lohnerhöhung, gegen die Notstandsgesetze und für Mitbestimmung zu organisieren. Von besonderer Wichtigkeit ist dabei, daß wir nicht allgemein von der CDU/CSU sprechen, sondern immer differenzieren zwischen den Monopolherren und

den Arbeitern und Angestellten, die Mitglied der CDU oder ihrer Sozialausschüsse sind.

Einen guten Anknüpfungspunkt für das gemeinsame Handeln um Mitbestimmungsrechte bieten die Sozialenzyklika Papst Paul VI. und seine Worte gegen den Kapitalismus — ohne daß wir etwa Illusionen schaffen bzw. die unterschiedliche Haltung der katholischen Kirche und unserer Weltanschauung verwischen.

Wie aktuell die Feststellungen der Sozialenzyklika besonders für die Bundesrepublik sind, hat Hauptgeschäftsführer Hoffmann in seinem Bericht in Offenburg bestätigt:

„Heute jedoch scheint es, als ob der Klassenkampf von oben wieder neu begonnen wird. Das zeigt sich besonders in der Diskussion um die Mitbestimmung. Das ergibt sich aber auch aus den Beiträgen unserer Kollegen in den Betrieben. Denn offenbar vertreten die Unternehmen jetzt wieder den ‚Herr-im-Hause-Standpunkt‘ und somit hat auch 1967 das machvertellende Prinzip noch nichts von seiner Berechtigung verloren.“

IV.

Auf den engen Zusammenhang zwischen sozialen Fragen und Weltfrieden in der Enzyklika wurde schon hingewiesen. Wenn der Vatikan und der Papst selbst sich schon mehrmals gegen den amerikanischen Krieg in Vietnam wandten, dann nicht zuletzt deshalb, weil Millionen Katholiken in der ganzen Welt dieses Verbrechen verabscheuen und die Ausweitung zu einem weltweiten Krieg befürchten. Deshalb sollten wir Anstrengungen machen, die katholischen Gläubigen, besonders die Arbeiter in der Solidaritätsbewegung für das vietnamesische Volk einzubeziehen. Wir sollten in Gesprächen mit katholischen Werktätigen dahin wirken, daß die fortschrittlichen Ideen des verstorbenen Papstes Johannes XXIII. in den Organen und Gruppen ihrer Partei disku-

tiert werden und verlangen, daß danach gehandelt wird.

In seiner Enzyklika „Pacem in terris“ sagte der Papst, daß die Atomwaffen kein Mittel der Politik seien. Die katholischen Werktätigen sollten von ihren Abgeordneten und auch von Minister Katzer fordern, daß sie sich gegen die geplanten Notstandsgesetze erklären, unsoziale Maßnahmen, wie Abbau sozialer Errungenschaften, Mieterhöhungen usw. zurückweisen, weil sie einer „christlichen Politik“ von Grund auf widersprechen. Die Politik der Bonner Regierung, ihre Unterstützung des amerikanischen Krieges in Vietnam, das Geschrei nach Atomwaffen und die Revanchehetze gegen die DDR vertragen sich nicht mit dem Papstwort und mit der Verurteilung des blutigen Krieges gegen

Vietnam durch Papst Paul VI. Eine wirklich christliche Politik bedeutet heute gleichberechtigte Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten über Gewaltverzicht und Rüstungsbeschränkung.

Die Zusammenarbeit zwischen Marxisten und Christen hat sich bereits gut bewährt u. a. in der Kampagne für Abrüstung. Unterschiedliche Auffassungen können zum Ausdruck gebracht werden, und es bleiben auch

manchmal unterschiedliche Meinungen. Aber dies darf kein Hemmnis sein im gemeinsamen Kampf für das gemeinsam gesteckte Ziel. Wir Kommunisten sollten alle Anstrengungen machen, daß sich noch mehr katholische Arbeiter, Geistliche und Jugendliche an der Ostermarschbewegung „Kampagne für Abrüstung“ beteiligen. Es gilt daher besonders Kontakte mit den katholischen jungen Arbeitern aufzunehmen.

V.

Ähnliche Gedankengänge wie die katholischen bewegen auch die evangelischen Gläubigen. Das wurde u. a. deutlich auf dem Kirchentag in Hannover im Juni 1967. Arbeiter und Jugendliche traten dort gegen die von der Bonner Regierung praktizierte Politik der Unterstützung des amerikanischen Krieges und gegen den Revanchismus auf. Bei der Jugend fanden die Ausführungen des Leiters der Evangelischen Akademie in Westberlin, Dr. Erich Müller-Gangloff, Zustimmung:

„Verzicht auf jede Beteiligung an atomarer Rüstung, Anerkennung der durch den Krieg geschaffenen Grenzen... Die Weigerung der Bundesrepublik, die DDR anzuerkennen, hat zur Verhärtung der Situation zwischen beiden deutschen Staaten in den letzten Jahren beigetragen.“

Die jungen Christen können sich auf die Ausführungen von Präsident Richard von Weizsäcker in seiner Schlußansprache auf dem Kirchentag berufen:

„Dem Frieden kommt man nur auf die Spur, wo die Zwiesprache beginnt... Frieden ist nicht Sache der Christen gegen die Marxisten, sondern eine gemeinsame Aufgabe von Christen und Marxisten... Um die Not in der Welt zu besiegen, müssen Christen und Marxisten zusammenstehen.“

In zahlreichen Orten und Städten der Bundesrepublik führt die Evangelische Arbeitnehmerschaft im Winterhalbjahr regelmäßig Lehrgänge durch, die von Sozialpfarrern geleitet und zu der auch Gewerkschaftsfunktionäre eingeladen werden. Es bietet sich hier

eine gute Möglichkeit, ins Gespräch und auch zum gemeinsamen Handeln mit diesen Kollegen zu kommen.

Wie realistisch diese christlichen Arbeiter und Gläubigen die Situation einschätzen, geht zum Beispiel aus fünf Thesen über das Verhältnis zur DDR hervor, die der Evangelische Kirchenkreis Osterode bei seiner Wochenschulung verwendet. Dort heißt es u. a.:

„Jede Spekulation darauf, die Kommunisten würden sich die DDR einmal abmarken lassen, ist illusorisch. Jede Spekulation darauf, daß das SED-Regime wirtschaftlich ausgehungert werden könnte, ist illusorisch.“

Unsere Behauptung, der mitteldeutsche Staat sei ein riesiges Konzentrationslager ohne Freiheit, ist ungerecht.

Jede Spekulation darauf, es könnte eine Wiedervereinigung unter dem Vorzeichen der bundesrepublikanischen Gesellschaftsordnung geben, ist illusorisch.

Die Spekulation darauf, daß alle Mitteldeutschen nichts lieber täten, als unsere bundesrepublikanischen Verhältnisse zu übernehmen, ist illusorisch.“

In der jüngsten Zeit ist beachtenswert das Gespräch zwischen zwei führenden Kommunisten und dem Rothenfelder Kreis. Dabei zeigte sich, wie viele Gemeinsamkeiten es im Kampf gegen die Feinde unseres Volkes gibt. Der Wille dieser jungen Menschen für wahre Demokratie und gegen Notstandsdictatur kommt besonders deutlich in der Annahme einer Entschliebung für die Auf-

hebung des KPD-Verbots zum Ausdruck.

Junge katholische und evangelische Menschen suchen das Gespräch mit Marxisten. Wir sollten überall die Möglichkeiten zum Dialog und zum gemeinsamen Handeln nutzen und dabei immer das Gemeinsame gegen den gemeinsamen Feind in der Vordergrund stellen.

★

★

Aufgrund der internationalen Situation und der Lage in der Bundesrepublik ist der Stein ins Rollen gekommen. Angespornt durch das Konzil und die päpstlichen Enzykliken haben die Diskussionen auch bei den Christen in der Bundesrepublik begonnen, selbst wenn manche Kirchenführer noch bremsen, die Enzykliken kritisch betrachten und wenig oder nichts zu ihrer Realisierung beitragen.

Von großer Bedeutung ist auch, daß der 770 000 Mitglieder zählende Bund der Katholischen Jugend Deutschlands (BdKJ) auf seiner Delegiertenkonferenz Anfang November 1967 in Altenberg einstimmig beschlossen hat, offizielle Kontakte zu den Jugendorganisationen der sozialistischen Länder aufzunehmen.

★

Ihre enge Bindung an die Führungskräfte des staatsmonopolistischen Kapitalismus hindert sie daran, von unserer Aktivität wird es abhängen, daß sich dem Kampf für Frieden, für Demokratie, gegen die soziale Reaktion noch mehr christliche Werktätige anschließen, daß sie zu der allgemeinen Linksentwicklung, zur Sammlung der demokratischen Kräfte finden.

Neue Notstandsentwürfe der Bundesregierung

VON KURT RICHTER

Die Auseinandersetzungen über die Notstandsvorhaben der Kiesinger-Regierung haben sich in den vergangenen Wochen weiter zugespitzt. Der Kampf gegen die Kriegs- und Ermächtigungsgesetzgebung und zur Verteidigung des Grundgesetzes hat in eindrucksvollen zentralen und örtlichen Aktionen, besonders der Kuratorien Notstand der Demokratie, Protestbekundungen der verschiedensten Art seinen Ausdruck gefunden. Die im DGB verbundenen Gewerkschaften und breite Kreise der Bevölkerung haben auf Großkundgebungen, die Studentenverbände in einem Manifest der Hochschulen und zahlreiche Vertreter der Intelligenz und kirchliche Würdenträger in erneuten Erklärungen den Notstandsplänen der Bundesregierung den Kampf angesagt. Gleichzeitig aber verstärkte die Bundesregierung ihre Bestrebungen, um mit neuen Vorlagen ihre geplante Notstandsdictatur auszubauen.

Am 2. November 1967 erklärte Kiesinger auf einer Pressekonferenz es als vorrangiges Ziel der Bundesregie-

rung, die Notstandsverfassung gegen alle Widerstände und mit Hilfe der SPD-Minister schnell unter Dach und Fach zu bringen. Am 9. November begannen die selbst von der regierungstreuen Presse als „monströses Schauspiel“¹⁾ verhöhten Hearings (Befragungen) über die Notstandsverfassung im Bundestag. Der Ablauf dieser Hearings bewies, was von den Beteuerungen der Bundesregierung zu halten ist, sie sei zu einer sachlichen Diskussion und zur Erörterung aller Einwände gegen die Notstandsverfassung bereit. Kategorisch setzten sich die Sprecher der CDU/CSU und die Notstandspolitiker in der SPD-Führung über die begründeten Bedenken von Professoren wie Ridder und Abendroth und der Gewerkschaftsvertreter Rosenberg und Brenner, die die ablehnende Haltung der Mehrheit der Bevölkerung vertraten, hinweg. Staatssekretär Benda (CDU) forderte beim Notstandshearing am 9. November 1967 eine Notstandsverfassung, die eine praktikable Handhabe für ein „flexibles Reagieren“ in Spannungszeiten und für eine „rechtzeitige personelle und materielle Mobilmachung“ sein

¹⁾ „Die Welt“ vom 11. November 1967

soll. Mit den Militarisierungs- und Ermächtigungsgesetzen sollen die inneren Voraussetzungen für die Durchsetzung der revanchistischen Ziele geschaffen werden. Zutreffend brandmarkten die Professoren Abendroth und Ridder beim Hearing am 9. November die Notstandsgesetze als „Kriegsvorbereitung“ und als „Vorbereitung auf den Bürgerkrieg“.

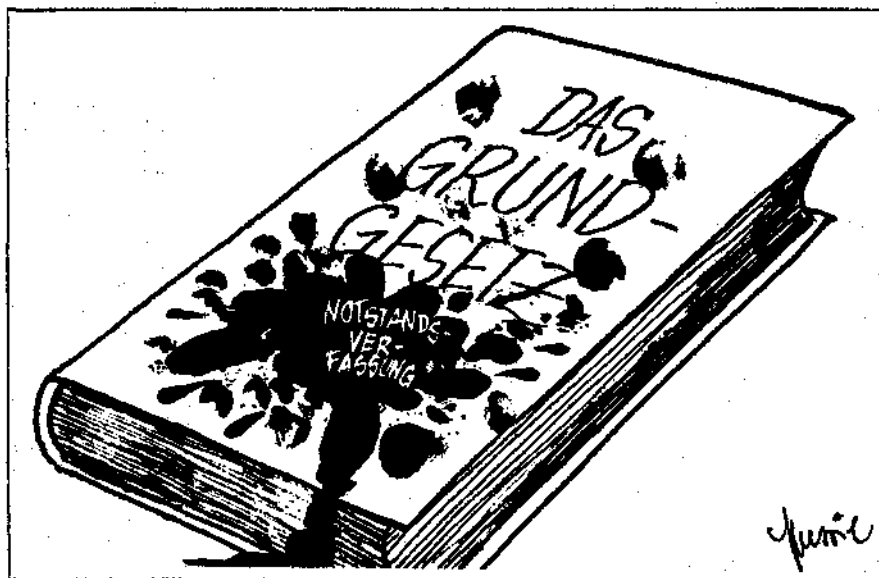
In den gleichen Tagen, in denen die Hearings durchgeführt wurden, versuchte die Regierung, durch eine schnelle Behandlung von fünf neuen

Weiter Kriebsrecht in Friedenszeiten

Lücke sprach bei der Vorlage der Entwürfe heuchlerisch von einer neuen „demokratischen Konzeption“ für die Notstandsgesetzgebung. Das geplante Änderungsgesetz zum Wirtschaftssicherstellungsgesetz²⁾, das Änderungsgesetz zum Verkehrssicherstellungsgesetz³⁾ und das Änderungsgesetz zum Ernährungssicherstellungsgesetz⁴⁾ erweisen sich aber als Versuch, die in der Öffentlichkeit als verfas-

Notstandsvorlagen vollendete Tatsachen zu schaffen. Am 10. November 1967 wurden im Bundestag drei Regierungsentwürfe für Änderungsgesetze zu den bereits verabschiedeten Sicherstellungsgesetzen, der Entwurf eines Arbeitssicherstellungsgesetzes und der Entwurf eines Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes behandelt. Alle Entwürfe fanden die prinzipielle Zustimmung der Mehrheit des Bundesrats und sollen dem Bundestag zur Verabschiedung vorgelegt werden.

sungswidrige Ermächtigungsgesetze kritisierten Sicherstellungsgesetze demokratisch zu verbrämen und noch praktikabler zu gestalten. Mit dem geplanten Arbeitssicherstellungsgesetz⁵⁾ und dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes⁶⁾ soll der Komplex der sogenannten einfachen Notstandsgesetze weiter ausgebaut werden.



²⁾ Bundesratsdrucksache 538/67

³⁾ Bundesratsdrucksache 535/67

⁴⁾ Bundesratsdrucksache 534/67

⁵⁾ Bundesratsdrucksache 537/67

⁶⁾ Bundesratsdrucksache 536/67

Die bereits 1965 vom Bundestag verabschiedeten Sicherstellungsgesetze räumen der Bundesregierung verfassungswidrig die Ermächtigung ein, jederzeit durch Verordnungen Industrie, Verkehr und Landwirtschaft im Interesse der großen Monopole und der

Rüstung zu reglementieren. Die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler hatte bereits vor ihrer Verabschiedung in einem Memorandum nachgewiesen, daß diese Gesetze „substanzielle Teile der Verfassung außer Kraft setzen“ und „Kriegsrecht in Friedenszeiten“ schaffen. Der Vertreter der hessischen Landesregierung stellte am 16. Juli bei der Beratung der vom Bundestag beschlossenen Sicherstellungsgesetze im

Bundesrat fest: „In der vorliegenden Form durchbrechen die Gesetze das Rechtsstaatsprinzip. Wir halten deswegen die vorliegenden Notstandsgesetze mit unserer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie unvereinbar. Die Sicherstellungsgesetze halten wir für verfassungswidrig. Sie sind reine Ermächtigungsgesetze, die der Exekutive außergewöhnliche Vollmachten schon in Friedenszeiten geben.“

Nach dem Beispiel der nazistischen Kriegswirtschaft

Auch mit den jetzt vorliegenden Änderungsgesetzen würde sich am Charakter und an der antidemokratischen Zielsetzung der Sicherstellungsgesetze nicht das geringste ändern. Nach wie vor soll der Bundesregierung die Handhabe eingeräumt werden, wann immer sie es im militärischen Interesse für notwendig erachtet, administrierend in die gewerbliche Wirtschaft, in das Verkehrswesen, auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft einzugreifen. Uneingeschränkt wird die Bundesregierung weiter ermächtigt „durch Rechtsverordnungen Vorschriften zu erlassen“ über Produktion und Ablieferung von Produkten der gewerblichen Wirtschaft, wann immer sie es „zur Herstellung der Verteidigungsbereitschaft“ für notwendig erachtet (§ 2 des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Wirtschaftssicherstellungsgesetzes).

Nach dem Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Ernährungssicherstel-

lungsgesetzes soll die Regierung jederzeit durch Verordnungen die Gewinnung, Herstellung und Erfassung, Ablieferung und die Preisfestsetzung von Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft reglementieren können (§ 1 Absatz 1 des Entwurfs). Ebenso soll nach dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Verkehrssicherstellungsgesetzes die Regierung die Handhabe erhalten, eigenmächtig das Verkehrswesen nach militärischen Gesichtspunkten zu regeln (§ 1 Abs. 1 des Entwurfs). Daran ändert auch nichts, daß jetzt einige Diktaturermächtigungen erst nach einer formalen Zustimmung des mit der Notstandsverfassung geplanten Gemeinsamen Ausschusses gehandhabt werden sollen. Mit Recht bezeichnete der hessische Minister für Bundesangelegenheiten, Dr. Johannes Strelitz, am 10. November 1967 im Bundestag auch die neuen Entwürfe als „reine Ermächtigungsgesetze“.

Zwangsarbeit droht durch Arbeitssicherstellungsgesetz

Der tiefgehendste Eingriff in die Rechte der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften droht mit dem geplanten Arbeitssicherstellungsgesetz. Dieses Gesetz ist eine Neuauflage der in den vergangenen Legislaturperioden von der Regierung vorgelegten Notdienst- und Zivildienstgesetze, deren Verabschiedung bisher am entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften scheiterten. Nach § 1 Abs. 1 Satz 1 des Entwurfs soll der Bundesregierung die Ermächtigung gegeben werden, jedes freie Arbeitsverhältnis von Männern zwischen 18 und 65 und Frauen zwischen 18 und 60 Jahren in ein Zwangsarbeitsverhältnis umzuwandeln. Wehrpflichtige sollen nach § 1 Abs. 1 Satz 2 des Entwurfs jederzeit zu

einer bestimmten Zwangsarbeit verpflichtet werden können. Im § 3 Abs. 1 des Entwurfs wird der Anwendungsbereich des Gesetzes scheinbar auf bestimmte Arbeitsbereiche eingeschränkt, nämlich für den Dienst bei der Bundeswehr, bei Dienststellen des Bundes, bei der Bundesbahn, beim Zivilschutzkorps, in Krankenhäusern, bei der See- und Binnenschifffahrt usw. Im § 1 Abs. 2 des Entwurfs aber wird der Bundesregierung die Generalermächtigung eingeräumt, den Anwendungsbereich uferlos zu erweitern. Drastische Strafbestimmungen in den §§ 32 bis 34 bedrohen jede Entfernung vom Arbeitsplatz bzw. die Weigerung, eine bestimmte Arbeit aufzunehmen,

mit hohen Gefängnis- und Geldstrafen. Wie bereits bei den früheren Notdienstgesetzen der Bundesregierung sollen auch durch § 31 des Gesetzes mit der Verpflichtung, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen, an einer

Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen, Arbeitsdienst- und -Schutzbekleidung zu tragen, die Voraussetzungen für die Aufstellung von Arbeitsdienst- und Streikbrucheinheiten geschaffen werden.

Gegen die Arbeiter und ihre Gewerkschaften gerichtet

Von einem Streikrecht und Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes kann dann keine Rede mehr sein. Dies betonte auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 2. November 1967, wenn sie in diesem Zusammenhang schreibt: „Wo also Dienstverpflichtungen nötig sind, kann man keine Streiks brauchen.“ Und wenn Staatssekretär Benda beim 2. Notstandshearing am 16. November 1967 in einer Erklärung der Bundesregierung betonte, daß das Streikrecht seine Grenzen an den Interessen des Gemeinwohls finden muß, so sollten wir nicht vergessen: Unter Gemeinwohl verstehen die herrschenden Kreise der Bundesrepublik nichts anderes als die Durchsetzung ihres Profit- und Rüstungstrebens, nicht aber die sozialen und politischen Interessen der Arbeiter. Es sind deshalb in erster Linie die arbeitenden Menschen in der Bundesrepublik und ihre Gewerkschaften, gegen die der Paragrafenpanzer des Arbeitssicherstellungsgesetzes geschmiedet werden soll.

Von Woche zu Woche wird deutlicher, daß die Konzerne und ihre Regierung entschlossen und bemüht sind, die Auswirkungen der zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und ihrer Aufrüstungspolitik auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen. Deshalb also das geplante Arbeitssicherstellungsgesetz, das für das Recht auf freie Lohnvereinbarung, das Recht auf freie Wahl des Arbeitsplatzes und das Streikrecht keinen Raum mehr läßt.

Unter dem harmlos klingenden Namen „Gesetz über die Erweiterung des

Katastrophenschutzes“ will die Bundesregierung die Handhabe für die Koordinierung und Erweiterung des Aufbaus der sogenannten Selbstschutz- und Zivilschutzeinheiten, von Sanitäts- und technischen Hilfsformationen und anderen paramilitärischen Einrichtungen erhalten. Dieses Notstandsgesetz dient der psychologischen Kriegsvorbereitung und der Mobilisierung großer Teile der Bevölkerung für die Kriegsvorbereitung. Nach § 13 des Gesetzes soll nach dem Vorbild des bereits in der vergangenen Legislaturperiode geplanten Evakuierungsgesetzes das Recht der Bürger auf Freizügigkeit eingeschränkt und die Bestimmung des Aufenthaltsorts der Bürger nach militärischen Gesichtspunkten geregelt werden. So soll nach § 13 Abs. 1 des Gesetzes die Bundesregierung anordnen können, daß Bürger ihren Aufenthaltsort ohne ausdrückliche Erlaubnis nicht verlassen dürfen. Bewohner bestimmter Gebiete „können vorübergehend in andere Gebiete verlegt“, d. h. vertrieben werden, wenn es „zur Herstellung der erhöhten Verteidigungsbereitschaft“ als notwendig erachtet wird.

Dieses Ermächtigungsgesetz hat mit einem Schutz bei Naturkatastrophen und schweren Unglücksfällen überhaupt nichts zu tun. Der Schutz und die Vorsorge bei Katastrophen und Unglücksfällen ist in erster Linie Aufgabe der Gemeinden und Länder. Die dafür bestehenden gesetzlichen Regelungen reichen völlig aus, das Leben und das Eigentum der Bürger wirksam zu schützen.

Den Widerstand gegen die Notstandsgesetzgebung verbreitern

Das Kernstück der Notstandsgesetzgebung, mit der die einzelnen Notstandsgesetze gekoppelt wurden, ist das von der Regierung mit den Stimmen der SPD-Minister vorgelegte Notstandsdictaturgesetz. Es würde das Grundgesetz außer Kraft setzen. Es würde den herrschenden Kreisen

die Handhabe geben, eine Militärdiktatur nach griechischem Muster einzurichten. Die Regierung soll die Ermächtigung erhalten, das Parlament aufzulösen, die Bundeswehr gegen das Volk einzusetzen, die Rechte der Länder und Gemeinden radikal zu beschneiden und die demokratischen

Prinzipien und Bestimmungen der Verfassung aufzuheben und zu mißachten.

Die Befürworter der Notstandsgesetzgebung versuchten in den Hearings unter dem Vorwand einer „Sachdiskussion“ von der antidemokratischen Zielsetzung und der kriegsvorbereitenden Funktion der Gesetze abzulenken und der öffentlichen Kritik entgegenzuwirken. Durch eine angebliche Bereitschaft zu einer gewissen „Modifizierung“ der Notstandsverfassung soll der Anschein einer „Entschärfung“ vorgetäuscht werden. Wie auch immer jetzt nach den Hearings die eine oder andere Bestimmung des Regierungsentwurfs einer Notstandsverfassung im Rechtsausschuß umformuliert werden möge, „es gibt kein gutes Notstandsgesetz, so wenig wie es eine gute Guillotine gibt“⁷⁾. Bei den Notstandshearings soll mit zum Teil juristischen Spiegelfechtereien versucht werden,

den Widerstand der Bevölkerung gegen die Notstandsgesetzgebung aufzuweichen.

Kein einziger der Gutachter — auch nicht diejenigen, die die Notstandsverfassung prinzipiell bejahten — konnte die Gefahren eines Mißbrauchs zum Schaden der Demokratie außer acht lassen bzw. ableugnen. Das sollten auch alle diejenigen bedenken, die die Meinung vertreten, durch die Mitarbeit der SPD könnte ein angeblich demokratisches Notstandsgesetz ausgehandelt werden. Der einzige Weg zur Verteidigung des Grundgesetzes und zur Wahrung der demokratischen Rechte und Freiheiten der Bürger ist und bleibt deshalb auch für die sozialdemokratischen Mitglieder und Organisationen der gemeinsame Kampf mit den Gewerkschaften und allen anderen demokratischen Kräften gegen die Verabschiedung der Notstandsverfassung mit ihren Nebengesetzen.

Die Vollendung des Sozialismus in der DDR und die wissenschaftlich-technische Revolution

VON DR. WOLFGANG BERGER

Der VII. Parteitag der SED hat den Beschluß gefaßt, das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus zu gestalten und auf diese Weise den Sozialismus in der DDR zu vollenden. Dieser Beschluß entspricht den Klasseninteressen der Arbeiter, der Genossenschaftsbauern, der Angehörigen der Intelligenz und der anderen Schichten der Bevölkerung. Gerade deshalb wird die Vollendung des Sozialismus in der DDR das Werk dieser gesellschaftlichen Kräfte sein.

Die SED läßt sich bei ihrem Beschluß von den wissenschaftlichen Erkenntnissen von Marx, Engels und Lenin leiten. Insbesondere geht es ihr darum, auch in Zukunft, auch unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, die objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung ebenso konsequent anzuwenden wie sie es bisher getan hat. Es ist heutzutage für jeden Arbeiterfunkto-

när wichtig, die Existenz und das Wirken dieser objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung zu begreifen. Dieses Wissen wird auf seinen politischen Standort und auf seine Aktivität in der Arbeiterbewegung maßgeblichen Einfluß haben.

Unter der Führung der SED wurden und werden in der DDR diese objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung vollzogen. Ihr Ausdruck ist, daß den politischen, wirtschaftlichen und anderen staatlichen Entscheidungen die Klasseninteressen der Arbeiter, die Interessen der Genossenschaftsbauern und der anderen werktätigen Schichten zugrunde gelegt werden. Diese Interessen der Werktätigen verlangten z. B. das Volkseigentum an den Fabriken und Schächten, das die kapitalistische Ausbeutung und den kapitalistischen Krisenzyklus ausschließt. Diese Interessen der Werktätigen forderten auch, die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen des Imperialismus und Militarismus zu beseitigen und ein enges brüderliches Verhältnis zur Sowjetunion zu schaf-

⁷⁾ Prof. Dr. Werner Hofmann, zitiert nach „Notstandsgesetze — Gefahr für Bürger und Demokratie“, Broschüre, S. 40

fen, des ersten sozialistischen Staates der Erde, der auf den gleichen gesellschaftspolitischen Grundlagen beruht wie die DDR.

Auch bei der Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution läßt sich die SED von den Klasseninteressen der Arbeiter und ihrer Verbündeten leiten. Sie geht dabei von der Tatsache aus, daß sich die wissenschaftlich-technische Revolution als ein Prozeß der schnellen qualitativen Entwicklung der Produktivkräfte sowohl in den sozialistischen wie in den kapitalistischen Industriestaaten der Erde vollzieht.

Es ist wiederum das Klasseninteresse der Arbeiter, der Genossenschafts-

bauern und der anderen Werktätigen, das die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution verlangt, damit die DDR als moderner sozialistischer Industriestaat mit intensiver Landwirtschaft gestaltet werden kann, der imstande ist, die Bedürfnisse der werktätigen Menschen zu befriedigen und jedem Mitglied der Gesellschaft ein von Ausbeutung freies, mit schöpferischer Arbeit erfülltes Leben zu bieten. Das ist die Gesellschaftsordnung, die um ihrer selbst willen danach streben muß, daß eine große Anzahl von Arbeitern, Bauern, Technikern, Wissenschaftlern an der Planung und Leitung des Staates und der Wirtschaft teilnimmt.

Neue Probleme, neue Aufgaben

Der VII. Parteitag der SED hat die neuen wichtigen Aufgaben dargelegt, die gelöst werden müssen. Nachdrücklich und überzeugend hat Genosse Walter Ulbricht in seinem Referat bewiesen, daß die moderne Wissenschaft zu einem außerordentlich wichtigen Instrument in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus geworden ist. Indem die sozialistischen Staaten die Natur- und technischen Wissenschaften immer besser meistern und ihre besten Erkenntnisse erfolgreich in die Praxis überführen, verändern sie das ökonomische und politische Kräfteverhältnis in der Welt zu ihren Gunsten. Auf diese Weise schränken sie die Möglichkeiten der imperialistischen Staaten zu aggressiver kriegischer Politik ein und tragen wesentlich zur Sicherung des Friedens in der Welt bei.

Auch in der DDR werden wir im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution schwerwiegende und weitreichende Maßnahmen durchführen. „Strukturpolitik“ — ein Wort, das vielen westdeutschen Arbeitern inzwischen unheimlich geworden ist, — gibt es auch in der DDR. Wir sind dazu übergegangen, neue wichtige Zweige der Volkswirtschaft vorrangig zu entwickeln und zu fördern, z. B. die elektronische und petrochemische Industrie, während einige andere Industriezweige nur ein geringes Wachstum aufweisen. Das erfordert Maßnahmen, die ernsthafte Probleme und auch Konflikte mit sich bringen. Es wäre falsch, den Eindruck zu erwecken, als

ob diese Aufgaben bei uns gewissermaßen mit der linken Hand und ohne Reibungen zu bewältigen wären. Ausschlaggebend aber ist: **Die Staatsmacht der Arbeiter und Bauern, das Volkseigentum an den Produktionsmitteln und die sozialistische Planwirtschaft bieten nicht nur die Möglichkeit, sondern verpflichten auch politisch, alle Maßnahmen so durchzuführen, daß die Interessen der Arbeiter, der Genossenschaftsbauern und der anderen Werktätigen voll berücksichtigt werden.**

Das ist gleichzeitig der grundlegende Unterschied zur Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution und der Strukturpolitik in der Bundesrepublik. Die Tatsachen haben die westdeutschen Arbeiter gelehrt, daß unter dem Gesetz des Profits die strukturpolitischen Maßnahmen der Konzerne und des Staates gegen die Arbeiter wirken, daß sie ihren im gewerkschaftlichen Kampf errungenen Lebensstandard unterminieren, daß sie sogar ihre Arbeitsplätze gefährden. Ein bedeutender Teil der westdeutschen Arbeiter spürt am eigenen Leib die Folgen der Tatsache, daß die wissenschaftlich-technische Revolution von den großen Konzernen durchgeführt und vom Bonner Staatsapparat gefördert wird.

Es ist wichtig, dies hervorzuheben, denn noch vor kurzer Zeit folgten selbst solche Vertreter der Gewerkschaften, die sonst einen ganz realistischen Standpunkt haben, der Sprach-

regelung der bürgerlichen Politiker und Wissenschaftler, nach der es gar keine technische Revolution gäbe. Diese Leute versuchten zu beweisen, daß sich nur eine allmähliche evolutionäre technische Entwicklung vollziehe, die keine ernsthaften sozialen Probleme und Konflikte für die Arbeiter mit sich bringe. (Übrigens diene diese ideologische Sprachregelung, die bekanntlich von den Amerikanern ausgeht, offensichtlich auch dazu, den technologischen Vorsprung der USA gegenüber den westeuropäischen kapitalistischen Ländern weiter auszubauen.)

Im Laufe der letzten Monate wurde nun für die westdeutschen Arbeiter deutlicher, daß sich diese technische Revolution tatsächlich vollzieht und daß sie unter kapitalistischen Bedingungen schwere soziale Belastungen für die Werktätigen mit sich bringt. Es wird deutlicher, daß es hauptsächlich vom Verhältnis der Klassenkräfte, von der Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen abhängt, wie erfolgreich die Arbeiter sich gegen die drohenden sozialen Gefahren zur Wehr setzen.

Denn es muß davon ausgegangen werden, daß die westdeutsche Wirtschaft erst am Anfang der wissenschaftlich-technischen Revolution und der durch sie bestimmten struktur-

politischen Maßnahmen steht. So stellte z. B. Prof. Dr. Schmitt, Mitglied des Vorstandes der AEG-Telefunken, vor einiger Zeit in einem Artikel des „Industriekurier“ vom 15. 7. 1967 fest: „Strukturelle Schwächen, d. h. Überkapazitäten und Überalterungen gibt es nicht nur in der Landwirtschaft oder im Bergbau, bei der Bundesbahn und in der Stahlindustrie; sie erstrecken sich auch auf Lastwagen-, Baumaschinen-, Landmaschinenbau, und Traktoren, auf Teile der Textilindustrie, der Bauwirtschaft, den Lokomotiv- und Waggonbau.“ Prof. Schmitt verlangt dann von der Bonner Regierung „nunmehr äußerste Härte und entschlossenen Verzicht.“ Es darf „keinerlei Tabus mehr“ geben und die Regierung soll „vor schmerzhaften Eingriffen nicht mehr zurückschrecken.“

Die von den Konzernen durchgesetzte wissenschaftlich-technische Revolution wird also den westdeutschen Arbeitern noch bewegte Zeiten bringen. Denn es ist nicht schwer zu erkennen, wenn Prof. Schmitt im Auge hat, wenn er von äußerster Härte, von entschlossenem Verzicht und schwerwiegenden Eingriffen spricht. Das ist vor allem dann nicht schwer zu begreifen, wenn man die Maßnahmen der Herren Strauß und Schiller zum sozialpolitischen Abbau im Rahmen der sogenannten mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.

Ein Beispiel sozialistischer Strukturpolitik

In der DDR dagegen werden notwendige, volkswirtschaftlich nützliche, strukturpolitische Maßnahmen mit den Arbeitern und ihren gewerkschaftlichen Organisationen durchgeführt. Ein Musterbeispiel dafür ist die vor einiger Zeit verwirklichte Umstellung des technologisch veralteten Braunkohlenbetriebes Gölzau zu dem modernen Plastverarbeitungsbetrieb VEB Gölzplast. Dieser Betrieb deckt heute einen wesentlichen Teil des Bedarfs der DDR an Verpackungsmaterial aus Plaste. Gemeinsam mit den Arbeitern und Angestellten des alten Betriebes und mit ihren gesellschaftlichen Organisationen im Betrieb wurde ein Plan erarbeitet, der neben der Umstellung des Werkes die systematische Vorbereitung und Qualifizierung der Werktätigen für ihren neuen Beruf und ihren neuen Ar-

beitsplatz einschloß. Das Ziel dieses Teils des Planes bestand darin, den Übergang zu den neuen Arbeitsplätzen ohne Störungen durchzuführen und dabei sicherzustellen, daß die entsprechend der bisherigen Leistung erreichten Löhne und Gehälter weiter verdient werden konnten.

In diesem Prozeß der Umstellung und Überleitung, der eine Reihe von Monaten dauerte, entwickelten die Arbeiter viel Initiative und Tatkraft. Die rechtzeitige Information über das geplante Vorhaben und die Aufforderung zur aktiven Mitarbeit gab ihnen die Gewißheit, daß diese volkswirtschaftlich notwendige Maßnahme auch für sie persönlich gewichtige Vorteile bringen würde. Die Praxis hat dies inzwischen bestätigt. Aus dem alten verräucherten Braunkohlenbetrieb mit

körperlich sehr anstrengender und schmutziger Arbeit wurde ein helles, modernes, freundliches Werk, dessen Mitarbeiter gemeinsam eine für die Volkswirtschaft wichtige Aufgabe erfüllen.

In Gölzau wurde der Beweis erbracht: Unter den sozialistischen Bedingungen der DDR werden strukturelle Maßnahmen planmäßig organisiert und unter aktiver Teilnahme der Werktätigen selbst durchgeführt.

Es ist allerdings noch nicht gelungen, sämtliche strukturelle Maßnahmen so planmäßig und erfolgreich durchzuführen. So wurde kürzlich in der Presse darüber berichtet, daß der Staatsrat der DDR eine Reihe leitender Funktionäre des Braunkohlebergbaus und der Energiewirtschaft kritisieren mußte, weil sie wichtige und notwendige strukturelle Maßnahmen verzögert haben. Es wurden beträchtliche Investitionen für Braunkohlegruben und Kohlekraftwerke vorge-

nommen, obwohl die vorhandenen Kapazitäten vorläufig ausreichen und obwohl durch bessere Ausnutzung der Kapazitäten der Kohlekraftwerke weitere Ressourcen erschlossen werden können. Ein wesentlicher Teil der so gebundenen Mittel hätte bereits früher und wirksamer für den Bau von Atomkraftwerken eingesetzt werden müssen.

Diese Versäumnisse scheinen die Interessen der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben nicht unmittelbar zu berühren. In Wirklichkeit aber haben sie erheblichen Einfluß auf das Ausmaß der Nutzung unserer volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Da diese beiden Faktoren unter unseren sozialistischen Verhältnissen maßgeblich die weitere Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung bestimmen, erfolgte die Kritik an der mangelhaften Arbeit dieser Leiter auch und vor allem vom Standpunkt der Interessen der Werktätigen.

Der große Unterschied

Alle bisher vorliegenden Tatsachen zeigen: Auch in der DDR werden volkswirtschaftlich notwendige Maßnahmen durchgeführt. Sie sind für einen nicht unbeträchtlichen Teil der Werktätigen mit einem Wechsel vom alten Arbeitsplatz zum neuen Arbeitsplatz verbunden — wobei gesichert wird, daß damit keine soziale Verschlechterung eintritt. **Im Unterschied zu Westdeutschland ist es aber in der DDR ausgeschlossen, daß strukturelle Maßnahmen zu einem Wechsel vom Arbeitsplatz zur Arbeitslosigkeit führen. Denn unsere sozialistische Planwirtschaft braucht jede Arbeitskraft!**

Unsere sozialistische Planwirtschaft braucht insbesondere immer mehr qualifizierte Arbeitskräfte. Im Unterschied zu Westdeutschland werden die dringend benötigten Physiker, Mathematiker, Elektroniker, Ökonomen, Werkdirektoren, Juristen usw. zu einem großen Teil aus der jungen Generation der Arbeiterklasse gewonnen. Das ergibt sich ganz logisch aus der politischen Rolle der Arbeiterklasse in der DDR. Deshalb wird mit aller Energie daran gearbeitet, unser Bildungssystem den Erfordernissen der

wissenschaftlich-technischen Revolution anzupassen und alle Begabungen und Talente aus dem Volk aufzuspüren und zu fördern. Deshalb ruft die SED die Arbeiter und Arbeiterinnen dazu auf, ihre Kinder zum guten Lernen in der Schule anzuhalten und zum Studium an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen anzuregen. Bei uns gibt es keine Furcht davor, der Arbeiterjugend die fortgeschrittenen Erkenntnisse der Natur- und Gesellschaftswissenschaften zu vermitteln.

In den entwickelten Industriestaaten der Welt bringt die wissenschaftlich-technische Revolution den herrschenden gesellschaftlichen Kräften Verfügungsgewalt über mächtige materielle, finanzielle und auch militärische Mittel. In der DDR werden diese Mittel im Interesse der werktätigen Menschen und von ihnen selbst genutzt; um den Sozialismus zu vollenden und eine konsequente Friedenspolitik zu betreiben. In Westdeutschland trägt die wissenschaftlich-technische Revolution dazu bei, die ökonomische und auch die politische Macht der großen Konzerne zu verstärken. Sie erhöht die ökonomische Abhängigkeit der arbeitenden Menschen und verstärkt

ihre soziale Unsicherheit. Deshalb wirken die objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland darauf hin, daß die Arbeiter, die Bauern und alle anderen fortschrittlichen Kräfte noch entschiedener

für eine demokratische Umgestaltung kämpfen, damit die wissenschaftlich-technische Revolution dem Fortschritt dienen kann und nicht der Stärkung des Monopolkapitals und seiner Herrschaft über das Volk.

JUNGE GENOSSEN FRAGEN, WISSEN UND TAT antwortet

Gibt es noch Klassen und Klassenkampf in unserer Zeit?

Angesichts des brutalen Unternehmerangriffs auf den sozialen Besitzstand der Arbeiter und Angestellten und hartnäckiger Widerstandsaktionen der Gewerkschaften und Belegschaften taucht nicht selten die Frage auf: Handelt es sich hier nicht um Auseinandersetzungen zweier Klassen? Gibt es in der modernen kapitalistischen Indu-

strie-gesellschaft unserer Zeit also doch noch Klassen und Klassenkampf?

Tatsächlich ist die Marx'sche Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf — obwohl sie schon hundertfach für endgültig widerlegt, besiegt, abgetan und sogar für tot erklärt wurde — auch heute in der Bundesrepublik voll gültig und aktuell.

Was versteht der Marxismus unter Klassen?

Lenin gab auf diese Frage eine zutreffende Antwort. „Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen“, so schrieb er, „die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit einer anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft.“¹⁾

Der Gradmesser für die Unterscheidung der Klassen ist vor allem das Eigentumsverhältnis zu den Arbeitsgegenständen und Arbeitsmitteln (Produktionsmitteln). Der Marxismus be-

tont diese Seite sehr stark. „Das wesentlichste Unterscheidungsmerkmal der Klassen ist“, wie Lenin hervorhob, „ihr Platz an der gesellschaftlichen Produktion und folglich ihr Verhältnis zu den Produktionsmitteln.“²⁾

Wie sieht es damit in der Bundesrepublik aus? Das Grundsatzprogramm des DGB analysiert zu Recht die Lage so: „Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse über die Produktionsmittel geführt. Die Großunternehmen sind erstarbt, die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort. Die Kleinunternehmen werden zurückgedrängt oder den Großunternehmen wirtschaftlich untergeordnet.“

Die Arbeitnehmer, das heißt die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Ihre Arbeitskraft ist auch heute noch ihre einzige Einkommensquelle.“³⁾

Tatsächlich ist unsere Bevölkerung in vorwiegend zwei Menschengruppen gespalten: In Unternehmer, die wir Marxisten als Kapitalisten oder Bourgeoisie bezeichnen, und Arbeiter.

¹⁾ Lenin, Werke, Band 29, Berlin 1963, S. 410

²⁾ Lenin, Werke, Band 8, Berlin 1953, S. 256

³⁾ Handbuch für die Vertrauensleute der IG Metall, 1964, S. 293/94

Die Unternehmer sind bei uns nach wie vor die Eigentümer der Produktionsmittel wie Fabriken, Grund und Boden, Maschinen, Rohstoffe usw. Diese Klasse erwirbt sich ihren Anteil am Sozialprodukt (gesamte Leistung der Volkswirtschaft) immer noch durch die Ausbeutung ihrer Arbeiter. Darüber hinaus bereichern sich die großen Industriekapitäne durch Ausplünderung anderer Gruppen und Schichten, so der Bauern, Handwerker und Einzelhändler, ja selbst kleinerer und mittlerer Unternehmer. Das geschieht vermittelt diktierter Preise, der Preisschere zwischen Industrie und Landwirtschaft, der Umverteilung des Sozialprodukts durch den Staat, durch die Abwälzung von Steuern auf die Masse der Verbraucher (so heute durch die Mehrwertsteuer) und durch andere Maßnahmen. Gegenwärtig gibt es in der Bundesrepublik knapp 1,7 Millionen Unternehmen mit einem und mehr Beschäftigten. Marktbeherrschend sind jedoch 278 riesige Industrieunternehmen (Thyssen-, Hoechst-, Siemens-, Krupp- und Flick-Konzern, AEG, IG Farben usw.). Diese großen Unternehmen verfügten 1965 schon über 57 Prozent des ganzen bundesdeutschen Aktienkapitals. Die kleinen und mittleren Eigentümer in Stadt und Land fallen dagegen kaum ins Gewicht.

Die Arbeiter verfügen über keine Produktionsmittel. Sie erwerben ihren Anteil am sozialen Kuchen nach wie vor durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft, wobei die Höhe dieses Anteils bestimmt wird durch die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus, durch die Lage auf dem Arbeitsmarkt und nicht zuletzt durch den Klassenkampf. Gegenwärtig leben in der Bundesrepublik etwa 22 Millionen Menschen, die als

Arbeiter, Angestellte oder Beamte ihre Arbeitskraft gegen Lohn oder Gehalt verkaufen müssen. Zusammen mit ihren Familien und Angehörigen bildet diese Menschengruppe Dreiviertel der Bevölkerung.

Diese beiden Klassen sind die Grund- oder Hauptklassen unserer Gesellschaft. Das ergibt sich aus ihrer Stellung zu der in der Bundesrepublik vorherrschenden kapitalistischen Eigentumsform an Produktionsmitteln. Darüber hinaus existieren in der Bundesrepublik soziale Gruppierungen (Nebenklassen und soziale Schichten) wie die Bauern, Handwerker oder auch die Intelligenz. Richtung und Verlauf der Entwicklung geben jedoch die beiden Grundklassen an.

Und wie verhalten sich diese beiden Grundklassen zueinander?

Die Eigentümer der Produktionsmittel trachten danach, ihren Reichtum auf Kosten der Arbeiter zu vermehren. „Der Betrieb ist weder eine Wohlfahrtseinrichtung“, so schrieb dazu der großbürgerliche „Industriekurier“, „noch eine caritative Anstalt, sondern eine Einrichtung ausschließlich zur letzten Erzielung von Gewinn.“⁴⁾ Die Arbeiter und Angestellten streben wiederum danach, die geschaffenen Werte gerechter zu verteilen, mehr Lohn oder Gehalt zu erzielen, was nur auf Kosten der Profite der Kapitalisten möglich ist. Die Kapitalisten wollen die Ausbeutung aufrechterhalten, die Arbeiter wehren sich dagegen und müssen, wenn sie die Verhältnisse grundsätzlich verändern wollen, die Ausbeutung abschaffen. Diese entgegengesetzten Interessen stoßen zwangsläufig feindlich aufeinander und führen oft zu harten Auseinandersetzungen von Unternehmern und Arbeitern.

Klassenkampf in unserer Zeit

Gerade gegenwärtig sind wir Augenzeugen harten Ringens der Arbeiter und Angestellten um mehr Lohn und Gehalt sowie Sicherung des sozialen Besitzstandes. Die breit angelegten Unternehmerangriffe auf den Lebensstandard der arbeitenden Menschen in der Bundesrepublik verschärften auf betrieblicher Ebene sprunghaft die Klassengegensätze und provozierten

geradezu Widerstandsaktionen der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften. Es sei nur erinnert an den Streik bei Hanomag und die zähen Tarifverhandlungen der IG Metall mit Streikandrohungen sowie der ÖTV.

Das ist Klassenkampf in unserer Zeit. Er macht um die Bundesrepublik keinen Bogen und widerlegt zugleich immer wieder aufs neue das Gerede bürgerlicher Politiker und offizieller Meinungsmacher, die behaupten:

⁴⁾ Industriekurier, Düsseldorf, 6. 3. 1965

„Klassen und Klassenkampf sind in der Bundesrepublik überwunden“⁵⁾ und, wir befinden uns im Übergang von der Klassengesellschaft zur formierten Gesellschaft, die „nicht mehr aus Klassen und Gruppen besteht, die einander ausschließende Ziele verfolgen wollen, sondern . . . auf dem Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen beruhen.“⁶⁾

Der Marxismus unterscheidet drei Grundformen des Klassenkampfes, die sich wechselseitig ergänzen und eine Einheit bilden: **den ökonomischen, den politischen und den ideologischen Kampf.** Deshalb sind auch neben den Lohnkämpfen die Protestaktionen der Bergarbeiter gegen die staatlich noch prämierten Zechenstilllegungen, Kundgebungen und Protestdemonstrationen der Bauern gegen die EWG- und Preispolitik, Bewegungen gegen Atom-

rüstung, den Krieg in Vietnam, gegen die Notstandsgesetze, für die Erhaltung und Erweiterung der Demokratie, für die Anerkennung der DDR zugleich sichtbarer Ausdruck des Klassenkampfes in der Bundesrepublik.

Gleichzeitig herrscht durch die Existenz der sozialistischen DDR und der imperialistischen Bundesrepublik ebenfalls harter Klassenkampf auf deutschem Boden.

Der Klassenkampf ist also keine Erfindung des Marxismus, wie oft unterstellt wird, sondern eine objektive Gesetzmäßigkeit, hervorgerufen durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln und der privaten Aneignung der gesellschaftlich produzierten Güter und den daraus entspringenden gegensätzlichen Interessen in der Bundesrepublik. **Hans Below**

Die Negerbewegung in den USA und ihre sozialen Ursachen

I

Für manche, selbst für Gutmeinende unter uns, stellt sich das Rassenproblem in den USA nur als eine Frage einseitiger Benachteiligung bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, von Restaurants, Theatern und anderen Einrichtungen dar. Sicher sind das auffällige Ungerechtigkeiten gegenüber der Negerbevölkerung. Doch die Wurzel der amerikanischen Negerbewegung, wie wir sie im vergangenen „heißen Sommer“ erlebten, sitzt tiefer. Sie ist in den sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen der Negerbevölkerung zu suchen.

Etwa 20 Millionen Neger leben in den USA, 75 Prozent von ihnen in den Städten. Heute vorwiegend in den Städten im Norden und Westen der Vereinigten Staaten, in denen die Einwohnerschaft seit Generationen nach Rassen in verschiedenen Wohnbezirken getrennt angesiedelt ist. 1965 war keine der 100 größten Städte der USA ohne Neger-Ghetto. Um einen Eindruck von

den Lebensbedingungen der amerikanischen Neger zu erhalten, muß man die Ghettos untersuchen, wo die Mehrheit der Negerbevölkerung lebt.

Über die Verhältnisse in den Negerwohnbezirken der amerikanischen Städte schrieb der amerikanische Journalist Joseph Alsop:

„Im Durchschnittsghetto sind bis zu 40 Prozent der männlichen Erwachsenen arbeitslos . . . Im Durchschnittsghetto hat nicht einmal jeder zehnte der Negerjungen und -Mädchen, die jährlich das 18. Lebensjahr erreichen, die Voraussetzung, um einen annehmbaren Arbeitsplatz in der Produktion zu bekommen . . . Im Durchschnittsghetto leben ungefähr Dreiviertel der Menschen in Wohnungen, die unter dem annehmbaren Niveau liegen und oft kaum besser als die Wohnungen in den Slums von Kalkutta sind.“⁷⁾

Bei vielen Europäern mit ihrem Nachkriegs-Kinderglauben an das reiche Amerika und dessen „unbeschränkte Möglichkeiten für alle“ mag die Vermittlung solcher Information Unglauben oder Erschütterung hervorrufen. Für Amerika selbst dürften

⁵⁾ Wahlauftritt der CDU/CSU von 1965

⁶⁾ Erhard auf dem Parteitag der CDU von 1965

⁷⁾ „International Herald Tribune“ vom 2. 8. 1967

diese ausgeleuchteten Untiefen der amerikanischen Lebensweise nichts Neues sein. Zumindest Amerikas angesehenster Kommentator, Walter Lippmann, hatte die für die Negerbevölkerung zu lösenden Probleme schon 1919 erkannt, als er damals schrieb:

„So lange wir es nicht gelernt haben, jedem eine Wohnung zu geben, je-

dem eine Arbeit zu geben, bei der er einen annehmbaren Lohn bekommt und seine Selbstachtung behält, seine bürgerlichen Freiheiten zu garantieren vermag, ihm Bildung zu vermitteln und für seine Erholung zu sorgen, wird unser Gerede vom ‚Rassenproblem‘ größtenteils eine düstere Mythologie bleiben.“²⁾

II

Über den Umfang der Arbeitslosigkeit unter den Negern hatte man sich in den USA bis vor wenigen Jahren Illusionen gemacht. Eine durchschnittliche Arbeitslosenrate für 1966/67 von 3,7 Prozent für ganz Amerika schien nicht allzu beunruhigend. Erst im Frühjahr 1967 brachte ein Bericht des U. S. Department of Labor mit dem Titel „Ein genauer Blick auf die Arbeitslosigkeit in den Großstädten und Slums der USA“ fast sensationelle Zahlen. Vorher waren z. B. die Arbeitslosenziffern von New Orleans mit 10,4 Prozent, von East Harlem mit 9 Prozent, von Philadelphia mit 11 Prozent, von San Antonio mit 8,1 Prozent angegeben worden. Die Untersuchung des Labor-Department ergab aber, daß bei allen Volkszählungen in den vergangenen Jahrzehnten „versehentlich jeder 6. Neger im Alter von 20 bis 30 Jahren nicht erfaßt, Kurzarbeit als Vollbeschäftigung galt, unterschiedliche Einkommen nicht berücksichtigt und solche Personen überhaupt nicht erfaßt“ wurden, „die sich nicht aktiv um Arbeit bemühen“. Letztere Formulierung läßt den Schluß zu, daß die Negerghettos weitgehend nicht in der ameri-

kanischen Arbeitslosenstatistik erschienen. Denn die korrigierten statistischen Untersuchungsmethoden des Labor-Department vom Frühjahr 1967 brachten für die oben genannten Städte – wie auch für viele andere – völlig neue Ergebnisse zutage. So für New Orleans eine Arbeitslosenziffer von 24,2 Prozent (vorher 6,9 Prozent), für East Harlem von 33,1 Prozent (vorher 9 Prozent), für Philadelphia von 24,2 Prozent (vorher 11 Prozent) und für San Antonio sogar von 47,4 Prozent (vorher 8,1 Prozent).³⁾

Tatsächlich stimmt es, daß ein hoher Prozentsatz der Neger in den Slums und Ghettos sich „nicht aktiv um Arbeit bemüht“. Es wäre billig, die Schuld daran bei den Negern zu suchen. Es wäre unmenschlich, sich damit zu beruhigen, daß die Negerbevölkerung in den Slums die Not, den Dreck, das Elend und den Hunger als ihre Lebensart akzeptieren. Vielmehr sind die Gründe dafür in der Gesellschaftsordnung zu suchen, die Millionen erwachsenen Menschen nicht einmal die Möglichkeit bietet, sich „aktiv um Arbeit zu bemühen“.

III

Noch 1865, nach der Aufhebung der Sklaverei in den USA, lebten 91 Prozent der amerikanischen Neger im Süden. Nach dem ersten Weltkrieg verlangte die wachsende Industrie im Norden und Westen der Vereinigten Staaten billige Arbeitskräfte. So sah das Jahr 1940 schon die Hälfte der amerikanischen Negerbevölkerung in

den Städten. Mit dem massiven Einsatz der Technik auf den Baumwollfeldern des Südens nach dem zweiten Weltkrieg setzte sich die Massenabwanderung der Neger in die Städte fort. So sind zwei Drittel aller erwachsenen Neger, die heute in den Ghettos der Städten im Norden und Westen leben, noch im Süden geboren worden.

Sie sind an die Feldarbeit gewöhnt, sind Analphabeten. Für das Leben in der Stadt, für die Arbeit in der modernen Industrie, hat ihnen die Gesellschaftsordnung Amerikas keine Bil-

²⁾ Zitiert in „The Sunday Times“ vom 30. 7. 1967

³⁾ Diese Angaben aus dem Bericht des Labor-Department veröffentlichte „The Sunday Times“ am 30. 7. 1967.

ung und Ausbildung gegeben. Selbst junge Neger, die bereits im Norden geboren wurden, erhalten in den Ghettos keine ordentliche Schulbildung — wenn sie überhaupt eine erhalten —, von den Auswirkungen der Rassentrennung in den Schulen des Südens ganz zu schweigen. Ihre mangelnde Qualifikation und Rassenvorurteile binden selbst die jungen Neger arbeitslos an die Elendsviertel und nehmen ihnen im Laufe der Jahre jede Hoffnung, Kraft und Möglichkeit, sich jemals in ihrem Leben aus deprimierenden Verhältnissen zu befreien.

Zu all dem wirkt sich die Strukturveränderung der amerikanischen Industriestädte für die Neger besonders verheerend aus. Immer mehr werden die Zentren der Großstädte zu Wohngebieten der Neger, während sich die weiße Bevölkerung in den grünen und komfortablen Vororten und Randgebieten ansiedelt. Die große Industrie hat ihren Standort außerhalb der Städte gesucht. Zwischen den Negerghettos in den Zentren und den Fabriken außerhalb der Stadt bestehen keine Verkehrsverbindungen. Für die Weißen in den Vororten und für qualifizierte Arbeiter und Angestellte mit einem Auto wirkt das kein Problem auf. Aber für die Neger wird so selbst der Weg zur Arbeitsstelle in der Industrie mehr und mehr versperrt.

Dazu hat die Rassendiskriminierung auch zu Lohnunterschieden zwischen beschäftigten weißen und schwarzen Arbeitern geführt. Gus Hall gab auf dem 18. Parteitag der Kommunistischen Partei der USA im Juni 1966 folgende Zahlen dazu an:

„Die durchschnittlichen jährlichen Einkünfte männlicher weißer Arbeiter betragen 1962 5462 Dollar. Bei Negern waren es 3023 Dollar. Das ist ein Unterschied von beinahe 2500 Dollar im Jahr — eine Kluft der Diskriminierung. Ungefähr 48 Prozent aller Negerfamilien leben in Armut, sie verdienen weniger als 3000 Dollar im Jahr...“

So ist der Anteil der Neger am besitzlosen Proletariat Amerikas unverhältnismäßig groß. Ihre Gebundenheit an die Ghettobezirke nutzen Geschäftsleute und Hausbesitzer zusätzlich aus. Die Lebensmittelpreise in den Ghettos sind höher, die Qualität der Waren ist schlechter als in den besseren Vororten der Städte. Aus einer Untersuchung des amerikanischen Senats geht hervor, daß Neger von weißen Geschäftsleuten im Ghetto bei Ratenkäufen zur Zahlung von Zinsen in unvorstellbarer Höhe erpreßt worden sind. So z. B. zu Zinsen in Höhe von 289 Prozent für Autos, in Höhe von 285 Prozent für Fernsehgeräte.

IV

Die sogenannte Hilfe der amerikanischen Regierung im „Krieg gegen die Armut“ ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Im Juni 1967 veröffentlichte das Landeskomitee der KP der USA einen Brief an Präsident Johnson und klagte an:

„Während zu den 24 Milliarden Dollar, die in diesem Jahr für den Vietnam-Krieg bewilligt worden sind, weitere 6 Milliarden hinzukamen, wurden die 40 Millionen Dollar, die als Mietenzuschuß für die Armen in den Ghettos verwendet werden sollten, vom Kongreß ganz gestrichen. Und die 662 Millionen Dollar, die für den Bau von Musterstädten angefordert wurden und unter 60 Gemeinden verteilt werden

sollten, sind auf den geringen Betrag von 237 Millionen Dollar gekürzt worden.“

Die Kommunistische Partei der USA verlangt die Finanzierung eines Sofortprogramms für die Schaffung von Arbeitsstellen und für die Sanierung der Negerghettos neben anderen Maßnahmen von der Regierung. Die Kommunisten Amerikas sehen in der notwendigen Einheit der Arbeiterklasse den Schlüssel zum gesellschaftlichen Fortschritt auch für die Negerbevölkerung, den Weg zur Veränderung der sozialen Lebensverhältnisse der Neger. Deshalb appelliert die KP der USA an die weißen Arbeiter, ihrer Verantwortung für die Klasseneinheit zwischen weißen und schwarzen Arbeitern gerecht zu werden. **Claudia Kerst**

Energiewirtschaft und Energiepolitik vor Entscheidungen

Zuschrift aus dem Ruhrgebiet

Bei der machtvollen Demonstration der 20 000 gegen die Stilllegung der Schachtanlage Hansa in Dortmund-Huckarde beherrschten rote Fahnen und Transparente mit den Forderungen der Bergarbeiter das Bild. Solidarisch verbunden mit den Bergarbeitern demonstrierten die Dortmunder Metallarbeiter und viele Tausende Bürger des von der Stilllegung betroffenen Gebietes. Sie alle brachten ihren Zorn über die erneute Vernichtung von Tausenden Arbeitsplätzen und die Existenz Hundertter Mittelständler zum Ausdruck. Ihren Willen hatten die Demonstran-

ten auf den mitgeführten Transparenten zum Ausdruck gebracht: „Koalitionsrezept = Feierschichten — Lohnkürzung — Entlassungen“, „Wir räumen nicht das Feld, den Aktionären kein Prämiengeld!“, „Notstand und Herren in Bonn, jagd mit Kumpelfaust davon!“. Diese Losungen kennzeichneten die Position der Regierung der großen Koalition und der Zechenherren, sie brachten zugleich aber auch die Position und die Kampfentslossenheit der Bergarbeiter zum Ausdruck.

I.

Wir Kommunisten im Ruhrgebiet haben seit Anfang der Krise im Bergbau ein Alternativprogramm vorgeschlagen. Darin haben wir aufgezeigt, wohin die kapitalistische Lösung von Strukturproblemen geht: Vernichtung wertvollsten Volkseigentums, Verlust von Arbeitsplätzen, Wanderung des Kapitals mit Hilfe staatlicher Stilllegungsprämien in lukrativere Anlagegeschäfte, u. a. ins Ölgeschäft. Gleichzeitig haben wir Kommunisten aber auch aufgezeigt, daß es einen Weg gibt, das Energieproblem zu lösen, indem der heimischen Kohle neue Absatzmöglichkeiten erschlossen (Bau von zehn Kohlekraftwerken), die Kohleforschung vorangetrieben wird und durch die Ausarbeitung eines Energieplans eine vernünftige Abstimmung zwischen den Energieträgern zustandekommen kann. Unsere Partei unterbreitete Vorschläge für eine wirksame Arbeitsplatz- und Sozialpolitik, um die Interessen der Bergarbeiter und ihrer Familien, ihr Recht auf Arbeit und Wohnung wirksam zu verteidigen. Als grundlegende demokratische Maßnahme schlagen wir vor, den Bergbau

zu nationalisieren und einer demokratischen Verwaltung zu unterstellen. Diese Forderung wurde in immer stärkerem Umfang von den Gewerkschaftsorganisationen und den Bergarbeitern unterstützt. Das zeigen die Beschlüsse der vergangenen Gewerkschaftstage.

Im Kampf für die gewerkschaftlichen Forderungen konnte auch beim entschlossenen Einsatz die eine und andere Zechenstilllegung verhindert werden. Aber bis jetzt reicht die Kraft noch nicht aus, um die zerstörerische Politik der Großkonzerne zu unterbinden. Ihr Ziel ist es, das Zechensterben forciert fortzusetzen. Kiesinger wußte die deutschen und amerikanischen Kohle- und Ölkonzerne auf seiner Seite, als er in der Debatte im Bundestag ausrief: Ein Förderziel für die Kohle zu nennen, sei ein gefährliches prognostisches Wagnis. Wörtlich erklärte er: „Wissen wir, wie diese Welt in fünf oder zehn Jahren aussehen wird? Wir wissen es nicht.“ Das ist wirklich ein Armutszeugnis Bonner Wirtschaftspolitik!

II.

Künftig soll nach „volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten“ stillgelegt werden. So heißt es jedenfalls in der

Begründung des Schillerschen „Drei-Phasen-Planes“. Was für ein volkswirtschaftlicher Gesichtspunkt kann

das aber sein, wenn durch neue Stilllegungsaktionen hochproduktive Schachtanlagen stillgelegt werden sollen? Die Verwirklichung des Schiller-schen „Drei-Phasen-Planes“, der dem Gesetz zur Anpassung der Kohle entspricht, würde, wie Walter Arendt, Vorsitzender der IG Bergbau und Abgeordneter der SPD, während der Energiedebatte ausführte, 20 bis 30mal Hansa und Pluto bedeuten.

Das ganze Ausmaß der Vernichtung unserer wertvollen Energiebasis wird deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß seit Betreiben des Bergbaus in Deutschland von den 90 Milliarden Tonnen Kohle, die als abbauwürdig bezeichnet werden, bisher nur 7 Milliarden Tonnen gefördert wurden. Bei einer Jahresförderung von etwa 150 Millionen Tonnen wären somit Kohlen für 600 Jahre vorhanden.

Man behauptet oft: die Kohle würde nicht mehr im alten Umfange benötigt. Tatsache aber ist, daß der Energiebedarf rasch ansteigt. In der Bundesrepublik werden gegenwärtig etwa 270 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) verbraucht. Für 1970 erwartet man einen Bedarfszuwachs auf mindestens 365 Millionen Tonnen SKE. Was liegt da näher, als die Frage nach dem Anteil der eigenen Kohle zu stellen. Könnte sie nicht zumindest den Anteil in der Höhe der heutigen Förderung erhalten? Das wäre doch in Anbetracht der Tatsache des enormen Wachstums auf dem Energiesektor mehr als gerechtfertigt! Die einseitige Orientierung auf das Ölgeschäft, wie dies jetzt im Zeichen der Profitpolitik der Fall ist, birgt große Gefahren für

unsere Volkswirtschaft, denn zu jeder Zeit können ausländische Konzerne, wie die Ereignisse im Nahen Osten bewiesen haben, die Energiewirtschaft empfindlich stören.

Die Bundesrepublik wird ein Land der Öleinfuhr bleiben. Aber es muß ein richtiges Verhältnis der Öleinfuhren zu den eigenen Energieträgern hergestellt werden. Eine gewisse Kontingentierung der Öleinfuhren ist daher sicherlich unerlässlich. Eine Kontingentierung erfordert aber, wie in anderen Bereichen der Wirtschaft, eine entsprechende Wirtschafts- und Preispolitik.

Hinzu kommt noch ein anderer wichtiger Gesichtspunkt: Während die Kohlevorräte für viele Jahrzehnte reichen, ist der Erdölvorrat nicht unbegrenzt. Nicht zuletzt kaufen deshalb die amerikanischen Ölgesellschaften ganze Kohlengebiete auf, um über den Weg der Kohleerflüssigung auch das künftige Geschäft zu machen. Sie entwickelten das deutsche Fischer-Tropsch-Verfahren in einem Maße weiter, daß bereits jetzt die Produktionskosten für einen Liter Benzin aus Kohlen nur noch 10 Pfennig ausmachen. Die erste Fischer-Tropsch-Synthese erfolgte im Dezember 1935 durch die „Ruhr-Benzin-AG“ in Holten. Nach dem Kriege wurde die Forschung und Produktion aus Konkurrenzgründen nicht weiter ausgebaut. Auf diesem Gebiet wären somit Möglichkeiten zu erschließen, nicht nur den gegenwärtigen Kohleabsatz zu erhöhen, sondern auf lange Sicht eine starke wirtschaftliche Position für die Bundesrepublik zu schaffen.

III.

Der sogenannte Rheinstahl-Plan, der auch im Kohleanpassungsgesetz enthalten ist, soll eine privatkapitalistische Einheitsgesellschaft mit staatlichen Garantien und staatlich garantierten Pachtsummen für die Zechengesellschaften bringen. Das wäre keine Lösung für die Interessen der Bevölkerung. Eine wirkliche Lösung wird in der Satzung der IG Bergbau und Energie gefordert: Neuordnung der Bergbau- und Energiewirtschaft mit dem Ziel der Überführung in Gemeineigentum. Diese Lösung hat heute mehr denn je große Bedeutung. Als

sich die Delegierten der IG Bergbau mit großer Mehrheit für diesen Weg gegen Vertreter des Vorstandes durchsetzten, faßten sie einen weitsichtigen politischen Beschluß. Walter Arendt schrieb dazu 1965 in der „einheit“, daß diese Satzung für alle verbindlich sei. Während der Energiedebatte hatte Arendt jedoch den Plan der IG Bergbau zur Schaffung einer Einheitsgesellschaft auf privatkapitalistischer Grundlage vertreten, das ist ein Plan, der sich nicht wesentlich vom Rheinstahl-Plan unterscheidet. Offensichtlich opferte Walter Arendt den klaren

Beschluß der Delegierten der Politik der großen Koalition.

Ein privatkapitalistischer Superkonzern mit staatlichen Garantien würde nicht zur Sicherung der volkswirtschaftlichen Interessen beitragen. In seiner ganzen Anlage wäre er ein Machtzuwachs für die großen Konzerne und Banken mit dem Ziel, höhere Profite auf Kosten der Allgemeinheit herauszuholen. Ein solcher Superkonzern würde sich letztlich nur die Aufgabe stellen, die Leistung der Bergarbeiter noch mehr zu steigern. Jede Kostensenkung käme nur den Aktionären zugute. Außerdem würden die Konzernherren die Stilllegungsaktion mit gesteigerter Macht noch rigoros durchsetzen.

Diese Politik kann niemals von den Gewerkschaften und den Belegschaften und auch nicht von der Landesregierung, die sich auf eine sozialdemokratische Mehrheit im Landtag stützt,

gutgeheißen werden. Es wäre viel vernünftiger, die Vorschläge des DGB-Bundesvorstandes zur Grundlage der Wirtschaftspolitik im Ruhrgebiet zu machen, die am 7. November 1967, am Vorabend der Energiedebatte, unterbreitet wurden. Der DGB fordert, die Unternehmen der „verschiedenen Zweige der Energiewirtschaft unter gesamtwirtschaftlichen Aspekten zu koordinieren. Das Ziel muß sein, die Energiewirtschaft gemeinwirtschaftlich zu betreiben. Eine solche Energiepolitik kann nur auf der Grundlage zuverlässiger und langfristiger Energievoraussetzungen entwickelt werden. Im Interesse einer in Preis und Menge sicheren Versorgung, ist ein möglichst großer Teil des Grundbedarfs von heimischen Industrien zu decken . . .“

Wäre es nicht vernünftig, wenn auch die IG Bergbau sich diesem Standpunkt des DGB anschließen würde?

IV.

Sofortmaßnahmen sind jetzt erforderlich, damit dem Zechensterben Einhalt geboten wird. So lange es keine langfristige, auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage beruhende Energieplanung gibt, darf nicht mehr stillgelegt werden. Die Regierung muß dazu von den Bergarbeitern in Gemeinschaft mit allen Gewerkschaften und der Bevölkerung gezwungen werden. Das brachten die Demonstranten in Dortmund mit ihrer Losung zum Ausdruck: „Heute wir — morgen Ihr“. In diesem Zusammenhang muß man doch an die Lage in der Stahlindustrie denken und jene Pläne aufmerksam beachten, wichtige Stahlwerke aus dem Ruhrgebiet zu verlegen.

Schiller sagte während der Energiedebatte, man müsse den Bergarbeitern die ganze Wahrheit sagen. Warum aber unternimmt er nichts, um endlich die Geheimlisten auf den Tisch zu bringen, auf denen jene Zechen aufgeführt sind, die in den nächsten zwei Jahren stillgelegt werden sollen. Wenn die Landesregierung in NRW erklärt, sie wisse von der Existenz solcher Listen, kenne sie aber nicht, so macht das nur deutlich, wie die Konzerne mit der Landesregierung umspringen. Wie lange will sich der Landtag von NRW das gefallen lassen! In ihm sitzen ge-

werkschaftlich organisierte Abgeordnete, darunter viele Gewerkschaftssekretäre und Gewerkschaftsfunktionäre. Landtag und Landesregierung haben die Pflicht dafür zu sorgen, daß die Interessen der Bevölkerung gegen die Konzernansprüche gesichert werden. Das ist im Sinne der Landesverfassung, in der es heißt, daß „das Wohl des Menschen . . . vor dem Schutz materiellen Besitzes“ zu stehen hat. Leider aber muß man den Eindruck gewinnen, daß Minister der Landesregierung aus Furcht vor der Meinung des Volkes nach der Bonner Exekutive schielen und mit dem Argument von der „Radikalisierung“ im Ruhrgebiet scharfmacherische Töne anschlagen. Damit werden aber gerade jene getroffen, die in der Lage wären, der Landesregierung am besten zu helfen, eine Energiepolitik zu betreiben, wie sie in der Entschließung des DGB vom 7. November enthalten ist. Diese Landesregierung wurde doch gewählt, weil die Wähler von NRW einer anderen Politik in Düsseldorf zum Durchbruch verhelfen wollten.

Wenn man im Ruhrrevier etwas unternehmen will, dann soll man die rechtsradikalistische NPD bekämpfen, die mit ihrer Demagogie Stimmung macht für jene dunklen Kräfte, die

Deutschland schon zwei Mal ins Verhängnis führten. Wenn die NPD jetzt im Ruhrgebiet ihr Haupt erhebt, so ist dies doch die Folge der verfehlten Bonner Energiepolitik. Es ist mehr als bezeichnend, daß die NPD in ihren Verlautbarungen kein Wort gegen die Zechenherren findet, kein Wort für Mitbestimmung erhebt und selbstverständlich nicht bereit ist, für die Überführung der Kohlengruben in Gemeineigentum einzutreten. Und das ist kennzeichnend für die wirkliche Position der NPD.

Mit der Kundgebung in Dortmund-Huckarde haben die Ruhrarbeiter ihre Kraft gezeigt. Auf den vor der Ener-

gieдебatte durchgeführten Bezirkskonferenzen der IG Bergbau gab es keinen Zweifel an der Kampfbeschlossenheit der Bergarbeiter. Dreißigmal Hansa und Pluto heißt der Plan der Konzerne, der im Kohleanpassungsgesetz und im Schillerschen „Drei-Phasen-Plan“ die volle Unterstützung der großen Koalition gefunden hat. Wenn die Konzerne und die Regierung ihren Plan durchsetzen, dann kann die Antwort nur heißen: 30mal mehr machtvolle Demonstrationen wie in Dortmund-Huckarde. Wenn alle diesen Kampf aktiv unterstützen, dann kann auch eine vernünftige Energiepolitik durchgesetzt werden.

Für die Mappe des Propagandisten

Nach der Pfundabwertung die Flucht in das Gold

VON PROF. SIEGBERT KAHN

Das britische Pfund mußte aus verschiedenen Gründen abgewertet werden. Erstens verschlechterte sich die Zahlungsbilanz Großbritanniens immer weiter, was zu einer ständigen Verringerung der Goldvorräte führte. Der Aktivsaldo*) aus der Dienstleistungsbilanz und die Profite aus den Kapitalanlagen im Ausland reichten nicht mehr aus, um gleichzeitig den Passivsaldo aus dem Außenhandel zu decken und sowohl die riesigen Militärausgaben im Ausland als auch den fortgesetzten Kapitalexport der Monopole zu finanzieren. Hinzu kam in den letzten Wochen eine zunehmende Flucht von Kapitalen, die bisher in Londoner Banken angelegt waren und die so den Folgen der erwarteten Abwertung entgehen wollten.

Zweitens aber hatte sich die britische Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt durch die Überbewertung des Pfundes ständig verschlechtert. Von 1960 bis 1966 erhöhte sich die Ausfuhr der USA um 47 Prozent, Frankreichs um 59 Prozent, Westdeutschlands um 70 Prozent, Großbritanniens jedoch um weniger als 37 Prozent. Die Abwertung soll englische Waren im Ausland ver-

billigen und damit ihren Absatz erhöhen, während eingeführte Waren verteuert und ihr Absatz behindert werden soll.

Gleichzeitig mit der Abwertung des Pfundes wurde beschlossen, den Dis-

Der Goldpreis

drückt den Wert des Goldes in einer bestimmten Währung aus. Der den kapitalistischen Finanzmarkt bestimmende Dollarpriß des Goldes wurde offiziell letztmalig 1934 festgesetzt. Er beträgt 35 Dollar für eine Unze Feingold.

Sterlingblock

ist eine Gruppe von Ländern, die währungs- und handelspolitisch besonders enge Beziehungen zum britischen Pfund aufrecht erhalten. Sie sind vorwiegend aus dem britischen Imperium hervorgegangen.

Dienstleistungsbilanz

ist derjenige Teil der Zahlungsbilanz, in dem nach Einnahmen und Ausgaben Auslandszahlungen für Verkehrsleistungen, Versicherungen, Touristenreisen, kulturellen und sportlichen Austausch usw. enthalten sind. Den Hauptteil der Zahlungsbilanz bildet durchweg die Handelsbilanz.

*) Beträge auf der Soll- oder der Haben-Seite in der Handels- und Zahlungsbilanz.

kontsatz (Bankzins für Wechsel) auf die Rekordhöhe von 8 Prozent festzusetzen, was natürlich zu einer Erhöhung der von den Banken für Einlagen gezahlten Zinsen führt. Dadurch soll Kapital, das Großbritannien vor der Abwertung fluchtartig verlassen hatte, wieder zur Anlage in den Londoner Banken ange lockt werden. Anlocken von Kapital bedeutet aber in erster Linie, es aus den USA abziehen. Damit wird der amerikanische Dollar vor genau die gleiche Problematik gestellt, vor der bisher das Pfund stand.

Auf einer höheren Ebene haben die USA die gleichen Schwierigkeiten wie Großbritannien. Die Hunderte von Stützpunkten im Ausland, vor allem aber der verbrecherische schmutzige

Krieg in Vietnam, verschlingen Milliarden und aber Milliarden und zehren an den Goldvorräten. Dazu kommt ebenfalls der Kapitalexport, der allein 1966 mehr als 3,5 Milliarden Dollar erforderte. Kein Wunder also, daß die amerikanischen Goldreserven von 1958 bis Ende November von 20,6 auf weniger als 13 Milliarden Dollar gesunken sind. Der Bargeldumlauf beträgt jedoch rund 40 Milliarden Dollar, die Goldvorräte decken also nicht einmal ein Drittel des Bargeldumlaufs. Die Auslandsguthaben in den USA und der Auslandsbesitz an Dollars aber belaufen sich auf rund 28 Milliarden, die jeden Tag in Gold umgewechselt werden können. Die amerikanische Währung schwebt also ständig in Katastrophengefahr.

Dollartanz auf dem Vulkan

Um zu verhindern, daß der Goldpreis über die amtlich festgesetzten 35 Dollar je Unze steigt und damit das Debakel des Dollars eintritt, haben die führenden kapitalistischen Mächte einen „Goldpool“ gebildet, der Gold auf den Markt wirft, wenn der Preis zu steigen beginnt, es herausnimmt, wenn der Preis fällt. Seit Mitte des Jahres mußte dieser Pool bereits Gold im Werte von rund 700 Millionen Dollar hergeben, um die USA vor einer Abwertung zu schützen. Doch der Sturm auf das Gold hat gerade in den Tagen seit der Pfundabwertung katastrophale Ausmaße angenommen. Der hohe britische Diskontsatz führt zusätzlich zu einem Abzug von Kapital aus den USA, so daß die Stellung des Dollars weiter erschüttert wird.

Während Westdeutschland sich gemeinsam mit Italien und Belgien, den Niederlanden und Luxemburg an den Stützungsaktionen für Dollar und Pfund beteiligt, hat die französische Regierung bekanntgegeben, daß sie sich aus dem internationalen Goldpool zurückzieht. Sie hat schon seit Mitte 1967 die Manipulationen des Pools nicht mehr unterstützt, sondern im

Gegenteil einen großen Teil ihrer Dollarguthaben in Gold ungetauscht. Die Vertreter der USA erklären jedoch immer wieder, daß eine Abwertung des Dollars trotz aller Schwierigkeiten nicht in Frage komme.

Eine solche Erklärung gab zwar auch die britische Regierung noch wenige Tage vor der Pfundabwertung ab, aber trotzdem kann man den USA glauben, daß sie alles unternehmen werden, um eine Dollarabwertung zu vermeiden. Denn einmal würde sie das amerikanische Prestige weiter ganz erheblich anschlagen. Zweitens würde sie das gesamte Währungsgefüge der kapitalistischen Welt in eine ernste Krise versetzen und eine bedeutende Stärkung des Ansehens und der wirtschaftlichen Möglichkeiten der sozialistischen Länder, insbesondere der Sowjetunion, nach sich ziehen. Die USA werden also bis zum Äußersten gehen, um eine Dollarabwertung zu verhindern. Darin werden sie von Großbritannien unterstützt, das durch eine Abwertung des Dollars um einen Teil der mageren Ergebnisse der Pfundabwertung geprellt werden würde.

Imperialistische Gegensätze

Die Währungskrise hat mit einem Schlage die Schärfe der Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten enthüllt. Obgleich sie gezwungen sind, sich notdürftig gegenseitig zu stützen, um nicht das ganze brüchige

Gebäude des kapitalistischen Währungssystems ins Wanken zu bringen, unterminieren sie mehr oder weniger offen ihre wechselseitigen Positionen. Der Kampf um die Märkte wird immer mehr zu einem politischen Kampf.

Die Krise hat aber auch offenbart, wie labil das kapitalistische System im ganzen ist. Erschütterungen an einer Stelle lösen sofort Katastrophengefahren an anderen Stellen aus. Es erweist sich, daß die bisher scheinbar sichersten und stabilsten Währungen nur künstlich auf ihrer bisherigen Höhe gehalten wurden.

Es erweist sich aber auch, wie fragwürdig alle Maßnahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus zur Überwindung der Schwierigkeiten sind.

Wer zahlt die Folgen?

Es bleibt die Frage zu beantworten, wer die Folgen der Pfundabwertung und der „Verteidigung des Dollars“ zu bezahlen hat. Über die Pfundabwertung gibt es kaum eine Unklarheit. Sie verteuert die britischen Einfuhren auf ein Jahr berechnet um rund eine Milliarde Pfund. Da ein großer Teil der Einfuhr aus Lebensmitteln und anderen Verbrauchsgütern besteht, muß die Hauptlast von den Werktätigen getragen werden. Die Erhöhung der Einfuhrpreise für Rohstoffe geht, soweit die daraus erzeugten Waren im Inland abgesetzt werden, ebenfalls zu ihren Lasten. Einen weiteren Teil der Lasten tragen die Länder des Sterlingblocks und andere Staaten, deren Guthaben in London — es handelt sich in Mark ausgedrückt um 25,3 Milliarden — sich entsprechend entwertet haben.

Die Pfund- und Dollarkrise ist nicht

Die Verteidigung des Dollars bis zur Erschöpfung aller Reserven erschüttert das Vertrauen in ihn kaum weniger als wenn zum Mittel der Abwertung gegriffen worden wäre. Die Flucht ins Gold könnte kaum noch schlimmer sein. Auch die Diskonterhöhung als Mittel, potentiell Fluchtkapital im Lande zu halten oder geflohenes zurückzuholen, erweist sich als zweischneidig: Sie verteuert die Kredite, hemmt damit die Investitionen und erschwert einen konjunkturellen Ausweg aus der Krise ungemein.

in erster Linie ökonomisch, sondern politisch bedingt. Sie ist weder das Ergebnis der Errichtung eines „Wohlfahrtsstaates“ durch die Labour Party, wie die westdeutsche Monopolpresse vorgibt, noch wurde sie durch Spekulationen gegen Pfund und Dollar ausgelöst. Sie ist das Ergebnis der großwahnstinnigen Expansionspolitik des amerikanischen Imperialismus, die von der britischen Monopolbourgeoisie mitgemacht und von der gegenwärtigen Labou Führung widerspruchlos gutgeheißen wird. Die Beseitigung der Währungskrise erheischt vor allem die Beendigung der aggressiven amerikanischen Globalstrategie, eine Beendigung des Rüstungswahnwitzes und der Stützpunktpolitik in aller Welt. Das ist das wichtigste Erfordernis, um die Interessen der Werktätigen gegen neue Währungskrisen und Abwertungen zu schützen.

Pfundabwertung und die Bundesrepublik

Aus Kommentaren des Deutschen Freiheitssenders 904

Die englische Kommunistische Partei erwartet, die Pfundabwertung werde die Preise in die Höhe treiben, die Sozialleistungen verschlechtern, die Wirtschaft, statt sie anzukurbeln, belasten. Kommen uns solche Angriffe auf die Lebenshaltung des Volkes so ganz unbekannt vor? Das gleiche treibt doch die Regierung der Großen Koalition auch — mit ihrer konzertierten Aktion, mit ihrem Drängen nach einem Lohnstopp, mit der Preiswelle, die sie durch die Mehrwertsteuer ab 1. Januar auslöst. Aber die Mark bleibt doch

hart! Bleibt sie wirklich hart, wenn man weiß, daß die Bundesregierung durch ihre Finanzmaßnahmen die Gemeinkassen immer leerer macht, die Versicherungskassen plündert, die Staatsverschuldung allein in diesem Jahr um acht Milliarden in die Höhe getrieben hat? In England mußte die Regierung jetzt Farbe bekennen. Die Bundesregierung stellt zur Zeit noch faule Wechsel auf die Zukunft aus. Und dann? Dann wollen sie uns zur Kasse rufen. Die Bild-Zeitung fängt heute schon damit an. Sie will bange machen

vor einer englischen Exportoffensive und erklärt, es komme jetzt bei uns auf die Arbeiter an. Gemeint ist damit der Verzicht der Arbeiter auf jegliche soziale Sicherung durch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen. Gemeint ist, daß die Arbeiter den Versuch des Innenministers Lücke hinnehmen sollen, der heute bereits zum zweiten Mal einen Lohnstopp bis 1969 diktieren wollte.

Im selben Augenblick, da alle Welt Pfunde und Dollar abstößt, um sich in wertbeständige Goldvorräte zu retten, liefern Bundesregierung und Bundesbank dem Ausland anderthalb Milliarden in Goldbarren aus. Nibelungen-treue zu Mister Johnson und Mister Rockefeller ist bezeichnend für unsere Regierungspolitik. Diese Gentlemen aus USA liegen Herrn Kiesinger und Herrn Blessing offenbar mehr am Herzen als der deutsche Arbeiter, die deutsche Hausfrau, der deutsche Rentner und der deutsche Beamte.

„Respekt vor dem mutigen Schritt der Geldabwertung“, haben diese Herren in Bonn verkündet. Bis jetzt hat uns dieser sogenannte mutige Schritt anderthalb Milliarden in Gold gekostet, eine Erschwerung unseres Exports, eine Zerrüttung des gesamten westlichen Währungssystems — und, wenn es so weitergeht, kostet er uns noch die Sparkonten der kleinen Leute. Daß die Bundesbank anderthalb Milliarden in Gold für die Spekulanten in London und New York zur Verfügung gestellt hat — das steht nicht in der Bild-Zeitung, das teilt uns kein Minister mit.

Schon jetzt macht sich die Wirkung

der Pfundabwertung auf unsere Exportindustrie außerordentlich negativ bemerkbar. Allein das Volkswagenwerk, das jährlich 50 000 Wagen nach England, Dänemark und Irland verkauft, sitzt bereits auf einigen tausend dieser Wagen, weil sie die Einkäufer aus diesen Ländern nicht abrufen. Andere exportierende Konzerne wissen nicht, wie sich die Dinge entwickeln, da sich der Konkurrenzkampf — man kann sagen — blitzartig verschärft hat.

Solange Bonn zwanzig und mehr Milliarden in die Rüstung steckt, sind Wirtschaft und Finanzen überfordert. Die Rüstungslasten müssen herunter, sonst geht die Sache schief. Wir sehen das in England und wir wissen es durch eigene bittere Erfahrungen aus Vergangenheit und Gegenwart. Nach zwei Perioden der Aufrüstung und des Krieges erlebten wir zwei Inflationen. Und wir erleben jetzt wieder einen Währungsverfall, der vom Sparkonto Jahr für Jahr mehr an Wert aufrißt, als durch die Zinsen dazukommt. Zum zweiten: Die Wirtschaft wird nicht angekurbelt, indem die Regierung dem Großkapital grünes Licht für Höchstprofite durch Lohnstopp, Sozialabbau und Preistreiberei gibt. Es ist auch nicht wahr, daß die Wirtschaft geschädigt wird, wenn sich die Gewerkschaften gegen den Raubzug auf die Taschen und auf die Knochen des kleinen Manns zur Wehr setzen. Diese im kapitalistischen System begründeten Schäden gilt es zu bekämpfen. Und darum brauchen die Belegschaften und ihre Gewerkschaften mehr Mitbestimmung, damit das arbeitende Volk mehr soziale Sicherheit gewinnt.

KP Großbritanniens zur Pfundabwertung

Die jüngsten Maßnahmen der britischen Regierung seien die verwerflichsten in einer langen Reihe von Angriffen auf den Lebensstandard der Bevölkerung. Das erklärte die Kommunistische Partei Großbritanniens zur Pfundabwertung. Die Maßnahmen bedeuten höhere Preise, die die „unlängst erfolgten, wenn auch unzureichenden Verbesserungen der Renten und Familienzuschüsse aufheben und die Lage der Arbeitslosen verschlechtern“. Drastische Beschränkungen von Teil-

zahlungskäufen und Kürzungen der Investitionen für den staatlichen Sektor würden äußerst wichtige Industriezweige ernsthaft schädigen.

„Diese Maßnahmen haben das Defizit der Zahlungsbilanz nicht nur nicht aufgehoben, sondern beschleunigten das Heranreifen der neuen Krise. Ihre wirklichen Ursachen — nämlich die Militärausgaben in Übersee und die Auslandsinvestitionen der Großbourgeoisie — wurden nicht beseitigt.

Die wiederholten Mißerfolge der Re-

gierung kommen von der Ablehnung einer echten antimonopolistischen Politik, davon, daß die Regierung mit den Monopolen zusammenarbeitet und entschlossen ist, die Interessen der City zu wahren.“

Zu dem üblichen Loyalitätsappell der Regierung heißt es in der Erklärung: „Loyalität gegenüber einer Politik, die im Interesse der Werktätigen erfolgt, ist eine Sache; eine andere, Loyalität gegenüber einer Politik zu üben, die alle Opfer dem Volk aufbürdet und darauf gerichtet ist, das kapitalistische System zu stützen, welches die Labourbewegung ursprünglich hatte verändern wollen.“

Jetzt sind Aktionen der gesamten Bevölkerung notwendig, um eine Politik zu erreichen, die wirklich im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung liegt.“

Die Gewerkschaften sollten jede Form der Lohnstopps ablehnen und auf freien Tarifverhandlungen bestehen. Höhere Löhne, Sozialleistungen und Renten sind äußerst wesentlich.

Die Militärausgaben im Ausland müßten drastisch gekürzt, dem Export von Privatkapital ein Ende gesetzt und eine Importkontrolle eingeführt werden. Großbritannien muß aufhören, den Weltbankier zu spielen.

Abschließend appelliert die KP Großbritanniens für eine vereinte Aktion der gesamten Arbeiterbewegung; die Zukunft des Landes hänge davon ab. „Die Regierung muß zu einem Alternativprogramm im Interesse des Volkes veranlaßt werden oder aber Platz machen für diejenigen, die dazu willens sind.“

Was ist eine Abwertung?

Im Zusammenhang mit der Abwertung des britischen Pfundes baten uns Leser, den Begriff der Währungsabwertung zu erläutern.

Die Abwertung einer Währung bedeutet, daß ihr gesetzlich festgelegter Goldgehalt verringert und die im internationalen Zahlungsverkehr gültigen Wechselkurse zu anderen Währungen herabgesetzt werden. So vermindert die Abwertung in Großbritannien den Goldgehalt des Pfundes von 2,48828 g Feingold auf 2,13326 g (nach vorläufigen Berechnungen) und setzt den Dollarkurs von 2,80 US-Dollar für ein Pfund Sterling auf 2,40 US-Dollar herab. Eine Aufwertung erhöht dagegen den Goldgehalt einer Währung und ihren Wert im internationalen Austausch.

Da Auf- oder Abwertungen tiefe Wirkungen auf alle internationalen Zahlungsbeziehungen eines Landes haben, bilden insbesondere Abwertungen in den Händen der imperialistischen Staaten Waffen im Kampf um die äußeren Märkte und zur Verschärfung der Ausbeutung im Inneren. Eine Abwertung führt zum Beispiel zu einer Verbilligung des Exports eines Landes und wird deshalb zur Einleitung von Exportoffensiven benutzt. Sie verteuert zugleich die Einfuhren und führt zur Senkung des materiellen Lebensniveaus, vor allem der Bezieher von Einkommen. Sie entwertet Löhne und Gehälter um so mehr, je stärker

— etwa in Großbritannien — der tägliche Verbrauch der Bevölkerung aus Einfuhren gedeckt werden muß.

Zwar verteuert eine Abwertung auch die zu importierenden Rohstoffe und verschlechtert so wiederum die Exportlage der entsprechenden Industrien, aber a) nicht sofort, da die vorhandenen Lagerbestände noch aufgebraucht werden können, b) nicht im selben Umfang, da ihr Hauptergebnis die Entwertung der Arbeiter- und Angestellteinkommen und die Reduzierung des Bevölkerungsverbrauchs bleibt.

Abwertungen können auch als Ergebnis einer inflationistischen Geldentwertung notwendig werden. Bei schwächeren Ländern werden sie oft auch von mächtigeren ausländischen Kapitalgebern erzwungen, die billig die Reichtümer dieses Landes erwerben oder ihm in anderer Hinsicht ihren Willen aufzwingen wollen.

Bei den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten sind Abwertungen heute in der Regel Waffen der imperialistischen Expansion, damit auch Quellen der Inflation. Ihre wachsende Häufigkeit in den kapitalistischen Ländern ist ein Ausdruck der zunehmenden Labilität des kapitalistischen Systems.

Die größten Konzerne der kapitalistischen Länder und die Ausgaben für die Forschung

I.

In dem sich verschärfenden Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Hauptländern auf dem kapitalistischen Weltmarkt spielt die Größe der Konzerne — und in vielen Fällen, davon abhängig, ihre Rentabilität und

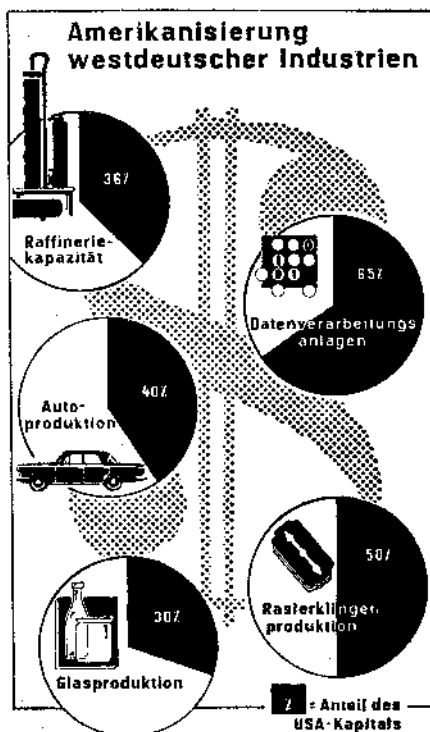
Finanzkraft — eine wesentliche Rolle. Von den 100 umsatzstärksten Industriekonzerne der kapitalistischen Welt entfallen auf die einzelnen kapitalistischen Staaten:

USA:	69 Konzerne
Westdeutschland:	13 Konzerne
Großbritannien:	10 Konzerne (ebenfalls einschl. Royal Dutch/Shell und Unilever)
Holland:	3 Konzerne (einschl. Royal Dutch/Shell und Unilever)
Italien:	2 Konzerne
Frankreich:	2 Konzerne
Japan:	2 Konzerne
Schweiz:	1 Konzern

Damit hat sich die Zahl nordamerikanischer Konzerne unter den ersten 100 der kapitalistischen Welt gegenüber 1964 um zwei vergrößert, was auf die günstige konjunkturelle Entwicklung in den USA im Jahre 1965 und die damit verbundenen höheren Zuwachsraten zurückzuführen ist. Zurückgegangen ist dagegen der Anteil Frankreichs und Italiens von je drei Konzernen unter den ersten 100 umsatzstärksten Industriekonzerne im Jahre 1964 auf je zwei im Jahre 1965.

Noch erdrückender wird die Überlegenheit der amerikanischen Mammut-Konzerne über ihre Konkurrenten anderer imperialistischer Länder, wenn man die Industriekonzerne mit einem Jahresumsatz von über 2 Milliarden Dollar herausgreift. Unter den 36 Konzernen, die dieser Gruppe angehören, sind nur noch zwei englische (Britisch Petroleum und ICI), zwei holländisch/englische Konzerne (Royal Dutch Shell und Unilever), ein westdeutscher (Volkswagenwerk) und ein holländischer (Philips) Konzern vertreten. In der Spitzengruppe mit mehr als 15 Milliarden DM Umsatz jährlich finden sich nur noch zwei nichtamerikanische Konzerne.¹⁾

¹⁾ „Die Zeit“ vom 26. August 1966.



Konzern	Land	Industriebranche	Umsatz Md. DM	Beschäft. in 1000
1. General Motors	USA	Autos	82,92	735
2. Ford	USA	Autos	46,16	364
3. Standard Oil	USA	Mineralölprodukte	45,68	148
4. ATT	USA	Nachrichtenübermittlung	44,25	795
5. Royal Dutch/Shell	Holland/ England	Mineralölprodukte	28,72	186
6. General Electric	USA	Elektroerzeugnisse	24,84	300
7. Chrysler	USA	Autos	21,56	167
8. Unilever	Holland/ England	Nahrungs- und Waschmittel	20,40	294
9. Socony Mobil Oil	USA	Mineralölprodukte	19,64	81
10. US Steel	USA	Stahl	17,60	209

Diese erdrückende Überlegenheit der amerikanischen Konzerne ist von um so größerer Bedeutung, als die Entwicklung der modernen Produktionstechnik immer größere Anforderungen an die Finanzkraft der kapitalistischen Konzerne, wie der einzelnen Länder überhaupt, stellt. In dieser Beziehung registrieren die westeuropäischen kapitalistischen Staaten mit Besorgnis ein erhebliches Zurückbleiben gegenüber den USA. So stellte die „Beratende Versammlung des Europarats“ auf ihrer Tagung vom 2. bis 6. Mai 1966 in Straßburg „die zunehmende Schwierig-

keit der (west-)europäischen Einzelstaaten fest, in der Entwicklung der hochentwickelten Technologie und der auf der Wissenschaft begründeten Industrie eine Wettbewerbsposition mit den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu halten; ferner die wachsende Abhängigkeit (West-)Europas von den Vereinigten Staaten in der Flugzeug-Industrie, in der Produktion von Computern und in anderen Erzeugnissen, die große Investitionen und umfangreiche Forschungsmöglichkeiten erfordern“.³⁾

II.

Der Forschungsaufwand der USA beträgt ein Mehrfaches des Aufwandes der europäischen kapitalistischen Staaten. Im Jahre 1962 standen in den Vereinigten Staaten der Forschung 17,5 Milliarden Dollar aus dem Staatshaushalt und von den Industrie-Konzernen zur Verfügung, in den europäischen kapitalistischen Staaten nur 5 Milliarden Dollar. Die EWG-Länder

wendeten sogar nur 2,76 Milliarden Dollar auf. 1964 erreichte der Forschungsaufwand der USA 20 Milliarden Dollar — rund drei Prozent des sogenannten Bruttosozialprodukts, während die europäischen kapitalistischen Staaten nur knapp zwei Prozent ihres im Vergleich zu den USA viel geringeren Bruttosozialprodukts für die Forschung ausgaben.

Der Forschungsaufwand in den USA und Westeuropa¹⁾

	Anteil am Brutto-Soz.- Produkt (in Prozent)	Pro Kopf je Erwerbs- tätigen (in Dollar)	Beschäftigte in Forschung und Entwicklung je 1000 Erwerbstätige
USA	3,1	93,7	10,4
Westdeutschland	1,3	20,1	3,9
Frankreich	1,5	23,6	3,8
Belgien	1,0	14,8	3,5
Holland	1,8	20,3	4,5
Großbritannien	2,2	33,5	6,1

¹⁾ „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung“, Nr. 64, vom 14. Mai 1966, S. 505.

²⁾ „Die Zeit“ vom 21. Oktober 1966.

Die Entwicklung der kommenden Jahre erheilen folgende Zahlen. Für 1975 planen die USA Ausgaben von 37 Milliarden Dollar für Forschung und Entwicklung. Großbritannien beabsichtigte, 1968 die Mittel für die Forschung auf vier Prozent des Sozialprodukts zu erhöhen. Dann aber mußte die britische Regierung die Senkung der Mittel für die friedliche Atomwirtschaft bekanntgeben. Im französischen Staatshaushalt steigen die Ausrüstungsaus-

gaben für die wissenschaftliche Forschung um über 50 Prozent. Die westdeutsche Bundesrepublik will — nach einer Erklärung von Wissenschaftsminister Stoltenberg — 1970 die Ausgaben für die Forschung auf 3 Prozent ihres Bruttosozialprodukts erhöhen. Trotz der Anstrengungen, die die westeuropäischen Staaten unternehmen, dürfte es ihnen kaum gelingen, auf diesem Gebiet den Abstand zu den USA wettzumachen.

Aus der internationalen Arbeiterbewegung

Konsultativtreffen findet starkes weltweites Echo

Die Initiative von 18 kommunistischen und Arbeiterparteien, für Februar 1968 in Budapest eine Konsultativtagung der kommunistischen Weltbewegung durchzuführen, findet ein außergewöhnlich starkes internationales Echo. Viele kommunistische und Arbeiterparteien haben sich in ersten Stellungnahmen für die Durchführung des Konsultativtreffens ausgesprochen. Unter den 18 Parteien, die zu dieser Aussprache eingeladen haben, befindet sich auch die KPD. Wissen und Tat veröffentlicht nachstehend erste Erklärungen und Meinungen zur Bedeutung und Vorbereitung der Budapester Tagung.

UdSSR

In ihrem Leitartikel vom 28. November 1967 betonte die Prawda, die KPdSU setze sich dafür ein, daß die gesamte Vorbereitung und Durchführung einer internationalen Beratung auf die positiven Aufgaben der kommunistischen Bewegung, auf ihre Geschlossenheit und auf die Festigung der Einheit aller sozialistischen und demokratischen Kräfte im Kampf gegen den Imperialismus konzentriert werden. Es werde eine organisatorische Form vorgeschlagen, die die Möglichkeiten bietet, die gesamte Vorbereitungsarbeit von Anfang an auf breite demokratische Grundlagen zu stellen.

„Das Ziel der Beratung“, so unterstreicht die „Prawda“, „darf nicht Einmischung in die Angelegenheiten irgendeiner Bruderpartei und noch weniger der ‚Ausschluß‘ von irgend jemand aus der kommunistischen Bewegung sein.“

„Schon die Vorbereitung der Beratung an sich, die mit zahlreichen Kontakten der Parteien und der Erörterung aktueller Probleme verknüpft ist, sowie das Bestreben, vereinbarte Positionen auszuarbeiten, werden zur

Verbesserung der Lage in der internationalen kommunistischen Bewegung beitragen.

Das Konsultativtreffen ermögliche die gleichberechtigte Beteiligung der Bruderparteien an der Lösung aller politischen und organisatorischen Fragen der Vorbereitung der Beratung und die aktive Teilnahme in allen Stadien dieser Arbeit.

DDR

Auf der 3. Tagung der SED wurde eine Entschließung zur Einberufung einer internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien angenommen. In der Entschließung heißt es:

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen des VII. Parteitagess erklärt sich das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für die Einberufung einer internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien. Das Ziel dieser Beratung sieht die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands darin, die Einheit der kommunistischen Weltbewegung zu festigen, die sozialistischen und demokratischen Kräfte aller Länder im Kampf gegen den Imperialismus, für

die nationale und soziale Befreiung der Völker und für die Verteidigung und Erhaltung des Weltfriedens zusammenzuschließen.

Die weltweite Auseinandersetzung der Kräfte des Sozialismus, der nationalen Befreiung und der Demokratie mit dem Imperialismus erheischt gebieterisch die Stärkung der Einheit der kommunistischen Weltbewegung und ihrer internationalen Aktionsfähigkeit.

In der internationalen Arena verschärft sich der Klassenkampf. Der Imperialismus der USA versucht, mit Hilfe der berüchtigten Globalstrategie einen Feldzug gegen die Kräfte des Friedens, der nationalen Befreiung, der Demokratie und des Sozialismus in der ganzen Welt zu führen. In Vietnam hat er das Feuer des Krieges entzündet, das auf ganz Südostasien überzuspringen droht. Im Nahen Osten wurden arabische Staaten und Völker Opfer der imperialistischen Aggression. Der monarcho-faschistische Putsch in Griechenland, die Umtriebe der NATO und der 6. amerikanischen Flotte beschwören akute Gefahren für den Balkan und im gesamten Mittelmeerraum herauf. Der USA-Imperialismus -- unterstützt vom westdeutschen Militarismus -- entwickelt Franco-Spanien durch die Verstärkung seiner atomaren See- und Luftstreitkräfte in diesem Lande zu einem wichtigen Stützpunkt seiner Globalstrategie. Die Provokationen gegen das sozialistische Kuba nehmen zu.

Die Beratung des westdeutschen Kanzlers Kiesinger und seines Außenministers Brandt mit Präsident Johnson haben zur weiteren Einfügung Westdeutschlands in die Globalstrategie der USA geführt. Die Regierung der westdeutschen Bundesrepublik verschärft ihre revanchistische Alleinvertragsanmaßung und ihre Hegemoniebestrebungen in Westeuropa. Ihre aggressive Politik stellt das größte Hindernis für Frieden und Sicherheit in Europa dar.

Diese Entwicklung erfordert dringend neue aktive Bemühungen zur Herstellung der Einheit aller anti-imperialistischen Kräfte im Kampf gegen die Globalstrategie der Monopolherren der USA, gegen die Expan-

sionsbestrebungen des westdeutschen und japanischen Imperialismus, gegen alle friedensbedrohenden Anschläge imperialistischer Kräfte in der Welt.

Der breiteste Zusammenschluß all dieser friedliebenden und demokratischen Kräfte macht die Festigung der Einheit und Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung, der entscheidenden Kraft im Kampf gegen den Imperialismus, zur unerläßlichen Voraussetzung.

Deshalb hält die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands die baldige kollektive Erörterung, den kollektiven Erfahrungs- und Meinungsaustausch der kommunistischen und Arbeiterparteien und die Vereinbarung der notwendigen Schlußfolgerungen und gemeinsamen Aktionen für das Gebot unserer Zeit.

Italien

In einem Interview mit der „Unità“ erklärte der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens, Luigi Longo, die Beratung werde dazu dienen, in offenem und brüderlichem Geist Schritte für eine internationale Beratung der Bruderparteien zu vereinbaren. Die KPI werde in Vorbereitung der Budapest Zusammenkunft feste Vereinbarungspunkte suchen, um eine breitere Zusammenarbeit und einheitliche Auffassungen nicht nur unter den kommunistischen Parteien, sondern auch mit all jenen Kräften herbeizuführen, die gegen den Imperialismus und für den Frieden kämpfen.

USA

„Die Initiative zur Einberufung eines internationalen Konsultativtreffens spiegelt drei Hauptfaktoren wider“, stellte der Generalsekretär der KP der USA, Gus Hall, in einer Presseerklärung fest.

„1. ist sie eine verantwortungsbehaftete kämpferische Antwort auf die wachsende Notwendigkeit, den Kampf gegen den Weltimperialismus und die amerikanische Politik der imperialistischen Aggression zu verstärken.

2. ist sie die Widerspiegelung der wachsenden Einheit in den Reihen der internationalen Kräfte des Antimperialismus.

3. ist sie eine Widerspiegelung der wachsenden Einheit der kommunistischen und marxistischen Weltbewegung.“

Großbritannien

Auf dem XXX. Parteitag der KP Großbritanniens, der Ende November 1967 in London stattfand, begrüßten die Delegierten die Einberufung des Budapest Konsultativtreffens. Sie spendeten starken Beifall, als Jack Woddis, Mitglied des Exekutivkomitees, die Notwendigkeit eines solchen Treffens unterstrich.

Kanada

Die Kommunistische Partei Kanadas unterstützt die Einberufung des Konsultativtreffens nach Budapest. Dies teilte der Generalsekretär der Partei, William Kashtan, in einer Grußansprache an den Parteitag der KP Großbritanniens mit. „Wir unterstützen diese Initiative voll und werden für ihren Erfolg arbeiten.“

Polen

Die Warschauer Zeitung der PVAP „Trybuna Ludu“ schreibt: „In dieser Situation ist die Hauptaufgabe, die heute vor der kommunistischen Be-

wegung, vor allen antiimperialistischen, antikriegs- und nationalen Befreiungsbewegungen steht, der Zusammenschluß, um den aggressiven Machenschaften des Imperialismus entgegenzuwirken.“

Auf dem Parteitag der KP Großbritanniens führte Włodz Jarosinski, Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, aus: „Die PVAP wird keine Mühe scheuen, die Einheit der sozialistischen Länder und der ganzen kommunistischen Bewegung zu stärken. Wir sind überzeugt, daß die stärker werdenden Kräfte des Sozialismus und die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung den Imperialismus besiegen und die Menschheit aus der Gefahr atomarer Auslöschung retten können.“

Bulgarien/Griechenland

Die Bulgarische Kommunistische Partei und die Kommunistische Partei Griechenlands erklären nach einer Aussprache, „daß es angesichts der internationalen Lage mehr denn je erforderlich ist, daß eine neue Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien einberufen wird, deren Vorbereitung und Durchführung beide Parteien aktiv unterstützen werden“.

GEGEN VERFOLGUNGEN UND TERROR

Freiheit für Mikis Theodorakis — Freiheit für alle griechischen Demokraten

Proteste auch in der Bundesrepublik

In einem Schreiben an den griechischen Botschafter in Bonn hat der Demokratische Kulturbund Deutschlands (Karlsruhe) die Freilassung des in Athen eingekerkerten griechischen Komponisten Mikis Theodorakis gefordert und gegen seine Mißhandlung Protest erhoben. Zu den Hunderten Geistesschaffenden, die das Schreiben unterzeichneten, gehören unter anderem:

die Professoren Abendroth, Faßbinder, Gollwitzer und Riemack, die Schriftsteller Christian Geißler, Günter

Grass, Erich Kästner und Martin Walser; die Publizisten Kurt Hirsch und Baron Gösta von Uexküll, der Generalintendant Harry Buckwitz, der Komponist Kurt Driesch, der Pfarrer Albrecht Goss, der Dramatiker Heinar Kipphardt und der Kabarettist Rudolf Rolfs.

*

Schärfsten Protest gegen die Terrorprozesse in Griechenland hat die Arbeitsgemeinschaft politischer Clubs in Nordrhein-Westfalen erhoben. In der

Erklärung der Arbeitsgemeinschaft, der zehn Jugendclubs aus mehreren Städten an Rhein und Ruhr angehören, heißt es:

„Griechenland darf nicht faschistisch bleiben! Wir solidarisieren uns mit den vielen unbekannten Widerstand leistenden Griechen! Wir wollen mit-helfen, daß die Faschisten aus Athen in unserem Lande keine Unterstützung finden! Wir fordern sofortige Freilassung von Mikis Theodorakis! Wir fordern sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen! Weg mit dem faschistischen Regime in Griechenland! Wir rufen die deutsche Jugend auf: Protestiert und demonstriert gegen die Militärjunta! Protestiert gegen die Faschistenfreunde aus der Bundesrepublik! Helft dem griechischen Volk!“

✱

Als ein abscheuliches Verbrechen gegen die ganze freiheitlich gesinnte Menschheit hat die Redaktion der Jugendzeitschrift „elan“ den Athener Prozeß bezeichnet. In ihrem Telegramm an die griechische Botschaft in Bonn heißt es:

„Wir fordern: Sofortige Einstellung des Prozesses. Freiheit für Mikis Theodorakis, Freiheit für alle politischen Gefangenen, Freiheit für Griechenland!“

✱

Gegen die Militärdiktatur in Griechenland protestierten in Frankfurt am Main, Stuttgart, München und anderen Städten viele hundert griechische und deutsche Arbeiter. Auf Transparenten forderten sie: „Freiheit für die politi-

schen Gefangenen“, „Freiheit für Manolis Glezos und Mikis Theodorakis.“

✱

„Freiheit für Mikis Theodorakis“, „Freiheit für Manolis Glezos“, „Weg mit den Konzentrationslagern“. Mit solchen Sprechchören demonstrierten vor der griechischen Botschaft in Bonn die Teilnehmer einer Protestaktion, zu der die Internationale der Kriegsdienstgegner aufgerufen hatte. Vor dem Botschaftsgebäude hatten die Demonstranten, darunter auch viele Studenten und griechische Arbeiter, ein großes Transparent mit der Aufschrift aufgestellt: „Freiheit für alle politischen Häftlinge in Griechenland! Wiederherstellung der Demokratie!“

✱

Im Namen von rund 9000 jungen Gewerkschaftern hat die Jugenddelegierten-Konferenz des ÖTV-Bezirks Hessen jegliche Notstandsgesetzgebung abgelehnt und die Militärdiktatur in Griechenland scharf verurteilt.

✱

Vom Landesbezirksausschuß der rheinland-pfälzischen Gewerkschaftsjugend ist die Bundesregierung aufgefordert worden, sich eindeutig vom griechischen Militärregime zu distanzieren und alle Unterstützungsmaßnahmen einzustellen.

Das DGB-Organ „Welt der Arbeit“ schreibt: „Im Gegensatz zu anderen europäischen Hauptstädten hat Bonn den Putsch der Militärjunta in Griechenland bisher nicht verurteilt. Die Beseitigung der Demokratie wird mit antlichem Schweigen und neuerdings sogar mit kaum verhülltem Wohlwollen begleitet.“

Tatsachen aus der DDR

Neue Verfassung der DDR

Die 4. Tagung der Volkskammer beschloß am 1. Dezember 1967 die Ausarbeitung einer sozialistischen Verfassung. Die Volkskammer berief dazu eine Kommission unter Leitung von Walter Ulbricht, der 40 Mitglieder an-

gehören. In einer Rede vor der Volkskammer erklärte Walter Ulbricht, die Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 habe ihre Aufgabe erfüllt. Sie habe ihrem Wortlaut gemäß „die Freiheit und das Recht der Menschen verbürgt und geholfen, unser Gemeinschafts- und Wirtschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit zu gestalten“. Diese Verfassung habe geholfen, den Weg des Sozialismus zu beschreiten. „Die entwickelte sozialistische Gesellschaft erhält durch die sozialistische Ver-

fassung ein neues staatsrechtliches Fundament, das den Stand der erreichten Entwicklung erfasst und uns zur Lösung der neuen Aufgaben befähigt.

... Die sozialistische Verfassung der DDR ... soll das Grundgesetz für eine deutsche Politik des Friedens, der Demokratie, des Sozialismus und der Völkerfreundschaft sein."

„Die historische Entwicklung hat die neue Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik als eines souveränen sozialistischen Staates auf die Tagesordnung der deutschen Geschichte gesetzt“, stellte Walter Ulbricht in seiner Erklärung fest.

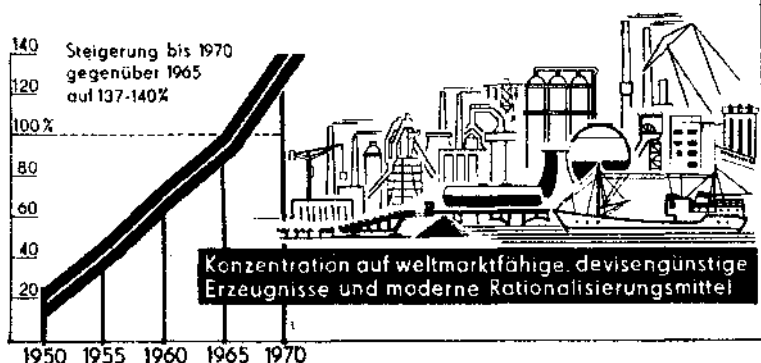
Handelsumsatz 1968 DDR—UdSSR erreicht 13 Milliarden Mark

Das Protokoll für das Jahr 1968 zum langfristigen Abkommen über die gegenseitigen Warenlieferungen der DDR

moderne und funktionssichere Rationalisierungsmittel, Maschinen und Ausrüstungen, wie Werkzeugmaschinen, Hebe- und Transportausrüstungen, Autokrane, Maschinen für die Nahrungs-, Genussmittel-, Textil- und Baustoffindustrie, Bau- und Wegebau-maschinen, Landmaschinen und Traktoren, Kraftfahrzeuge und Großdatenverarbeitungsanlagen exportieren. Außerdem wird die UdSSR komplette Ausrüstungen, z. B. für das Eisenhüttenkombinat Ost, die Kraftwerke Boxberg und Thierbach und das neue Atomkraftwerk liefern. Die sowjetischen Lieferungen von Rohstoffen, Halbfabrikaten und landwirtschaftlichen Produkten tragen, wie in den vergangenen Jahren, entscheidend zur stabilen Versorgung der Industrie und der Bevölkerung der DDR bei.

Die DDR wird vor allem Maschinen, Ausrüstungen, Geräte und andere Er-

Industrieproduktion der DDR



und der UdSSR in den Jahren 1966 bis 1970 wurde im November 1967 in Berlin unterzeichnet.

Das für das Jahr 1968 vereinbarte Handelsvolumen wird einen Wert von etwa 13 Milliarden Valutamark erreichen. Das bedeutet gegenüber 1967 eine Steigerung um 10 Prozent.

Die 1967 erreichte hohe Steigerung der Lieferungen von Maschinen und Ausrüstungen der UdSSR in die DDR wird sich auch im Jahre 1968 fortsetzen. Die UdSSR wird in die DDR

zeugnisse der metallverarbeitenden Industrie, darunter Werkzeugmaschinen, Tagebauausrüstungen, Chemieanlagen, Hebe- und Transportausrüstungen, rollendes Eisenbahnmateri- al, Schiffe und Schiffsausrüstungen, Ausrüstungen für die Nahrungsmittel-, Leicht-, polygraphische und elektro- technische Industrie sowie Landmaschi- nen liefern. Damit ist der kontinuierliche Absatz der exportorientierten Maschinenbauindustrie der DDR auch im Jahre 1968 zum entscheidenden Teil gesichert.

Gemeinsame Forschung

59 Verträge verbinden gegenwärtig Institute, wissenschaftlich-technische Zentren und Forschungseinrichtungen von Betrieben der DDR zu gemeinsamer Arbeit mit entsprechenden Institutionen in der Sowjetunion. Sie gewährleisten eine direkte Zusammenarbeit zum Nutzen beider Partner auf der Grundlage gemeinsamer Arbeitspläne. In noch vielfach mehr Fällen gibt es Beschlüsse über den Austausch von Informationen, Dokumentationen und Forschungsergebnissen zwischen beiden Ländern. Ergänzt wird diese schon weitreichende Arbeitsteilung in diesem Jahr erstmals durch eine direkte Zusammenarbeit von Ministerien in der DDR und der Sowjetunion.

Die wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR, die mit ihren sowjetischen Partnern vertraglich verbunden sind, repräsentieren ein beachtliches Forschungspotential, das alle Bereiche der Volkswirtschaft erfaßt. Auf der umfangreichen Liste dieser Einrichtungen finden sich das Institut für Chemieanlagen und das Hennigsdorfer Stahlinstitut, das wissenschaftlich-technische Zentrum für radiologische und medizinische Elektronik und das Institut für Kommunalwirtschaft, das WTZ der Wolfener Filmfabrik ORWO und die Leunawerke neben zahlreichen weiteren wichtigen Forschungs- und Produktionsstätten.

★

Das vierte Preisausschreiben zur Förderung der populärwissenschaftlichen Literatur veranstaltet das Ministerium für Kultur gemeinsam mit dem Ministerium für Volksbildung und der URANIA in der Zeit vom 1. Oktober 1967 bis 31. März 1969. Alle Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker, Ärzte, Lehrer, Schriftsteller, Journalisten sind aufgerufen, sich zu beteiligen. Der Wettbewerb steht im Zeichen des 20. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Im Mittelpunkt stehen solche Arbeiten, die die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus niveauvoll und anschaulich umsetzen. Illustrationen werden zusätzlich bewertet.

Elektronik auf der X. MMM

Etwa 150 Entwicklungen wurden von Jugendkollektiven und -brigaden sowie Klubs Junger Techniker aus dem Bereich Elektrotechnik-Elektronik-Automatik auf der Jubiläumsmesse der Meister von Morgen ausgestellt. Hier wurden die besten Exponate der 15 Bezirksmessen gezeigt, die Zeugnis von dem gewachsenen Leistungsstand der Jugendkollektive ablegen und die steigende Qualität der Neuererbewegung verdeutlichen.

Auf der X. Jubiläumsmesse der Meister von Morgen sind die Jugendlichen der Bereiche Regeltechnik/Optik, der Datenverarbeitung und des VEB Carl Zeiss, Jena am stärksten vertreten gewesen.

Berlin im Jahre 1970

Mittelpunkt des Bauvorhabens ist der Alexanderplatz, der verkehrstechnisch und architektonisch völlig neu gestaltet wird. Schon jetzt lassen die gewaltigen Baugruben die Standorte der künftigen Neubauten erkennen. So entstehen auf dem Alex ein 120 Meter hohes Hotel mit Gaststättenkomplex, das Haus der Elektroindustrie, ein Warenhaus und weitere repräsentative Bauten.

In der Rathaus- und Liebknechtstraße werden hochgeschossige Wohngebäude errichtet. Im Erdgeschoß und im ersten Stock werden sich neben Fachgeschäften auch viele gastronomische Einrichtungen, u. a. Espressos und Bierstuben, befinden.

Außerdem ist vorgesehen, die Hans-Beimler-Straße vom Alexanderplatz bis zum Königstor und die Nordseite der Mollstraße geschlossen zu bebauen. In diesem Gebiet entstehen auch moderne Wohnbauten.

Zwischen der neuen Prenzlauer Straße und dem Alexanderplatz erheben sich künftig die Neubauten für die VVB Energieversorgung, die VVB Stahl- und Walzwerke, für einen Projektierungsbetrieb und eine Gaststätte.

Planmäßig schreiten die Arbeiten an dem 680 Meter langen Autotunnel zwischen Hans-Beimler-Straße und Grunerstraße voran, der zwei je sieben Meter breite, getrennte Fahrbahnen erhält. Wenn dieses komplizierte Tiefbauvorhaben abgeschlossen sein wird, können den Platz stündlich etwa 8500

PKW bei kreuzungsfreiem Verkehr am Alex passieren. Die Fußgänger werden künftig den Platz durch ein 515 Meter langes Fußgängergeschoß mit sechs Eingängen und im Bereich der Liebknechtstraße ein 370 Meter langes Fußgängergeschoß mit vier Eingängen sicher unterqueren können.

Bis zum 20. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1969, werden die wesentliche Gestaltung der Investitionskomplexe Alexanderplatz sowie Rathausstraße und Liebknechtstraße fertig sein. In den Jahren 1970/71 werden alle Bauten zwischen Königstor und Spandauer Straße sowie die Grünanlagen übergeben.

Prozeß in Nürnberg auf der Bühne

Im April 1966 wurde der Prozeß in Nürnberg von Rolf Schneider aus mehreren den Autor interessierenden Stoffen vom Deutschen Theater als Gegenstand der Zusammenarbeit ausgewählt. Es ist ein Stück nach Doku-

menten. Hauptquelle ist das 42bändige Protokoll des Internationalen Militärtribunals, vor dem 1945/46 gegen die faschistischen Hauptkriegsverbrecher Deutschlands verhandelt wurde. Ziel des Autors war, durch Auswahl und Montage hervortreten zu lassen, was an diesem Prozeß von Bedeutung für die Gegenwart ist: Der Prozeß ergab eine mit Akribie betriebene und durch zahllose Beweise gesicherte Analyse des deutschen Faschismus.

Das Stück referiert den Prozeß in sechs Abschnitten: I. Prozeßeröffnung; II. Verhandlung gegen Göring; III. Verhandlung gegen Keitel; Zeugenaussagen Rundstedt, Milch, Paulus, Ohlen-dorf; IV. Verhandlung gegen Schacht; V. Verhandlung gegen Streicher; Zeugenaussagen Höllriegel, Höß, Sukewer, Vaillant-Couturier; VI. Prozeßabschluß, Urteilsverkündung.

Das Stück erfordert den Einsatz von Film, Diapositiven, Tonband.

Kooperation in der Landwirtschaft

Was durch Kooperation erreicht werden kann, zeigt die Entwicklung in der

LPG Stedten, Berlstadt, Hottelstedt und Vippachedelhausen;

Schlaggröße und Marktproduktion	Marktproduktion in Getreideeinheiten (dt/ha)	Durchschnittliche Schlaggröße (ha)
Gemeinde Berlstadt 1936	17,2	0,59
Gemeinde Berlstadt 1956	21,7	0,66
LPG Berlstadt 1960	29,2	3,0
LPG Berlstadt 1964	38,7	20,0
Kooperation zwischen Berlstadt, Hottelstedt, Stedten und Vippachedelhausen 1966	45,0	25,0
LN insgesamt: 4352 ha.		

In der Viehwirtschaft bildete sich u. a. folgender Hauptzweig heraus: LPG Berlstadt erweitert in den nächsten Jahren die Rinderhaltung von 400 auf 800 Kühe, wobei die Stallanlage um 400 Plätze vergrößert wird. Dafür verzichtet die LPG Hottelstedt auf 400 geplante Kuhplätze. Ergebnis: 1 Million MDN Aufschließungskosten werden gespart. Die Milchviehanlage ist über eine Rohrleitung direkt mit der Molke-rei Berlstadt verbunden.

Heute schon beliefert Hottelstedt vier große Hotels und 25 Verkaufsstellen mit Frischeiern unmittelbar aus dem Betrieb. Später wird ganz Weimar (65 000 Einwohner) mit den grün-

gestempelten Hottelstedter Eiern versorgt werden können. Ähnliches bahnt sich in der Fleischproduktion an.

320 000 Genossenschaftsbauern besitzen abgeschlossene Berufsausbildung

Über 320 000 Genossenschaftsbauern und Landarbeiter in der DDR besitzen gegenwärtig eine abgeschlossene Berufsausbildung. Damit hat jeder dritte Werk-tätige in der Landwirtschaft der Republik einen Fach- oder Meister-brief, die Qualifikation eines staatlich geprüften oder eines Diplomlandwirts erworben. So entfällt zur Zeit etwa auf 1200 Hektar ein Diplomlandwirt, Diplomökonom oder Diplomingenieur.

Neues aus der Sowjetunion

Neues Kleid für Gorkistraße

Die Läden und Geschäfte der Gorkistraße, der Hauptstraße Moskaus, wurden bis zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution einer gründlichen Renovierung unterzogen. Alte Ladeneinrichtungen verschwanden und wurden durch moderne ersetzt. Neue aluminiumgefaßte Schaufenster haben der Geschäftsstraße zu einem modernen Kleid verholfen. Eine Reihe von Geschäften wurde völlig umgebaut und erweitert. Besondere Aufmerksamkeit wollten die Architekten Moskaus der Beleuchtung widmen, aber auch der Leuchtreklame, die großzügig und informativ werden und den hauptstädtischen Charakter der Straße unterstreichen soll. Der Plan für die Neugestaltung der Magistrale ist vom Moskauer Stadtsowjet beschlossen worden.

Brücke über den Irtysch im Bau

Unter außerordentlich schwierigen Bedingungen begann der Bau einer Eisenbahnbrücke über den Irtysch. Es handelt sich dabei um das größte Brückenbauprojekt an diesem sibirischen Strom. In der Nähe von Tobolsk wird sich die Brücke über den etwa einen Kilometer breiten Fluß spannen. Die einzelnen Konstruktionsteile sowie Zement, Kies und Sand müssen über Hunderte von Kilometern auf dem Fluß herangebracht werden. Das ist jedoch nur in den wenigen Monaten im Jahr möglich, in denen der Irtysch eisfrei ist.

Die Brücke bildet ein wichtiges Teilstück der bereits seit einem Jahr im

Bau befindlichen Eisenbahnstrecke Tjumen-Surgut mit einer Länge von 650 Kilometern, die in das neue Erdölgebiet Westsibiriens führt und für seine weitere Erschließung große Bedeutung hat.

1970 siebenmal sovjet

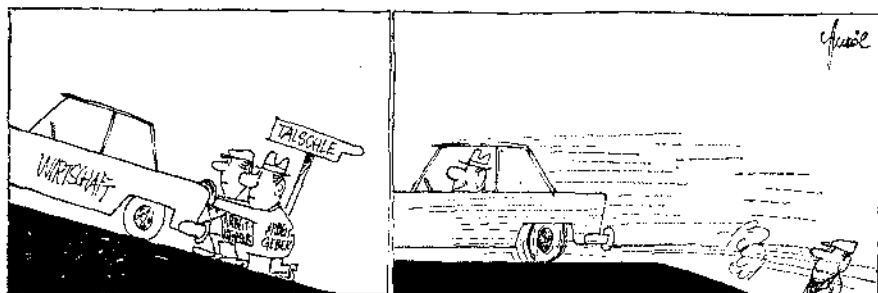
Mit der Ausbeutung eines großen Erdölvorkommens im Aktjubinsker Gebiet (Kasachische SSR) ist jetzt begonnen worden. Das Erdöl, das in einer Tiefe von nur 300 bis 500 Meter lagert, zeichnet sich durch hohen Gehalt an Motorölen aus, die selbst bei strengen sibirischen Frösten nicht erstarren.

Die Erdölförderung ist heute der führende Industriezweig des Landes. Die Kasachische SSR, deren Erdölvorräte erst in jüngster Zeit erschlossen wurden, gehört zu den reichsten Erdöl- und Erdgasgebieten der Welt. Bereits 1968 lieferte sie nahezu drei Millionen Tonnen dieses wichtigen Rohstoffs, das sind eineinhalbmal sovjet wie im Vorjahr. Bis 1970 wird sich die Erdölförderung auf mehr als das Siebenfache erhöhen, für seine Verarbeitung ist der Bau mehrerer Werke geplant.

Goldhaltige Bauelemente

Die neuen Häuser der Usbekischen Hauptstadt Taschkent, die im Frühjahr dieses Jahres von einem schweren Erdbeben heimgesucht wurde, werden aus goldhaltigen Bauelementen errichtet. Diese Entdeckung machten kürzlich sowjetische Geologen nach einer Analyse des Kioses, der zur Herstellung von Betonplatten und anderen Bauelementen verwendet wird.

Schillers konzertierte Aktion



„Frankfurter Rundschau“

